

REZENSIONEN

Martin Schulze Wessel, Rußlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947. Stuttgart: Klett-Cotta 1995, 432 S.

Als Nichthistoriker sieht man sich gezwungen, auf die Rekonstruktion der Reize von Martin Schulze Wessels ereignisgeschichtlicher Narration verzichten zu müssen. Bedauernswert, da gerade dies wegen der längsschnittartigen Ausrichtung auf die Diplomatiegeschichte Rußland/Sowjetunion – Preußen/Deutsches Reich samt Nachfolgestaaten die erforderliche und zu berücksichtigende Referenzebene dieser weit angelegten Monographie auszumachen scheint. Um so tiefer erliege ich nun also Schulze Wessels schlüssig-überzeugender Erzählung vom Erwartungshorizont namens „Rußlands Blick auf Preußen“. Es ist also kein Zufall, daß im Mittelpunkt meines Textes die Entdeckung der russischen, vom Interesse geleiteten und ‘wahlverwandtschaftlich’ orientierten „Preußenreflexion“ steht.

Der Verfasser unterwirft zu Recht seine Narration einer mehrfachen Disziplinierung, ist doch die ein Vierteljahrtausend währende Beziehungsgeschichte Rußland/Sowjetunion – Preußen nur so zu bewältigen. Die straffe Konzeptualisierung wird durch die äußere Struktur der Arbeit verdeutlicht: durch die Einteilung in Kapitel, Unterkapitel, Abschnitte, Exkurse sowie durch die im Rahmen dieser Erzähleinheiten (je nach der historischen Phase unterschiedlichen) Orientierung an historiographisch erfaßbaren ‘Variablen’. Schulze Wessel segmentiert den Erzählfluß nach diesen ausdifferenziert fixierten Variablen, ohne sich um die von ihm methodologisch angesprochenen Regeln der Imagologie (vgl. S. 12f.) zu kümmern, ja kümmern zu müssen.

Dieser Feststellung fehlt keineswegs ein Unterton des ‘Neides’: Wer sich nämlich mit diskursanalytischen Fragen des Bildes vom „Fremden“ selbst eine Zeitlang auseinandergesetzt hat, ohne über einen ähnlichen Rückhalt fixierbarer Variablen wie Staat/Staatlichkeit (in diesem Falle: Preußen), realpolitischer Konfliktknoten (in diesem Falle: die „polnische Frage“) sowie aufeinander abgestimmte Profilbeschränkung von Kommunikationsräumen (in diesem Falle: Diplomatie *und* politische Öffentlichkeit) verfügen zu können, weiß die klare und überschaubare Ausgangslage von Schulze Wessels Konzeptualisierung zu schätzen.

Doch ist diese Konzeptualisierung letztendlich als Verdienst des Verfassers zu werten. Sie läßt sich denkbildartig als ein stereometrisches Modell begreifen, in welchem die 'Ebene' einer raumpolitisch definierten Strategie – Rußland und Preußen im Clinch wegen der grundsätzlich (wenn auch nicht ausschließlich) negativ konzipierten Polenpolitik – durch die axiologische 'Gerade' einer ideologischen (De)Legitimierung (in diesem Fall: in Gestalt der politischen Öffentlichkeit, begriffen als „russische Journalistik“ und „konservative [...] Rezeption“, als „russische Historiographie“ und „sowjetisches Geschichtsbewußtsein“) zu einem politisch sinnhaft-rationalen Gesamtkunstwerk aufgebaut wird.

Allein dieser soeben nur fragmentarisch angeführten Terminologie einer atypologisch aufgestellten „Preußenrezeption“ ist zu entnehmen, daß der hierarchisch sorgfältige Aufbau der Monographie nicht nur nach den professionellen Regeln politisch-diplomatischer Geschichtsschreibung durchgeführt worden ist, sondern zugleich auch das Ergebnis eines intensiven Umgangs mit den Quellen der Rezeptionsmodi ist. Hat doch Schulze Wessel bei diesem Umgang die Erfahrung machen müssen, daß die schriftlich artikulierte und in der Öffentlichkeit zirkulierende russische bzw. sowjetische 'Meinung' zu Preußen nicht nur nach den Dimensionen der einzelnen (Teil)Öffentlichkeiten und nach den verschrifteten Textsorten zu rubrizieren ist, sondern auch nach einzelnen politisch-diplomatischen Zäsuren. Ja, daß eben diese Zäsuren – die anders auch „Knotenpunkte“ genannt werden (vgl. S. 22) –, diese historiographischen Kommata und Punkte die Grenzen der Kommunikationsräume und die Art der Textsorten (mit)bestimmen. So ist dann auch das Konzept eines dreifachen Ansatzes der Monographie zu verstehen: ideologiekritisch, beziehungs geschichtlich und sozialgeschichtlich (vgl. u.a. S. 299).

Schulze Wessel beschränkt den Bereich der politischen Öffentlichkeit auf veröffentlichte Texte: auf die frühe Preußen-Publizistik, die Rezeption konservativer, slavophiler, panslavischer, liberaler und sozialistischer (nach 1863) Prägung, die Historiographie (der „Allgemeinen Geschichte“ von drei Generationen) der Jahre 1871–1917, die zwei „Historisierungs“-Phasen der sowjetisch-preußischen/deutschen Beziehungsgeschichte (bis 1941, 1941–1947). Die Attribuierung „beschränken“ ist hier keineswegs kritisch-wertend gemeint. Der Verfasser war sich dessen bewußt, daß er es mit methodischen Barrieren – und wohl auch mit Hindernissen in der Quellenforschung – zu tun hat. Die mosaikartige Gesamtheit aller Aussagen zu erfassen, war schier unmöglich. Der Verfasser setzt deshalb Grenzen: indem er auf der einen Seite das fiktionale Schrifttum, d.h. die sogenannte schöne Literatur, ausgrenzt und, auf der anderen Seite, das vordergründig politisch gesteuerte Schrifttum einer hinterfragenden Analyse unterwirft.

Abgesehen von dem gekonnten Einstieg in die Monographie dank einer längeren Passage aus Lev Tolstojs „Anna Karenina“ sowie einem Unterkapitel über die „politische Lyrik Rußlands“ zu Preußen und dem polnischen Novemberaufstand (S. 153 ff.), blendet Schulze Wessel das als ‘Literatur’ begriffene Schrifttum aus seiner Forschung grundsätzlich aus. Dies liegt wohl weniger daran, daß es an solchen Quellen mangelt – jüngste Untersuchungen zum polnischen und nationalsozialistischen Russenbild sowie zum deutschen Polendiskurs, also über verwandte Beziehungsräume, können ja ein erstaunlich reichhaltiges Quellenkorpus vorweisen¹ –, sondern hängt doch letztendlich mit dem grundsätzlich staatspolitischen Habitus der Begriffe ‘Preußen’ bzw. ‘preußisch’ zusammen. In diesem Forschungsbereich – meine ich – konnte also der Verfasser ohne größere Gewissensbisse das Quellenkorpus schmälern.

Als weit schwieriger dagegen scheint es sich erwiesen zu haben, die reale Wechselbeziehung zwischen ‘gemeinter’ und artikulierter Preußenreflexion einerseits und wirklich ‘gemeinter’ und/aber ‘diplomatisch’ artikulierter Preußenpolitik andererseits zu erfassen. In ‘literarischen’ Texten ist zwar vieles verklausuliert, aber immerhin doch noch ‘vorhanden’ (also irgendwie rekonstruierbar), nicht aber in politischen oder diplomatischen Texten. So manche schriftliche Quelle ist verlorengegangen, und nicht wenige ‘Quellen’ hat es ja in schriftlicher Form überhaupt nie gegeben! Diese ‘Quellenlage’ erschwert einem Mentalitätsforscher die Rekonstruktion (nicht) stattgefundener Steuerung der programmatischen Publizistik oder auch indirekter Einflußnahme auf das Entstehen historiographischer Werke. Dort, wo die Quellenlage es ermöglicht, demonstriert Schulze Wessel überzeugend die Genese einer (wissenschaftlichen) Option; die ‘Wahlverwandtschaft’ von Arkadij Erusalimskijs geschichtsphilosophischer Argumentation zu Preußens Auflösung von 1947 und Stalins imperialer Machtpolitik liefern Stoff zum Nachdenken (S. 378 ff.). Als ein nicht minder faszinierendes Fazit dürfte die Ausarbeitung der Ablösung der „drei traditionellen Arbeitsfelder der traditionellen Preußen-Historiographie, Gesellschafts-, Außenpolitik- und Ideologiegeschichte (...) durch neue Schwerpunkte“ (S. 351) im sowjetischen Geschichtsdanken (u.a. Preußen als wichtiger Bestandteil der sowjetischen Faschismustheorie) gelten.

¹ Vgl. Andrzej Kępiński, *Lach i Moskal. Z dziejów stereotypu* (Der Lach und der Moskal. Zur Geschichte des Stereotyps). Warszawa/Kraków 1990; Edmund Dmیتrów, *Obraz Rosji i Rosjan w propagandzie narodowych socjalistów 1933–1945* (Das Bild Rußlands und der Russen in der Propaganda der Nationalsozialisten 1933–1945). Warszawa 1997; Hubert Orłowski, „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit. Wiesbaden 1996.

Und damit bin ich bei dem meines Erachtens faszinierendsten historiographischen Motiv der Monographie angelangt. Es bewegt sich auf die Frage hin, inwieweit große russische/sowjetische ideologische 'Erzählungen' wie der Panslavismus, der Liberalismus, die Idee der Weltrevolution oder auch des 'Kommunismus in einem Lande' im Auf und Ab, im Hin und Her strategisch-imperialer Machtpolitik und taktischer Realpolitik ihren funktionalen Standort gefunden sowie diese Politik geprägt haben und/oder auch von ihr geprägt worden sind. Da Schulze Wessel dieses Motiv über den strukturierenden Fluchtpunkt der „polnischen Frage“ diszipliniert, kann bzw. will er ihm weiter nicht folgen. Dies ist zu bedauern, andererseits jedoch verständlich; ansonsten liefe die Monographie Gefahr, in eine große Erzählung der Wechselbeziehungen von Politik und Ideologie auszuufern.

Eine weitere gewichtige These dieses Erzählstranges ergibt sich zweifelsohne bei der Herausarbeitung der „Gleichartigkeit der strukturellen Probleme Rußlands und Preußens“ (S. 281), die sich im Falle Rußlands ideologisch an der Fragestellung „Imperium oder Nation“ reiben muß. Es ist also verständlich, daß „Preußen für Rußland Vergangenheit (war), die nicht vergeht“ (S. 382).

Auf eine methodische Frage von geringerem Gewicht sei noch eingegangen: auf die Terminologie, die historische Semantik. Selbst nach eingehender Lektüre der Monographie fällt es mir schwer, mich mit dem nebulösen Begriff der „polnischen Frage“ bzw. der „Polenfrage“ anzufreunden. Bedenklich allein ist es schon, wenn man diese Kategorie ohne vorangehende definierende Einschränkung verwendet, was nicht selten (übrigens auch von polnischen Autoren) praktiziert wird. Dieser Begriff gleicht einer Art von Knäuel verschiedenster Konfliktflächen um Polen herum (als Objekt der Geschichte begriffen), aber nicht in Polen. Dessen Kern macht die Konflikthanfälligkeit der dreigeteilten polnischen Staatlichkeit für die Profiteure der Teilung selbst aus, begriffen als ein Spannungsverhältnis zwischen politischer Interessengemeinschaft und instrumentalisierter positiver Polenpolitik. Setzt man nun z.B. diesen Begriff unreflektiert neben semantisch verwandte wie den der „orientalischen“ bzw. „osmanischen Frage“ (vgl. u.a. S. 80, 130, 192 u. 214), so ist die Verwirrung und Vereinfachung groß. Der Autor verweist übrigens selbst auf die diplomatische Wortäquibristik mit dem Begriff 'Polen' (vgl. S. 93).

Die „Frage“ als solche ist ein Sackbegriff, in den, nach Wunsch, all das hineinpaßt, was im jeweiligen Einzelfall dorthin gehören soll. Und damit hat es sich. Wenn die „polnische Frage“ als terminus technicus fungieren soll, dann nicht in Nachbarschaft mit der „orientalischen Frage“, die von recht unterschiedlichen Konnotationen genährt wird. Auf jemanden, der

außerhalb der Historikerzunft steht, wirkt es allerdings auch befreiend zu erfahren, mit welchen Sackbegriffen gearbeitet werden muß.

Eine wichtige methodische Fragestellung verbirgt sich hinter der weitgefächerten Begriffsfamilie zur Erfassung von 'Rezeptionsangelegenheiten'. Die im Titel des Werkes bevorzugte Lösung, nämlich der „Blick (auf Preußen)“ wird – wenn auch nicht ausschließlich – mit solchen Begriffen wie „Preußenreflexion“, „Preußenrezeption“, „Preußenbild“, „Preußenkritik“ gleichgesetzt oder sogar durch das bescheidene Syntagma „Preußen als Thema“ ersetzt. Der Verfasser ist sich der methodischen Schwierigkeit bewußt; kann doch „in einem naiven Sinne von einem russischen Preußen‘bild‘ keine Rede sein“ (S. 137). Für seine Zwecke jedoch, für die Unterscheidung zwischen „affirmativer und emanzipativer Preußenreflexion“ (S. 152), glaubt er mit diesem Begriffsraster auszukommen.

Als allzu selbstverständlich und unreflektiert werden auch strukturierende Begriffe eingesetzt, die sich auf die Kategorie 'Öffentlichkeit' beziehen (vgl. „die russische Öffentlichkeit“, S. 281).

Hinzuweisen ist noch auf eine Inkonsequenz im bibliographischen Vorgehen. Werden Städtenamen polnischer Verlage genannt, so sind es grundsätzlich deutsche Benennungen (Posen, Warschau u.a.), dann aber doch auch einige polnische (Łódź). Ich möchte dafür plädieren, daß man derartige Daten ausnahmslos nach den Angaben auf der Titelseite übernimmt.

Zu begrüßen wäre eine Verlagsinitiative, dank welcher die Monographie von Martin Schulze Wessel in polnischer Übersetzung erscheinen könnte. Das ist nicht auszuschließen; auch in den 90er Jahren fehlt es nämlich nicht an Mäzenen, die von der „Preußenfrage“ intellektuell gebannt sind.

Hubert Orłowski, Poznań

Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Bd. 12: Mecklenburg – Pommern, hrsg. v. Helge bei der Wieden u. Roderich Schmidt. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag 1996, LII, 395 S., eine Übersichts- und mehrere Gebietskarten.

Der zwölfte Band des „Handbuches der historischen Stätten Deutschlands“ ist zwei deutschen Ländern – Mecklenburg und Pommern – gewidmet und von herausragenden Kennern der Materie verfaßt. Einige der

früheren Bände waren ebenfalls zwei Ländern gewidmet (z.B. Nordrhein-Westfalen, Ost- und Westpreußen). Das ließ sich damit rechtfertigen, daß diese Gebiete eine gemeinsame Geschichte innerhalb eines politischen Organismus und einen analogen oder zumindest ähnlichen Wirtschaftsraum hatten schließlich in ihren systemrechtlichen Strukturen identisch oder ähnlich waren. Eine solche Begründung gibt es für den Band über Pommern und Mecklenburg eigentlich nicht. Die Geschichte dieser beiden Länder nahm sowohl im Römisch-Deutschen Reich als auch im Deutschen Bund einen anderen Verlauf. Es gab seit dem späten 15. Jahrhundert keine auf ihrem politischen Schicksal lastenden dynastischen Bande. Beide Staaten waren eher Objekt denn Subjekt in der Geschichte Deutschlands und der Nachbarstaaten. In wirtschaftlicher Hinsicht war das rechts der Oder gelegene Pommern (das spätere Hinterpommern) mit dem polnischen und schlesischen Hinterland verwachsen; Vorpommern dagegen – und dabei vor allem Neuvorpommern – war Mecklenburg und Hannover zugetan. Die Aufteilung Pommerns zwischen Brandenburg und Schweden im Jahre 1648 vertiefte die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede der Region. Nach 1815 pflegte der größte Teil Vorpommerns in der Wirtschaft, der landwirtschaftlichen Ausbildung und bei den Verbindungen zu den Absatzmärkten (Eisenbahn) die Kontakte zu Mecklenburg und Brandenburg; ganz Hinterpommern indes (Stettin eingeschlossen) hatte an diesen Kontakten bis 1918 fast keinen nennenswerten Anteil. Dieses ausgedehnte, aber im großen und ganzen rückständige Gebiet hatte wenig zu bieten.

Die Verschiedenartigkeit der Geschichte Mecklenburgs und Pommerns wird vielleicht am besten durch die Tatsache bezeugt, daß es wohl weder in Polen noch in Deutschland einen Historiker gibt, der den Beitrag der beiden Länder zur Geschichte, gleichgültig in welcher Epoche, gleichermaßen kompetent beurteilen könnte. Das ist z.B. möglich im Falle Ost- und Westpreußens.

Eine Publikation vom Typ des „Handbuches“ zu rezensieren, ist eine schwierige Aufgabe. Die knappen Einträge zu den einzelnen Ortschaften erlauben es häufig nicht, über die bekannten und unter Fachleuten unstrittigen Fakten hinauszugehen, wodurch der Diskussionsrahmen eingengt wird. Vorwurfsvoll zu fordern, den einen oder anderen Abschnitt zu erweitern, könnte unbegründet sein und den Autoren Unrecht tun, wenn diese z.B. hinsichtlich des Textumfanges eingeschränkt waren.

Der Band zerfällt in zwei Teile, und Grundlage für eine eingehendere sachliche Beurteilung meinerseits kann nur der erste, beschreibende Teil sein – die „Geschichtliche Einführung“ in die Geschichte der beiden Landesteile. Der Schwerpunkt liegt bei beiden Autoren auf dem Mittelal-

ter, wobei die slavischen Anfänge dieser Gebiete und die Neuzeit relativ ausführlich behandelt werden. Diese Teile sind eindeutig die besten in diesem Buch und heben die Disproportionen gegenüber den nachfolgenden Jahrhunderten sehr deutlich hervor. Die gesamte Auslegung ist von der politischen und dynastischen Geschichtsschreibung beherrscht; frapierend ist dagegen die Knappheit nicht nur in der Behandlung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, sondern auch im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Ideologie. In der von den Autoren präsentierten einseitigen Geschichtsoption überrascht jedoch vor allem die unterschiedliche Gewichtung der Akzente. Der Mecklenburg-Teil ist eindeutig der bessere. H. bei der Wieden widmet der neueren und neuesten Geschichte viel Raum; auf dynamische Weise zeigt er, wie die alten gesellschaftlichen, politischen und repräsentativen Strukturen untergingen und neue geboren wurden. Der Autor macht auch die großen politischen und ökonomischen Kosten bewußt, die Gesellschaft und Staat für die überspannten Ambitionen der Dynastie oder deren Abneigung gegenüber den Modernisierungsbestrebungen der Neuzeit zu zahlen hatten. Das Kuriosum Mecklenburg wird vor dem Hintergrund des Reiches (gesellschaftliches und politisches System) überzeugend dargestellt.

Unterdessen konzentriert sich R. Schmidt darauf, die politischen und dynastischen Grundlagen aufzuzeigen, die Pommern zu einem Teil des Römisch-Deutschen Reiches formte. Im Verhältnis zum Gesamtumfang des Textes wird den Umständen, die zur Auflösung des Herzogtums Pommern führten, überdurchschnittlich viel Platz eingeräumt. Nicht zur Sprache gebracht wird das Kuriosum, das in dem außergewöhnlich dauerhaften Blutbündnis zwischen Krone und Adel im 18. Jahrhundert sowie den negativen Folgen des von Friedrich dem Großen ausgelösten Siebenjährigen Krieges bestand. Die Zeitspanne vom 18. bis zum 20. Jahrhundert wird recht oberflächlich dargestellt; dabei setzte sich in Pommern in der Protestbewegung gegen die Weimarer Republik und der Genese des Nationalsozialismus das frühere konservative Bündnis zwischen der ländlichen Welt und der Monarchie auf eigentümliche Weise fort. Unter den wenigen wertenden Beurteilungen weckt die sehr positive Einschätzung der Widerstandsbewegung gegen Hitler, vom Autor zu einem „erheblichen Widerstand in allen Schichten“ (S. L) aufgewertet, besondere Vorbehalte. Der Autor gründet dieses Urteil auf dem Heroismus der Gruppe von Antifaschisten, die zur intellektuellen und gesellschaftlichen Elite gehörten, doch selbst dort hoffnungslos allein standen. Diese und andere Persönlichkeiten konnten die eiserne Disziplin der deutschen Gesellschaft und die phantastische Effizienz der deutschen Rüstungsindustrie wie auch die Moral der Armee nicht schmälern – und das lange vor

dem Postulat der bedingungslosen Kapitulation. Diese Haltung ist bis auf den heutigen Tag eine Quelle für unterbewußte und bewußte Ängste der Nachbarn vor den „Schlupfwinkeln der deutschen Seele“ und der Faschismus-Diskussion in Deutschland. Dagegen sollte die polnische Wissenschaft zur Gänze die Ansicht des Autors teilen, daß Begriffe wie „wiedergewonnene Gebiete“ oder „Erbe der Piasten“ für Pommern (fügen wir hinzu: auch für das Ermland und Masuren), die dem Wörterbuch der polnischen nationalistisch-geopolitischen Geschichtsschreibung entstammen, im Widerspruch zur historischen Wahrheit stehen. Die Autoren vermeiden prinzipiell das von Polen und Deutschen so intensiv und freimütig diskutierte Thema von Flucht, Aussiedlung und Vertreibung, das bei der Beschreibung der letzten Tage der deutschen Geschichte von Städten und Städtchen auftritt. Diese Haltung erstreckt sich auch auf die Frage nach der Stellung Pommerns bei dem Angriff auf Polen und die UdSSR sowie die Kriegsverbrechen und die Verbrechen an der Bevölkerung, die von den Deutschen aus Pommern an Deutschen (Euthanasie, Todesstrafe für Antifaschisten) und schließlich an Slaven und Juden begangen wurden. Die peinlich genau notierten Folgen der anglo-amerikanischen Bombenangriffe auf Städte (Stettin, Swinemünde, Rostock) – während die Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkung dieser tragischen Geschehnisse außer acht gelassen werden – hätten konsequenterweise von Informationen über das dichte Netz von Zwangsarbeitslagern, z.B. in den Heinckel-Werken in Rostock, begleitet werden müssen, die – zumindest in der ersten Phase – Luftangriffe der Alliierten auslösten, welche auch historische Bauten und zivile Objekte trafen. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, daß in dem Mecklenburg-Teil das Konzentrationslager Ravensbrück nicht erwähnt wird, in dem die Mutter und die Großmutter des Autors dieser Zeilen die Jahre 1944/45 zubringen mußten.

Bezüglich des zweiten Teils beschränkt sich die Kompetenz des Rezensenten auf Pommern. Auffällig ist die unterschiedliche Sicht der Geschichte des Mittelalters: H. bei der Wieden hebt die slavischen Anfänge zahlreicher Ortschaften hervor, was R. Schmidt auf das unerläßliche Minimum reduziert. Bei dem Begriff „Tellow“ hätte man den Einfluß Thünens und des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins auf Vorpommern hervorheben müssen (worüber kürzlich die polnische Wissenschaft geschrieben hat). Überhaupt interessieren sich die Autoren nicht für die wechselseitigen Einflüsse der beiden Provinzen aufeinander. Bei dem Begriff „Teterow“ hebt der Autor die Verdienste der DDR-Archäologie für die Forschungen zur slavischen Geschichte von Mecklenburg hervor.

Was den Pommern-Teil angeht, ist die Forderungsliste ziemlich lang. In den großen Städten (Stettin, Köslin, Stolp, Greifswald) gab es ein reges

politisches Leben, hier erschienen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften, in denen sich der mächtige Einfluß der Liberalen bis in die 1880er Jahre widerspiegelte, in Stettin aber bis zum Jahre 1933. Stettin war eine der Bastionen des Liberalismus und der Sozialdemokratie (der Wasserkopf der Provinz), seine Industrievororte (Teile des Kreises Randow) auch Bastionen der KPD. Zum politischen Leben der Stadt gehörten Streiks, die der Autor erst im Abschnitt über Wolgast erwähnt. Es fehlt an Urteilen über herausragende Persönlichkeiten mit Ausnahme von J.A. Sack, dem die polnische Wissenschaft seine Gleichgültigkeit gegenüber der Lage der Bauern und seine eindeutige Unterstützung der Adelsinteressen während der Bauernbefreiung vorhält. Daß die ländlichen und kleinstädtischen Zentren des politischen und gesellschaftlichen Lebens keine Erwähnung finden, macht das Bild der Vergangenheit ärmer. Ich beschränke mich auf die wichtigsten Beispiele: Zu erinnern wäre beispielsweise an Dietrich Bonhoeffer, dessen Tätigkeit im Schutz pommerischer Adelsgüter stattfand (in Groß-Schlönwitz, Behrendorf und auch in Zingst bei Barth); er wird aber auch nicht bei Greifswald, Stettin, Köslin oder Schlawe erwähnt. Erinnern könnte man an den Ort Gramenz im Landkreis Neustettin und seinen langjährigen Eigentümer, E. Senfft von Pilsach, der von 1852 bis 1866 Oberpräsident der Provinz war und das dortige konservative Lager anführte, sich aber auch bei den Bemühungen Stettins um die Schleifung seiner Festung verdient gemacht hat. Ihm war es zu verdanken, daß Gramenz Sitz der ersten Wiesenbauschule in Pommern wurde, die einer der Meliorationspioniere in den östlichen Provinzen, der Regierungsconducteur L. Vinzenz, leitete. Bei Regenwalde wäre an Carl Sprengel zu erinnern, einen der herausragendsten europäischen Agrochemiker und Pionier der mineralen Pflanzenernährung, durch den Regenwalde auch als Sitz der Landbau-Akademie und Erscheinungsort des Periodikums „Allgemeine landwirtschaftliche Monatsschrift“ bis in die 1870er Jahre eines der Hauptzentren des landwirtschaftlichen Fortschritts in den Ostseeprovinzen war. Das nahegelegene Grünhof – das dem Mitschöpfer dieses Zentrums, L. v. Beckedorff, gehörte, der erster Vorsitzender der *neuen* Pommerschen ökonomischen Gesellschaft und in den Jahren 1842–1858 erster Präsident des Kgl. Preußischen Landesökonomie-Kollegiums war – war neben Trieglaff ein Ort, um den sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausragende Agrarkonservative scharten.

Fast schon routinemäßig muß daran erinnert werden, daß die polnischen Forschungen zur Geschichte Pommerns vom 16. bis zum 20. Jahrhundert berücksichtigt werden sollten; daß sie viel zur Erweiterung des Forschungshorizonts beitragen würden, ist fast schon eine Selbstverständlichkeit.

Dadurch, daß die Sozialgeschichte und der politische Wandel aus der Beschreibung völlig herausgenommen worden sind, ergibt sich im Effekt ein statisches und einförmiges Bild. Auch wenn niemand die übergeordnete Rolle der deutschen Gesellschaft in der Geschichte Pommerns in Frage stellen kann, ist doch alles von einem Deutschzentrismus beherrscht. In Pommern und Mecklenburg spielen die Zuwanderer (Juden, Franzosen, Polen) keine Rolle, die zu verzeichnen für wert befunden worden wäre. Der riesige Beitrag der jüdischen Gesellschaft findet nirgends auch nur eine Erwähnung; dabei trugen ihre Vertreter wesentlich zum Aufbau der Großindustrie und des Bankwesens in Stettin bei, ebenso zum wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt fast aller Städte beispielsweise im Regierungsbezirk Köslin nach der französischen Besatzung, von wo aus sie nach den ersten antisemitischen Exzessen im Jahre 1881 in die großen Städte strömten. Nicht viel besser kommen die Russen weg; in der Hauptsache verwüsten sie beide Länder als Bündnispartner Preußens. Das gleiche tun Polen und Franzosen. Erinnern wir daran, daß die letzteren Vorbilder für die Verwaltung und z.T. für die Befestigungskunst lieferten; sie kamen auch als Pioniere des wirtschaftlichen (Hugenotten) und kulturellen Fortschritts, von dem Einfluß der Revolution von 1848 auf die pommerschen großen Städte und den Mustern, die Industrielle und Agronomen von den Weltindustrienausstellungen in Paris (und London) mitbrachten, gar nicht erst zu reden.

Die den Band beschließenden Stammtafeln der Herrscherhäuser beider Länder, die Bischofslisten, die Literaturangaben, die Erklärung einiger geschichtlicher und rechtsgeschichtlicher Fachausdrücke, die Ortsnamenkonkordanz für Pommern und das Personenregister zeugen zusätzlich von der Gelehrtheit und der hohen Kompetenz der beiden Autoren wie auch der Sorgsamkeit ihrer Arbeit. Zu bedauern ist jedoch, daß die Autoren einer veralteten Konzeption und einer traditionell-konservativen Sicht der Regionalgeschichte verhaftet sind und das Buch infolgedessen dem Geist der neuen Zeiten, der Notwendigkeit, der jungen Generation der Deutschen die ganze und komplizierte Wahrheit über die Geschichte jener Gebiete zu zeigen, und den erzieherischen Prämissen nicht nur der polnisch-deutschen Aussöhnung nur in geringem Maße entgegenkommt.

Włodzimierz Stępiński, Szczecin

Rembert Unterstell, *Klio in Pommern. Die Geschichte der pommerschen Historiographie 1815 bis 1945*. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 1996, XVI, 388 S., Illustrationen (Mitteldeutsche Forschungen. 113.).

Die pommersche Landesgeschichtsschreibung teilt das Schicksal der gesamten Landeshistorie, die sich mit dem früheren preußischen Osten befaßt: Sie wurde nach 1945 eine Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft und führte in der Bundesrepublik, verglichen mit dem Aufblühen der westdeutschen Landesgeschichten, nur ein Schattendasein. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren allmählich gewandelt, wozu im Falle Pommerns die Wiederbegründung der pommerschen Landesgeschichte an der Greifswalder Universität in nicht unerheblichem Maße beigetragen hat. Ebenso hat die traditionskritische Reflexion der Geschichte der Landeshistorie zunehmend an Interesse gewonnen, und darin kann sicher ein Beitrag zur Modernisierung der ostdeutschen Landesgeschichtsforschung gesehen werden. Mit der Entwicklung der pommerschen Landesgeschichtsschreibung befaßt sich die vorliegende Studie von Unterstell, die auf einer von Roderich Schmidt betreuten Marburger Dissertation beruht.

Wenn die Historiographieggeschichte einen deutlichen Aufschwung verzeichnen kann, so gibt es jedoch verschiedene Ansichten über ihre Methodologie. Unterstell entscheidet sich in seinem Vorwort für die Betrachtung der Landesgeschichtsforschung primär als einen Prozeß der Verwissenschaftlichung. Das ist sicher nicht verkehrt, ergibt aber als Fragestellung eigentlich nur dann einen Sinn, wenn dieser Prozeß oder das Ergebnis in Frage gestellt würde. Die vorrangige Absicht, die Wissenschaftlichkeit der pommerschen Landesgeschichte nachzuweisen, scheint Ausdruck eines Minderwertigkeitskomplexes einer ins Abseits geratenen Landesgeschichte zu sein, der laut Unterstell „kulturferne, dumpfe Provinzialität“ (S. 16) zugeschrieben werde. Anstelle dieser etwas zu eng angelegten Fragestellung wäre es womöglich sinnvoller gewesen, die Beziehungen zwischen Fachwissenschaft und Lebenspraxis im Sinne Jörn Rüsens deutlicher in den Vordergrund der Untersuchung zu stellen. Eine weitere Frage stellt sich beim Blick auf den Aufbau der Untersuchung, denn Unterstell behandelt das 19. Jahrhundert auf wenig mehr als 15 Seiten eigentlich nur als Prolog, um dann zur Periode von 1900 bis 1918 überzugehen, während der Schwerpunkt eindeutig auf der Zeit vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs liegt.

In der Darstellung der Zeitabschnitte 1900–1918 und 1918–1945 wird zunächst die Entwicklung der landesgeschichtlichen Vereinigungen skiz-

ziert, dann folgen biographische Skizzen der wichtigsten Historiker und jeweils ein Abschnitt zu landesgeschichtlichen Konzeptionen und Geschichtsbildern. Tatsächlich ist die Periodisierung mit den Zäsuren 1815, 1900 und 1918 im Falle Pommerns begründet, denn die neuzeitliche Landesgeschichtsforschung war in starkem Maße durch eine Initiative des Oberpräsidenten Sack geprägt und wurde nicht zuletzt zur Festigung eines borussischen Geschichtsbildes gefördert. Für die Annäherung der Provinzialgeschichte an die universitäre Disziplin der Geschichtswissenschaft um die Jahrhundertwende steht die Entwicklung eines eigenen Rügisch-Pommerschen Geschichtsvereins mit Zentrum in Greifswald, wobei Ernst Bernheim, der für eine kulturgeschichtliche Neuorientierung in der Abgrenzung der bisherigen Provinzialgeschichte plädierte, eine wichtige Rolle spielt. Zusammen mit der Heimatgeschichtsschreibung, die freilich auf Widerstand unter den führenden Landeshistorikern stieß, lassen sich so drei Konzeptionen der Geschichtsforschung vor 1918 erkennen. Martin Wehrmann wird von Unterstell der dritten Epoche (1918–1945) zugerechnet, obwohl seine Hauptwerke doch vor 1914 entstanden und seine historische Entwicklung vor allem im Kontext der Auseinandersetzung von politischer und kulturhistorischer Geschichtsschreibung zu sehen sind.

Wenn Kulturträgertheoreme und die Konzentration auf die „Verpreußung“ Pommerns bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht zu übersehen sind, so stellt sich das Problem außerwissenschaftlicher Einflüsse doch in deutlich gesteigertem Maße nach 1918, als auch in Pommern unter dem Eindruck der Bedrohung als Grenzland zu Polen Einflüsse der „deutschen Ostforschung“ zu erkennen sind. Zugleich entfaltete nun die bereits 1911 gegründete Historische Kommission ihre Tätigkeit. Fragwürdig erscheint aber Unterstells These, in Pommern seien deutliche Indizien für eine volksgeschichtliche Neuorientierung festzustellen. Denn seine Konzentration auf die Frage, welche Veränderungen von der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik nach 1933 ausgegangen sind, ist wohl nur für den organisatorischen Bereich zutreffend, etwa mit der Umbenennung der Historischen Kommission in „Landesgeschichtliche Forschungsstelle“ 1935. Sicher lassen sich im Blick auf die Äußerungen der Landeshistoriker nun deutliche antislawische Ideologeme u.a. bei Wehrmann und Curschmann feststellen, die freilich in ihrer Deutschtumsfixierung auch vor 1918 schon anzutreffen waren. Wenn, wie Unterstell festhält, ein deutliches Eindringen volksgeschichtlicher Ansätze festzustellen ist, so bleibt die Frage, worin das Spezifische der Ostforschungsproblematik hier besteht, da Unterstell praktisch keine Belege aus der pommerschen Historiographie dafür bringt. Für die Forschungen und Darstellungen aus dem Bereich der deutschen Ostsiedlung etwa könnte das durchaus

plausibel sein, Unterstell geht jedoch allein auf den Bereich der Heimatgeschichtsschreibung ein. Denkbar wäre es aber auch, daß sich der politische Impuls der Ostforschung in Pommern nicht in dem Maße durchgesetzt hat wie etwa in Pommerellen-Westpreußen. Unterstell hebt weiter hervor, in Pommern habe sich eine „geschichtliche Landeskunde“ im Aubinschen Sinne ausgebildet, doch auch hierfür bleibt er einen detaillierten Nachweis schuldig. Die Tendenzen sind sicher richtig beobachtet, allein es fehlt der einordnende Vergleich. Die geringe Affinität der pommerschen Landesgeschichte zum Nationalsozialismus mit einer entsprechenden Beobachtung zur deutschen Rußlandhistorie zu vergleichen, geht freilich an der jüngeren Forschung zur „deutschen Ostforschung“ vorbei, deren Aufschwung in den 30er Jahren vor allem außerhalb der universitären Osteuropahistorie zu verzeichnen ist und die – wie auch an personellen Beziehungen, etwa in der Person von Erich Randt, zu erkennen ist – den Bezugsrahmen für die pommersche Landesgeschichte bildet. Eine Distanz zur Ostpolitik der Reichsregierung läßt sich dort höchstens gegenüber dem Nichtangriffspakt mit Polen von 1934 feststellen.

Insgesamt informiert Unterstell zwar gründlich über die institutionelle und personelle Entwicklung der pommerschen Landesgeschichte, aber dennoch bleiben Wünsche an die Studie offen. Wenn er eingangs von „grundstürzenden Umwälzungen“ der letzten Jahre spricht, die auf die Verfertigung der Arbeit gewirkt haben, so hat sich das offensichtlich allein in der Archivnutzung niedergeschlagen, nicht aber in einer Erweiterung der Fragestellung etwa auf die pommersche Landesgeschichtsforschung in der Bundesrepublik und in der DDR – und sei es nur in der Form eines Ausblicks. Auch eine Untersuchung der Anfänge der polnischen Beschäftigung mit Pommern hätten die spezifischen Merkmale der Landeshistorie Pommerns besser herausarbeiten können. Ein Dokumentenanhang enthält Statuten und Satzungen der landeshistorischen Institutionen.

Jörg Hackmann, Lübeck

Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen, hrsg. v. Joachim Rogall. Berlin: Siedler Verlag 1996, 575 S., Illustrationen. (Deutsche Geschichte im Osten Europas.).

Dieser Band der Siedlerschen Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ befaßt sich mit dem Gebiet der *Rzeczpospolita Obojga Narodów*, der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Die Betrachtung der deutschen

Geschichte in dieser Region war bislang vor allem auf deutsche Siedler und Sprach- bzw. Volkstumsinseln konzentriert, oft mit der Intention, „Kulturträger“ oder „Aufbaukräfte“ in ihnen zu identifizieren und eine überzeitliche Ostbewegung auszumachen, die polnischer- und russischerseits als deutscher „Drang nach Osten“ apostrophiert wurde. Dagegen hält Rogall fest, daß eine Darstellung deutscher Geschichte in Polen nicht eine Isolierung deutscher Elemente zum Ziel haben kann, sondern seit der Epoche Karls des Großen im Kontext der „Europäisierung“, also der Erweiterung des römisch-christlichen Alteuropa nach Osten und Norden, betrachtet werden muß. In diesem Verständnis gehört die Entstehung der mittelalterlichen polnischen Nation also auch in den Zusammenhang deutscher Geschichte im Osten Europas, aber eben nicht in dem überholten Verständnis einer deutschen Aufbauleistung. Man könnte daher auch von Beziehungsgeschichte sprechen; das tut Rogall zwar nicht, aber dennoch geht es in seiner Darstellung Polens bis zu den Teilungen darum.

Wenn man berücksichtigt, daß sich die Siedlersche Publikationsreihe in erster Linie an ein historisch interessiertes Publikum, aber nicht unbedingt an professionelle Historiker richtet, so wird Rogalls Darstellung, die zahlreiche interessante Details enthält, dieser Intention durchaus gerecht, auch wenn man die Darstellung der deutschen Ostkolonisation gelegentlich vielleicht schärfer fassen könnte. Von Interesse wäre insbesondere eine Problematisierung der Bezeichnung „deutsch“ vor dem Hintergrund der regionalen Herkunft der deutschen Siedler. Rogalls Darstellung zeigt, daß von einer „Siedlerwelle“ oder gar einem „Drang“ kaum gesprochen werden kann, sondern daß die Siedler, die sich in Polen niederließen, vor allem aus den Gebieten der deutschen Neustämme, also etwa aus Schlesien, stammten. Interessant ist am polnisch-litauischen Beispiel überdies, daß sich die deutschrechtlichen Strukturen von den deutschen Siedlern lösten und die polnische Ostkolonisation seit Kasimir dem Großen eine Weiterführung der deutschen Ostsiedlung war. Unter der Berücksichtigung dieser Siedlungsphasen und der Binnenkolonisation hat die deutsche Ostsiedlung auch hier eine europäische Dimension. Für die Epochen seit Ausgang des Mittelalters wird es dann allerdings schwierig, die Mobilität von Kaufleuten, Wissenschaftlern oder Künstlern in nationalen Kategorien zu betrachten, handelt es sich hier doch offensichtlich um europäische Lebensformen; Rogalls Begriff „Auslesewanderung“ (S. 100) ist in diesem Zusammenhang zumindest nicht klar. Für die hier behandelten Epochen wäre es sinnvoll gewesen, auch Danzig und Pommerellen bzw. das Königliche Preußen zu berücksichtigen, selbst wenn sich damit Überschneidungen

zu Boockmanns Band über „Ostproußen und Westproußen“¹ ergeben hätten.

Die Abschnitte zu den Epochen nach den Teilungen Polens² stammen von verschiedenen Autoren, die leider nicht alle die Stringenz der Darstellung fortführen können. Das gilt für Richard Breyers Skizze zu Süd- und Neuostproußen und dem napoleonischen Großherzogtum Warschau sowie für die Darstellung von Helmut Neubach über das Großherzogtum bzw. die Provinz Posen. Hier dominiert doch die überkommene borussische Perspektive, die sich in erster Linie auf die Verwaltungsgeschichte konzentriert und versucht, die Leistung der preußischen Beamten für die Entwicklung der polnischen Gebiete herauszustellen. Zudem herrscht die Überzeugung vor, daß bereits seit 1791 ein übersteigertes Nationalbewußtsein bei den Polen geherrscht habe, das eine Integration in den preußischen Staat unmöglich gemacht habe. Es wäre in dem von Breyer behandelten Zeitraum von 1793 bis 1815 doch von Interesse gewesen, mehr über die preußischen Vorstellungen zur Integration der polnischen Bevölkerung zu erfahren. Noch weniger befriedigen können allerdings Neubachs Ausführungen zu Posen, die deutliche Schwächen in der Darbietung des Stoffes aufweisen und sich zudem ganz in verwaltungsgeschichtlicher Tradition vor allem auf eine Genealogie der Posener Oberpräsidenten beschränken. Die für das deutsch-polnische Verhältnis so wichtigen Vorgänge 1848 werden nicht adäquat behandelt.

Die Defizite der Texte werden allerdings teilweise ausgeglichen durch die sozialgeschichtlichen Beiträge von Krzysztof Makowski über die Deutschen in Posen und von Ulrich Haustein über die Assimilation der Posener Juden. Haustein macht deutlich, daß die Geschichte der Juden in Posen ein wesentlicher Aspekt „deutscher Geschichte im Osten Europas“ ist. Diese Feststellung ist nicht allein auf die Assimilation zu „deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens“ beschränkt, sondern war von Werner Conze in seinen Überlegungen zur Konzeption der Reihe auf das gesamte Spektrum ostmitteleuropäischer Geschichte bezogen worden. Auf eine solch umfassende Behandlung ist in dem vorliegenden Band bedauerlicherweise verzichtet worden. Das, was in dem Abschnitt über Kongreßpolen von Richard Breyer und János Kenéz etwa über Juden in Lodz gesagt wird, bleibt hinter der Qualität des Beitrags von Haustein zurück.

¹ Hartmut Boockmann, *Ostproußen und Westproußen*. Berlin 1992 (Deutsche Geschichte im Osten Europas.).

² In der Publikation wird durchgehend von „Polnischen Teilungen“ gesprochen; welche Intention sich mit dieser Präferenz verbindet, ist nicht klar. Zutreffender wäre es, von „Teilungen Polens“ – analog zur „Teilung Deutschlands“ – zu sprechen.

Im übrigen knüpft der Abschnitt über das russische Teilungsgebiet an die Darstellungsweise Rogalls an und bietet stellenweise einen guten Überblick über zentrale Entwicklungslinien Polens; allerdings ist nicht völlig verständlich, warum die militärische Geschichte des Novemberaufstands so ausführlich dargelegt wird. Zuweilen schlägt auch hier eine traditionelle deutschumszentrierte Perspektive durch: So wird einerseits die „fatale Gleichsetzung von Luthertum und Deutschtum“ in Polen beklagt, kaum eine Seite weiter wird aber diese Gleichsetzung von den Autoren selbst praktiziert, wenn es zu Bauerndörfern am Bug heißt, daß die Siedler „in völliger Vereinsamung“ die polnische Sprache annahmen, durch „die Bewahrung ihres Glaubens aber eine innere Bindung an die deutsche Kulturwelt“ (S. 316f.) behielten. Hier wie auch an anderen Stellen ist eine Perspektive anzutreffen, die Vorgänge, die gewöhnlich mit Germanisierung oder Polonisierung umschrieben werden, nicht ohne Werturteile betrachten kann.

In der Darstellung des 20. Jahrhunderts schiebt sich die deutsche Volksgruppe eindeutig in den Vordergrund; ganz deutlich wird das für die Zeit des Zweiten Weltkriegs, auch wenn die Ausführungen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen in ihrer Kürze durchaus prägnant sind. Diese Akzentverschiebung freilich ist weniger durch den betrachteten Gegenstand geboten, sondern ganz offensichtlich durch das Bedürfnis motiviert, ein Vermächtnis der Erlebnisgeneration an die Leser weiterzugeben und die kollektive Erinnerung an die Deutschen in Polen in Deutschland wachzuhalten. Damit ist die Perspektive hier enger gewählt als etwa für die Behandlung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit.

Litauen wird von Harry Stossun in zwei Abschnitten behandelt; vielleicht liegt es an dem beschränkten Umfang der Texte, daß die Darstellung oberflächlich bleibt und oft abgehackt wirkt. Auch ist nicht recht zu erkennen, warum der Beitrag erst mit der Reformation einsetzt. Manches etwa zur Ostkolonisation hätte hier oder aber im ersten Abschnitt von Rogall eingearbeitet werden können. Wesentlich stärker als die Texte zu Polen beschränkt sich Stossuns Darstellung auf Deutsche in Litauen, woraus sich stellenweise ein Mißverhältnis zur Breite der Darstellung über Polen ergibt. Da die nationale Identität dieser Personen oftmals bis in das 20. Jahrhundert hinein deutlich von der konfessionellen Identität überlagert wurde, hätte hier die methodologische Frage, was unter „Deutschen“ zu verstehen ist, eingehender erörtert werden müssen. Daß schließlich auch das Memelgebiet nach 1918 hier auf anderthalb Seiten abgehandelt wird, vermittelt den Eindruck, daß hier ein Versäumnis nachgeholt werden soll; denn dieses Thema hätte wohl eher in den Kontext der

historischen Region Ostpreußen gehört. Irritierend ist außerdem, daß sich Stossun auch für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ausschließlich auf die deutsche Volksgruppe beschränkt und daß die jüdische Geschichte nun völlig entfällt, denn die deutsch-jüdische Begegnung während des Ersten Weltkriegs wäre doch ein Thema in diesem Zusammenhang gewesen.

Der Herausgeber des Bandes hat zweifellos recht gehabt, wenn er Litauen mit einbezogen hat, was in der ursprünglich von Gotthold Rhode betreuten Fassung, die anfangs als „Welt zwischen Warthe und Weichsel“ angekündigt wurde, offensichtlich nicht vorgesehen war. In Conzes Konzeption wurde dieser Band „Posen/Weichselland (mit Ostbrandenburg und Mittelpolen)“ bezeichnet, woraus sich eine Unsicherheit in der regionalen Abgrenzung erkennen läßt, die bei den anderen historischen Landschaften dieser Publikationsreihe nicht anzutreffen ist. Freilich ist auch der jetzige Titel nicht sehr glücklich. Bei „Land der großen Ströme“ ist nun an vieles zu denken, an Mesopotamien womöglich, zutreffender und auch einfacher wäre es gewesen, ihn „Polen und Litauen“ zu nennen; auch die Richtungsangabe „von ... nach“ im Untertitel macht eigentlich keinen Sinn und ist überflüssig.

„Nahezu ein halbes Jahrhundert nach Flucht oder Vertreibung der Deutschen aus ihren östlichen Heimatgebieten (ist) der Abstand groß genug geworden, um das Jahrtausend deutscher Geschichte in Ostmitteleuropa frei von politischer Voreingenommenheit oder psychischer Befangenheit geschichtlich zu würdigen,“ hatte Conze in seiner Konzeption der Reihe geschrieben. Der vorliegende Band bestätigt diese These im großen und ganzen. Wenn Rogall mehrfach ein pointiertes Bekenntnis zur deutsch-polnischen Verständigung ablegt, so ist das – ungeachtet seiner unbestrittenen Berechtigung – wohl auch ein Indiz dafür, daß es in der deutschen Öffentlichkeit offensichtlich unterschiedliche Erwartungen an die Darbietung des Themas gibt, die den Herausgeber zu einer politischen Positionsbestimmung veranlaßten. Auch scheint es nicht ganz einfach zu sein, für alle Themen geeignete Bearbeiter zu finden. Auf manche der hier angesprochenen Probleme des Buches hat bereits der Herausgeber in seinem Vorwort hingewiesen. Angemerkt sei schließlich, daß die aufwendige Illustration mitunter gute Einblicke und anregende Einsichten vermittelt und manche Schwächen des Textes wettmachen kann.

Jörg Hackmann, Lübeck

Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1996, X, 462 S. (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 3.).

Als einer, der das genannte Buch noch als Manuskript ziemlich gründlich gelesen hat, um dann dem Verfasser ein paar Hinweise zu geben, habe ich jetzt wohl kein Recht mehr, diese wichtige Arbeit zu besprechen. Trotzdem möchte ich sie hier ganz kurz vorstellen und bei dieser Gelegenheit einige Bemerkungen von allgemeinerer Natur machen, denn Hackmann gehört zu den Historikern der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, die man lesen muß, weil man dabei nur profitiert. Das soll keinesfalls bedeuten, daß man ihm immer zustimmen muß. Es besteht aber kein Zweifel, daß seine Arbeiten ein Nachdenken, eine Revision des bisher Gesagten, einen Verzicht auf viele eigene Vorstellungen erzwingen. Und zwar betrifft das nicht nur sein Buch von der ost- und westpreußischen Geschichte in der Historiographie, sondern auch einige kleinere oder größere Beiträge und Aufsätze, die den Band seit einigen Jahren umranken.¹

Abgesehen von dem Vorwort, dem Abkürzungsverzeichnis, der Bibliographie, dem Personenregister und der – nicht besonders schönen, aber doch ganz gut verständlichen – Zusammenfassung in polnischer Sprache (diese Initiative der deutschen wissenschaftlichen Verlage, auf die man immer öfter stößt, ist zu begrüßen) umfaßt das genannte Buch eine lange Einleitung, in der der Verfasser das Thema darstellt, eine Schlußbetrachtung, in der nach der Gegenwart und vor allem nach der Zukunft der deutschen und polnischen Landesgeschichte Ost- und Westpreußens gefragt wird, sowie fünf Kapitel.

Im ersten Kapitel (S. 27-55) skizziert Hackmann die Entwicklung der Historiographie zu Ostpreußen und Westpreußen in der Zeit vor der ersten Teilung Polens (1772), als die hiesige Bevölkerung vor allem regional

¹ In diesem Kontext sind zu nennen: „Der Kampf um die Weichsel“. Die deutsche Ostforschung in Danzig von 1918–1945, in: *Zapiski Historyczne* 58 (1993), H. 1, S. 37-58; Gerard Labudas Konzeption der Geschichte Pommerns, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 41 (1993), S. 109-134; in polnischer Übersetzung: Gerarda Labudy koncepcja historii Pomorza, in: *Przegląd Zachodniopomorski* 38 (1994), H. 2, S. 7-36; Königsberg in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: *Nordost-Archiv N.F.* 3 (1994), S. 469-493; „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Westfälische Forschungen* 46 (1996), S. 232-258.

geprägt war und die Landeshistorie noch nicht in nationalen Kontroversen stecken blieb.

Im zweiten Abschnitt (S. 57-93) erörtert der Verfasser die deutschen Reaktionen auf das Jahr 1772 (Ludwig von Baczko, August von Kotzebue, Johannes Voigt, Friedrich Wilhelm Schubert) sowie die Anfänge der polnischen Landesgeschichte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Hackmann geht – mit Recht – davon aus, daß die erste Teilung Polens und die preußische Annexion Westpreußens eine erste wichtige Zäsur in der Historiographie des Landes bedeutete. Direkt nach der Teilung war das an der Polemik zwischen Ewald Friedrich von Hertzberg und Feliks Łoyko zu beobachten, der ersten Diskussion, die die west- und ostpreußische Landesgeschichte in die allgemeinen deutsch-polnischen Kontroversen einbezog. Die Annexion Pommerellens habe bei den deutschen Historikern den Bedarf an deren Legitimation – sei es eine rechtlich-historische, sei es eine kulturell-historische – geweckt. Auf diese Weise wurde die Landesgeschichte nationalisiert und zugleich entpolonisiert, sie interessierte sich seitdem nur für die deutsche Vergangenheit des Landes. In die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fallen die Anfänge der polnischen Landeshistorie von West- und Ostpreußen, die vor allem mit dem Namen Dominik Szulc zu verbinden sind, der diese Vergangenheit wieder zu polonisieren versuchte, indem er – wie schon der damalige Rezensent bemerkte – dieselben Waffen benutzte. Szulc war unter anderem davon überzeugt, daß sich Pommern in früheren Perioden bis nach Dänemark und Westfalen erstreckt habe und alle seine Bewohner polnisch sprachen.

Das dritte Kapitel (S. 95-167) behandelt die deutschums- und polonitätsorientierte Landesgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. In diesem Zeitabschnitt kam es zur Vereinigung Deutschlands, was eine noch stärkere Politisierung der deutschen Landeshistorie West- und Ostpreußens verursacht (ein Beispiel bieten in diesem Kontext vor allem Heinrich von Treitschkes Schriften). Zugleich habe sich aber eine Landesgeschichtsforschung herausgebildet, die bereits interdisziplinäre Arbeitsmethoden beherrschte und keine direkten politischen Ziele verfolgte (Gustav Aubin, Christian Krollmann). Auf der polnischen Seite hätten Historiker unmittelbar an die früheren Ausführungen von Szulc angeknüpft, was in den Werken von Wojciech Kętrzyński und Stanisław Kujot zu sehen sei. Ihre Arbeiten hätten eine Art von Widerspruch gegen die preußische Germanisierungspolitik gebildet.

Die beiden letzten Kapitel des besprochenen Buches sind die längsten, aber zugleich – wie ich meine – die interessantesten. Im ersten (der Reihenfolge nach dem vierten, S. 169-256) beschäftigt sich Hackmann mit der Entstehung der ‚deutschen Ostforschung‘ sowie ihres polnischen

Pendants, des sog. polnischen Westgedankens. Beide kamen direkt nach dem Ersten Weltkrieg auf, wobei sich die erste gegen die Ergebnisse des ‚Versailler Diktats‘ richtete, während letztere die neue Versailler Ordnung, die Polen Freiheit und Grenzen gebracht hatte, historisch untermauern wollte. Beide Richtungen waren sehr stark politisiert und die von ihnen betrachtete Vergangenheit völlig instrumentalisiert. Hackmann glaubt, daß „die Ansätze zu einer Politisierung der Wissenschaft in der deutschen Ostforschung (zu dieser Zeit; J. M. P.) deutlich über die politischen Tendenzen der polnischen Geschichtswissenschaft der *ziemie zachodnie* hinausgingen“ (S. 256). Ob das stimmt, kann ich, am Rande gesagt, nicht mit Sicherheit behaupten, obwohl die deutsche Ostforschung zweifelsohne aggressiver als die polnische Westforschung war.

Im letzten, dem fünften Abschnitt (S. 257-348) geht der Verfasser den Auseinandersetzungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und dann dem Weg ‚von der Konfrontation zur Kooperation‘ auf den Grund. In Anknüpfung an Klaus Zernack, seinen Doktorvater, schreibt Hackmann von der „Polonisierung“ der ostdeutschen Landesgeschichte, darunter auch der West- und Ostpreußens, was eigentlich stimmt, obwohl jüngst ein schneller Zuwachs des Interesses an der Vergangenheit der ehemals deutschen Gebiete im Osten zu beobachten ist. Die genannte „Polonisierung“ ist eine Art von Notwendigkeit, und auch die Polen müssen von einer „Lithuanisierung“ der Geschichtswissenschaft in bezug auf die Umgebung von Vilnius oder einer „Ukrainisierung“ der Historiographie Ostgaliziens sprechen. Das umfangreiche Kapitel beginnt mit der Darstellung und Beurteilung der polnischen Westforschung nach dem Zweiten Weltkrieg. Hackmann weist auf die Entstehung des Westinstituts (Instytut Zachodni) in Poznań hin, dessen Gründer Zygmunt Wojciechowski – wie früher Erich Keyser – eine bewußte Einseitigkeit der Geschichtsforschung postulierte, die sich auf die polnische Vergangenheit dieser Gebiete konzentrieren und nicht nach Objektivität streben sollte. Zugleich verzeichnet Hackmann aber die Mahnung des bedeutenden Wirtschaftshistorikers Jan Rutkowski aus Poznań, der vor der Wiederholung der früheren deutschen Fehler der einseitigen Betrachtung der Vergangenheit ‚des deutschen Ostens bzw. des polnischen Westens‘ (Zernack) warnte. „Die Nichtbeachtung der Rolle des deutschen Elements wäre“ (und nicht war, wie das von Hackmann übersetzt wurde) – schrieb Rutkowski – „ein ebensolcher politischer Fehler wie die Übertreibung seiner Rolle durch die deutsche Wissenschaft“ (S. 264).

Im „polnischen“ Teil des letzten Kapitels erörtert der Verfasser die Herausbildung der polnischen Konzeption des sog. Großpommern (Wielkie Pomorze), die nach 1945 von Gerard Labuda – aber ganz eindeutig in

Anknüpfung an Józef Kisielewski (1939) – entwickelt wurde und die eigentlich sofort auf einen – zuerst ziemlich schwachen – Widerspruch von seiten mancher Historiker (wie z.B. Kazimierz Jasiński und später vor allem Benedykt Zientara) stieß. Im deutschen Teil des letzten Kapitels behandelt Hackmann die Problematik des sog. ‚neuen Anfangs‘ der Ostforschung in der Bundesrepublik Deutschland, worüber er genauer im genannten Aufsatz in den „Westfälischen Forschungen“ schreibt. Sehr wichtig ist hier seine Feststellung, „daß sich neue Fragestellungen in der ostdeutschen Landesgeschichtsforschung (...) nicht durch explizite Abkehr von den früheren Fragestellungen oder einen Paradigmenwechsel durchsetzte, sondern durch eine sich allmählich vollziehende Verwissenschaftlichung in der Ablösung von politisierten Konzeptionen“ (S. 324). Es scheint mir, daß dies recht typisch für die Geschichtswissenschaft im allgemeinen ist, und deshalb könnte diese Beobachtung ebenfalls auf die polnische Historiographie nach 1945 ausgedehnt werden. Die Feststellung, daß die Geschichtswissenschaft imstande sei, sich von innen, sozusagen von alleine zu reformieren, erweckt gewisse Hoffnungen in bezug auf ihre weitere Entwicklung.

Am Ende des letzten Kapitels skizziert Hackmann den Weg ‚von der Konfrontation zur Kooperation‘, wobei er – allen Kritiken zum Trotz (zuerst vor allem auf der deutschen Seite und seit 1989 besonders auf der polnischen Seite) – die große Bedeutung der Schulbuchdiskussionen der 70er Jahre unterstreicht. Es steht außer Zweifel, daß die deutsch-polnische Schulbuchkommission eine Vorreiterrolle gespielt hat. Es genügt, auf die Schwierigkeiten der Deutschen in den Verständigungsversuchen mit anderen Nachbarn im Osten hinzuweisen. Was mir an diesem letzten Abschnitt wirklich fehlt, ist zum einen eine fast völlige Nichtberücksichtigung der Geschichtswissenschaft in der DDR sowie zum anderen – obwohl das nicht mehr zum Thema gehört – ein empfindlicher Mangel an Vergleichsversuchen. Für den Leser wäre es ohne Zweifel sehr interessant zu erfahren, ob es so etwas wie ‚polnische Westforschung‘ auch in der sowjetischen Historiographie nach 1945 gab. Die Sowjetunion hatte ja den größeren Teil Ostpreußens übernommen, und es scheint mir fast sicher zu sein, daß die dortigen Historiker den neuen territorialen Zustand ebenfalls zu legitimieren versuchten. Das ist aber eher ein Forschungspostulat als ein Vorwurf.

Alles in allem haben wir eine sehr solide, gründliche Arbeit in Händen, die sowohl die deutsche als auch die polnische Geschichtswissenschaft nicht gleichgültig übergehen kann. Das Buch Hackmanns erbringt zugleich den Beweis, daß in der günstigen politischen Lage, die wir heutzutage zweifelsohne haben, in einer sozusagen freundlichen politischen

Umwelt ein Historiker unparteiisch sein kann und seine Nationalität schwer zu erkennen ist. Auf der anderen Seite zeigt aber dasselbe Buch, daß – wie es die italienische Forscherin Marina Valensise jüngst bemerkt hat – das Leben eines Historikers in gewisser Weise immer das Leben seines Landes ist. Es gab zwar immer Individuen, denen es gelang, diese Barriere zu überschreiten (wie z.B. der deutsch-österreichische Historiker Heinrich Felix Schmid). Doch sollte man sich eigentlich freuen, nicht in eine solche Versuchung zu geraten. Niemand von uns kann wissen, wie er die große Prüfung der Ehrlichkeit eines Historikers bestehen würde. Arbeiten wie das genannte Buch von Hackmann lassen daran glauben, daß die Geschichtswissenschaft, die im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts versagt hat (František Graus), doch noch eine positive Rolle für die Verständigung der Völker zu spielen hat.

Jan M. Piskorski, Poznań/Szczecin

Vostočnaja Prussija s drevnejšich vremen do konca vtoroj mirovoj vojny (Ostpreußen von den ältesten Zeiten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges) (Autorenkollektiv: V.I. Gal'cov, V.S. Isupov, V.I. Kulakov, G.B. Kretinin, M.A. Klemeseva, K.K. Lavrinovič, V.V. Sergeev), hrsg. v. Komitet po Delam Archivov Administracii Kaliningradskoj oblasti, Oblastnoj Gosudarstvennyj Archiv, Kaliningradskij Gosudarstvennyj Universitet. Kaliningrad 1996, 538 S.

Vergleicht man den Stand der Landesgeschichtsschreibung bzgl. des Herzogtums Preußen bzw. Ostpreußens in Polen und Rußland, so ist auf russischer Seite zweifellos ein Rückstand festzustellen. Während die polnische Geschichtsschreibung nach 1945 energisch die Erforschung der Geschichte der ostdeutschen Länder betrieb, entwickelte die sowjetische Geschichtsschreibung, von den beachtlichen, aber skizzenhaften Darstellungen Nikolaj Gracianskis unmittelbar nach dem Krieg abgesehen, kein tieferes Interesse. Das Ideologem vom „deutschen Drang nach Osten“ trug dazu bei, Ostpreußen vor allem als „Aufmarschplatz“ für die Expansion gegen die slavischen Völker und speziell gegen Rußland zu verstehen. Seit 1991 begann sich dies zu ändern; das lebhaftere, über den Kreis der Fachhistoriker hinausreichende Interesse hat sich nun in einer ersten umfangreichen wissenschaftlichen Gesamtdarstellung der Geschichte des Landes niedergeschlagen.

In die Darstellung sind nicht edierte Quellen vor allem aus dem Kaliningrader Gebietsarchiv und dem Moskauer Archiv für Alte Akten eingeflossen. Obwohl das Autorenkollektiv um eine gleichmäßige Darstellung der Epochen bemüht war, ist ein vertieftes Interesse vor allem im Hinblick auf die Neuzeit festzustellen, in der Rußland kontinuierlich durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit dem Herzogtum Preußen bzw. der Provinz Ostpreußen verbunden war. Das Ideologem vom „deutschen Drang nach Osten“ wurde dabei von dem Synthesegedanken abgelöst, Ostpreußen als „Brücke zwischen Rußland und Europa“ (S. 226) zu verstehen.

Im Bereich der Geschichte des kulturellen Austausches liegen daher auch die größten Verdienste des Werkes, beispielsweise in der Darstellung der Abwanderung von Absolventen der Königsberger Universität in russische Dienste im 18. Jahrhundert. Zu detaillierten Aufschlüssen gelangt die „Geschichte Ostpreußens“ auch in bezug auf die Zeit der russischen Herrschaft während des Siebenjährigen Krieges. An einzelnen Problemen wie z.B. der Bereitstellung eines Kirchengebäudes für russisch-orthodoxe Gottesdienste in Königsberg gelingt es, die russische Verwaltungspraxis zu beleuchten.

Ein Leitmotiv der Gesamtdarstellung ist der Stellenwert, den Ostpreußen für die russische Außenpolitik besaß. Anfängen von Peter I., der das Land sechsmal und damit öfter als jeder andere Zar besuchte, werden die Beobachtungen und Einschätzungen russischer Herrscher und Politiker wiedergegeben. An manchen Stellen wäre es erhellend gewesen, komplementär das preußische Interesse an der Provinz einzubeziehen. Die ausführlich geschilderte Krönung Friedrichs I. in Königsberg (1700) etwa erhält eine tiefere Dimension erst dann, wenn man den polnischen Vorbehalt gegen die Ableitung der preußischen Souveränität aus dem Herzogtum berücksichtigt sowie die Rolle, die Rußland bei der Kontrolle der Adelsrepublik seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts spielte. Da solche strukturellen Fragen der internationalen Politik nicht berücksichtigt werden, können Ereignisse wie die Teilungen Polens ganz aus dem Blick geraten, obwohl diese für die Beziehungen zwischen Rußland und Ostpreußen ganz neue Bedingungen schufen. Demgegenüber nimmt die Militärgeschichte, insbesondere die Schilderung einzelner Schlachten, einen unverhältnismäßig großen Platz ein. Einblicke in die Gesellschaftsgeschichte Ostpreußens gelingen den Verfassern an einzelnen Stellen, wie z.B. in einem Kapitel über das Druck- und Verlagswesen in Königsberg in der Zeit der Aufklärung.

Gerade in bezug auf die Neuzeit macht der Band aber auch immer wieder deutlich, wieviel Forschungsarbeit noch zu leisten ist. Vielleicht

haben die Autoren deshalb darauf verzichtet, ihre Geschichte Ostpreußens über 1945 hinauszuführen und das wichtige Thema der Ansiedlung einer neuen Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Die genannten Desiderata sind überwiegend auf den Forschungsstand zurückzuführen und nicht der insgesamt soliden und kritisch abwägenden „Geschichte Ostpreußens“ anzulasten.

Martin Schulze Wessel, Halle a.d.S.

Ritterorden und Region – politische, soziale und wirtschaftliche Verbindungen im Mittelalter, hrsg. v. Zenon Hubert Nowak. Toruń 1995, 174 S. (Ordines militares. Colloquia Torunensia Historica. VIII.); Zakon krzyżacki a społeczeństwo państwa w Prusach (Der Deutsche Orden, Gesellschaft und Staat in Preußen), hrsg. v. Zenon Hubert Nowak. Toruń 1995, 200 S., 1 Karte.*

Alle zwei Jahre organisiert die Universität Toruń Konferenzen, die sich mit Problemen der Geschichte der Ritterorden, insbesondere des Deutschen Ordens beschäftigen. Das zu besprechende Buch enthält eine Auswahl von Vorträgen der siebten Konferenz, die im Herbst 1993 stattfand und den regionalen Beziehungen der Ritterorden gewidmet war. Von den zehn Beiträgen bezieht sich der größere Teil (sechs), wie es schon fast Tradition bei den Konferenzen in Toruń ist, auf den Deutschen Orden. Vorgehend sei festgehalten, daß insbesondere diese Beiträge äußerst eng mit der in der Konferenz zu erforschenden Problematik verbunden sind.

Nach dem Studium der Aufsätze wird als wichtigstes Problem der Erforschung der Ordensgeschichte deutlich, allgemeine Grundlinien der Beziehungen der verschiedenen Orden zur jeweiligen Region zu erkennen. Bei dem Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden, wieweit der Orden universal und wieweit er mit der Region verbunden war, nehmen die in der Aufsatzsammlung vertretenen Autoren zu folgenden Themen Stellung: zur Herkunft der Ritter des Deutschen Ordens und anderer Ordensmitglieder (H. Boockmann, „Herkunft und Einsatzgebiet. Beobachtungen am Beispiel des Deutschen Ordens“, S. 7-19; J. Tandecki, „Soziale Beziehungen zwischen dem Bürgertum und dem Deutschen Orden in Preußen“, S. 125-139), zu den wirtschaftlichen Beziehungen des Or-

* Aus dem Litauischen übersetzt von Joachim Tauber, Lüneburg

dens mit der Region (R. Czaja, „Der Handel des Deutschen Ordens und der preußischen Städte – Wirtschaft zwischen Zusammenarbeit und Rivalität“, S. 111-123), zur allgemeinen Situation des Ordens in Süddeutschland (K. Militzer, „Die Einbindung des Deutschen Ordens in die süddeutsche Adelswelt“, S. 141-160) und zum gegenseitigen Einfluß des Ordens und des Königreiches Polen (H. Samsonowicz, „Der Deutsche Orden in seinem Verhältnis zur Gesellschaft Polens unter kultur- und verwaltungsgeschichtlichen Aspekten“, S. 99-110). Das in der Aufsatzsammlung aufgeworfene Problem umreißt der abschließende Beitrag von U. Arnold über „Europa und die Region – widerstreitende Kräfte in der Entwicklung des Deutschen Ordens im Mittelalter“ (S. 161-172) in vortrefflicher Weise. Die Mehrzahl der erwähnten Beiträge greift auch andere wichtige Probleme der Ordensgeschichte auf, wie beispielsweise das Verhältnis zu ansässigen Bewohnern oder die Beziehungen verschiedener ‚Nationalitäten‘ innerhalb des Ordens selbst. Hierzu liefert der Aufsatz von J. Sarnowsky über den „Konvent auf Rhodos und die Zungen (lingue) im Johanniterorden (1421–1476)“ (S. 43-65) eine anregende Vergleichsbasis.

Neben den bereits erwähnten Aufsätzen finden sich in dem Buch noch die folgenden: A. Lutrell, „The Hospitaller Province of Alamania to 1428“ (S. 21-41), L. Vones, „Die Landnahme der Ritterorden von Santiago und Calatrava in der Extremadura, Andalusien und Murcia im 13. Jahrhundert“ (S. 67-90), B. Schwenk, „Honor und utilitas. Eine Skizze zur Kooperation spanischer Ritterorden im 12. Jahrhundert“ (S. 91-98).

Zur Herkunft der Mitglieder des Deutschen Ordens ist bereits eine durchaus ergiebige Forschungsbasis geschaffen worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen wichtige analytische Arbeiten zu Abstammung und regionaler Tätigkeit der Deutschordensritter, doch blieben noch viele Fragen offen. Die Herkunft der Deutschordensritter in Preußen und Livland zeigt, daß die beiden Zweige eines einzigen Ordens ihre Ritter aus unterschiedlichen Gegenden rekrutierten. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts stammte die Mehrzahl der Ritter des Livländischen Ordens aus Westfalen und den umliegenden Gebieten, die Brüder des Deutschen Ordens, die nach Preußen gelangten, kamen aus einer größeren Region, doch dominierten Ritter aus Thüringen, Sachsen und Westfalen. Offensichtlich wandelte sich am Ende des 15. Jahrhunderts das Rekrutierungsgebiet der preußischen Ordensritter noch einmal, die meisten Mitglieder des Deutschen Ordens stammten nun aus westlichen, südlichen und südwestlichen Balleien. Boockmann verweilt aber nicht bei einer reinen Deskription der Fakten, sondern wirft neue Fragen auf, die nur zukünftige Forschungen beantworten können. Der Autor selbst hebt vor allem zwei wichtige Pro-

bleme hervor: Warum gingen die Ritter überhaupt nach Preußen und weswegen war die Zahl der einheimischen Bewohner unter den Rittern so gering (im Laufe des 15. Jahrhunderts habe sie sich noch mehr verringert)?

Diese Fragen sind nicht so einfach und unbedeutend, als daß man sie auf den ersten Blick beantworten könnte. W. Paravicini formulierte seinerzeit eine ähnliche Problematik in bezug auf den europäischen Adel, der an den ‚Preußenreisen‘ teilnahm. Heute ist zu erkennen, daß es sich dabei um programmatische Fragestellungen seines großen und wirklich einzigartigen Werkes über die ‚Preußenreisen des europäischen Adels‘ handelte. Der Aufsatz von Boockmann besitzt eine große Ähnlichkeit mit der eben erwähnten Arbeit, um so mehr, als auch Paravicini aus seiner Sicht versuchte, die Motive der Ritter für ihre Reise nach Preußen und Livland ansatzweise zu analysieren. Der Autor geht davon aus, daß die devotio, um das Jahr 1300 ein wichtiges Motiv, am Ende des 14. Jahrhunderts eine geringe Rolle spielte. Statt dessen habe es einen anderen Stimulus gegeben, denn die geringe Zahl einheimischer Ritter habe eine bessere Karrieremöglichkeit und Altersversorgung geboten. Es fällt auf, daß Boockmann die Möglichkeit nicht ausschließt, daß die Ritter nach Preußen zwangsweise vertrieben wurden. Doch diese in der polnischen und litauischen Historiographie vor dem Zweiten Weltkrieg und zum Teil auch nach 1945 populäre These, mit der sich die Deutschordensritter in propagandistischer Absicht als Symbol für Raub und Mord porträtieren ließen, kann sich insgesamt nur auf zwei bekannte Fälle stützen. Doch nun zu den Erwägungen des Autors über die schwindende Zahl einheimischer Deutschordensritter zu Beginn des 15. Jahrhunderts: Boockmann weist zu Recht auf den Unwillen der aus verschiedenen deutschen Ländern angekommenen Ritter hin, in ihre Reihen zusätzliche Konkurrenten aufzunehmen, was zu einer Verringerung der Popularität des Ordens in der preußischen Gesellschaft geführt habe.

Im Gegensatz zum Deutschen Orden in Preußen, dessen Ritter aufgrund ihrer Abstammung niemals eng mit der Region verbunden waren, war die Haltung des livländischen Ordenszweiges gegenüber der einheimischen Bevölkerung noch konservativer. Während zu Beginn des 15. Jahrhunderts der Deutsche Orden in Preußen ca. 5% aller Ritter aus Einheimischen rekrutierte, wurde in Livland insgesamt nur ein einziger Einheimischer als Ritter in den Orden aufgenommen. Eine gewisse Offenheit des Deutschen Ordens in Preußen für Einheimische, auch wenn sie als Neusiedler in die preußischen Städte gekommen waren, belegt im Vergleich mit dem livländischen Ordenszweig auch die Tatsache, daß viele von ihnen in den niederen Verwaltungsschichten des Deutschen Ordens zu finden sind. Auf

dieses in der Historiographie bislang nicht ausreichend behandelte Thema richtet Tandecki seine Aufmerksamkeit, wenn er die Beziehungen des Bürgertums zu dem Deutschen Orden aufzeigt. Indem er verschiedene Funktionen innerhalb der Verwaltung des Ordens herausarbeitet, die von städtischen Gruppen besetzt wurden, stellt sich dem Autor ähnlich wie Boockmann die Frage, warum die Städter Mitglieder des Ordens werden wollten. Er wiederholt die These Boockmanns und vertieft sie: Nur ein Ordensmitglied konnte erfolgreich die kirchliche Karriereleiter emporsteigen, die vom Orden gestifteten Stipendien erleichterten es Städtern, eine universitäre Ausbildung zu erhalten, und eröffneten später gute Möglichkeiten, im diplomatischen Dienst oder in Kanzleien zu arbeiten. Insgesamt bietet der Beitrag einen interessanten Einblick in die sich wandelnde Perspektive der polnischen Forschung in den letzten Jahren, die von einer einseitig negativen Interpretation der Rolle des Deutschen Ordens Abschied nahm.

In dieser Hinsicht steht der Beitrag auch in enger Beziehung zum Artikel eines anderen polnischen Autors. Während Tandecki nämlich die neue polnische Forschung repräsentiert, kann man den Aufsatz von Samsonowicz als Zusammenfassung älterer, vor allem polnischer Arbeiten verstehen. Der Autor konzentriert sich hauptsächlich auf die Rezeption von Rechtsnormen und Problemen der Urbanisierung. Er analysiert keineswegs die Einwirkung des Ordensstaates in Preußen auf Polen in seiner Gesamtheit, sondern betont regionale Unterschiede, indem er beispielsweise den Einfluß des Ordensstaates auf die staatliche Organisation Masowiens aufzeigt.

Eine derartige Charakterisierung des Ordens bezieht sich allerdings nicht nur auf Einflüsse auf den polnischen Staat, sondern es wurde in den letzten Jahren auch eine neue Sichtweise zur Rolle des Ordens im Handel entwickelt. Die traditionelle Meinung, daß der Orden einen wirtschaftlichen Aufschwung der preußischen Städte verhindert habe, ist durch die ausführlichen Analysen von J. Sarnowsky ins Wanken geraten. Der in der Sammlung abgedruckte Beitrag von R. Czaja vertritt eine ähnliche Überlegung. Der Schlußfolgerung dieses Forschers liegt eine Analyse der Handelsbeziehungen dreier preußischer Städte (Thorn, Danzig, Elbing) zugrunde. Ausgehend von Sarnowskys These über die Zusammenarbeit der preußischen Städte und des Ordens im Handel, kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die Rolle des Ordens in diesem Gebiet für diejenigen Städte größer war, die keinen günstig gelegenen Zugang zum Meer hatten, während Danzig auf die Hilfe des Ordens nur in äußerst geringem Maße angewiesen war. Der Verfasser legt eine interessante Statistik vor, wieviel Prozent der Städter Handelskontakte mit dem Orden hatten

(zwischen 5 und 9%). Anregend sind auch die Beobachtungen über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsbeziehungen und der Loyalität gegenüber dem Orden. Nach der Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410 blieben diejenigen Städter dem Orden treu, die mit ihm zuvor in wirtschaftlichen Beziehungen gestanden hatten. Der sorgfältig recherchierte, quellengesättigte Aufsatz hinterläßt einen ausgezeichneten Eindruck, jedoch scheint mir die Grundthese der Arbeit, der Deutsche Orden sei keine Konkurrenz für die preußischen Städte gewesen, ein wenig verabsolutiert: „Der eigentliche Grund dieser Unzufriedenheit (der Bevölkerung; A. N.) war nicht der Handel selbst, sondern die wenig kaufmännischen Methoden, die die Ordensbeamten benutzten“ (S. 119). Die Argumentation des Autors, Danzig habe überhaupt keine Konkurrenz des Deutschen Ordens verspürt, belegt eher die große wirtschaftliche Selbständigkeit dieser Stadt; zugleich hatten administrative Entscheidungen für wirtschaftlich mehr vom Orden abhängige Städte eine bedeutend größere Wirkung.

Man kann den Deutschen Orden nicht als ein einheitliches Staatsgebilde verstehen. In seinem Herrschaftsbereich waren die Beziehungen mit dem Umland sowohl in Preußen als auch in Livland verschieden, wie der Beitrag von K. Militzer verdeutlicht. Nach der Verminderung der Bedeutung der *devotio* begann sich im Alltag des Ordens vom Ende des 14. Jahrhunderts an eine größere Abhängigkeit von den Gründern abgetrennter Balleien und allgemein von der politischen Lage in der Region abzuzeichnen (die regionalen Beziehungen waren besonders wichtig in denjenigen Balleien, die starke Stifter hatten wie beispielsweise Marburg). Im Gegensatz zu Preußen und Livland verfügten die abgetrennten Balleien wegen ihrer geringen Bedeutung über keine Mittel, Einfluß auf die regionale Politik auszuüben, und waren darauf angewiesen, starke Fürsprecher zu finden. Aufgrund dieser Situation entsprach die im Herrschaftsbereich des Ordens durchgeführte Politik keineswegs vollständig der Politik in Preußen. Wie eine solche Dezentralisierung die Möglichkeiten der Politik bestimmte, illustriert die Situation des Ordens gegenüber Kaiser Ludwig dem Bayern. Als sich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ein Konflikt zwischen Papst und Kaiser entwickelte, stand der Orden auf der Seite des Papstes, obwohl seine Zweige im Reich zu Ludwig dem Bayern hielten. Die Abhängigkeit von der jeweiligen regionalen Macht spiegelt sich auch in der Herkunft der Ritter in den Balleien Süddeutschlands wider. Vom Ende des 14. Jahrhunderts an wurden die dort befindlichen Balleien eine Art von Versorgungsanstalt der jeweils ansässigen Familien. Die Gesamtheit dieser Faktoren führen zu der überzeugenden Schlußfolgerung von Militzer, daß die Interessen des Adels in den Regionen das Ideal der Universalität des Ordens besiegt hätten.

Sogar diejenigen, die in den Orden eintraten und ihre Heimat verließen, brachen die Kontakte dorthin nicht vollständig ab. So lautet das Fazit des Beitrages von J. Sarnowsky, der sich mit dem Johanniterkonvent auf Rhodos beschäftigt. Im Gegensatz zum Deutschen Orden, in dem die deutsche Sprache dominierte, und der es vermied, nationale Gruppen offiziell anzuerkennen, wurden im Johanniterorden vom Beginn des 14. Jahrhunderts an die unterschiedliche Herkunft der Ritter und ihre jeweilige Sprache zur Grundlage der inneren Struktur des Ordens, dessen einzelne Teile große Rechtsbefugnisse besaßen, um in Angelegenheiten des Ordens Entscheidungen zu treffen. Die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen *natio* – dieser Begriff wird in den Quellen des Ordens verwendet – oder zur *lingue* hatte keinen geringen Einfluß auf die Besetzung wichtiger Posten in jenen Ländern, die durch die Johanniter kontrolliert wurden. Wie die Trennung der gemeinsamen spanischen *nationes* in eine spanische und kastilische Zunge zeigt und auch die Auseinandersetzung um die provençalische Zunge zwischen Toulouse (Teil des Königreiches Frankreich) und S. Gilles (formal vom Reich abhängig) belegt, spielten nicht nur sprachliche, sondern möglicherweise bei weitem mehr ‚staatliche‘ Motive, d.h. die Rolle, die für einen Menschen des 15. Jahrhunderts seine ‚nationale‘ Herkunft spielte. In diesem Sinne bezieht sich der Beitrag von Sarnowsky nicht nur in vorbildlicher Weise auf das Thema des Sammelbandes, sondern das von ihm vorgestellte Material bietet viele Überlegungen zum Verständnis von ‚Nationalismus‘ im Mittelalter und der Frühen Neuzeit.

Die Bedeutung der Nationalität für den Orden war zwar nicht Thema der Aufsatzsammlung, aber dennoch beschäftigen sich einige Autoren mit bestimmten Aspekten dieser Frage. Es seien nur die Bemerkungen von K. Militzer über den Deutschen Orden als Orden eines Volkes (S. 141f.) oder R. Czajas Ausführungen über die Handelsbeziehungen und die damit einhergehende Loyalität gegenüber dem Orden (S. 115) erwähnt.

Abschließend ein Wort zum Aufbau des Bandes: Der Aufsatz von H. Boockmann verleiht dem Buch ein eigenständiges Vorwort, in dem die grundsätzliche Problematik formuliert wird, der Text von U. Arnold stellt ein logisches Resümee aller vertretenen Aufsätze, der wichtigsten Thesen und Forschungsmeinungen in den einzelnen Beiträgen dar. Die klare Struktur des Buches läßt den Leser nach dem Studium fast an eine gelungene kollektive Monographie denken. Das sei als besondere Eigenschaft des Buches und Verdienst des Herausgebers Z.H. Nowak durch den Rezensenten festgehalten.

Die zweite vorzustellende Arbeit ist einem fast analogen Thema gewidmet; im Zentrum dieser Aufsatzsammlung stehen die Beziehungen zwi-

schen der preußischen Gesellschaft und dem Deutschen Orden. In dem Buch sind die Titel mancher Beiträge keineswegs zufällig ein wenig geändert worden, und so finden sich in ihm Aufsätze wie der von R. Czaja, „Związki gospodarcze wielkich szafarzy zakonu krzyżackiego z miastami pruskimi na początku XV wieku“ („Wirtschaftliche Beziehungen der Großschäffer des Deutschen Ordens zu den preußischen Städten am Anfang des 15. Jahrhunderts“), S. 9-33, und J. Tandecki, „Obywatele miast pruskich w zakonie krzyżackim“ („Bürger aus preußischen Städten im Deutschen Orden“), S. 34-49. Die wirtschaftlichen Kontakte zwischen der Gesellschaft und dem Orden repräsentieren noch drei weitere Artikel: T. Jasiński, „Spory i konflikty miast z komturami krzyżackimi“ („Streitfälle und Konflikte der Städte mit Komturen des Deutschen Ordens“), J. Sarnowsky, „Zölle und Steuern im Ordensland Preußen (1403–1454)“, S. 67-81, und Z.H. Nowak, „Sprawa zaopatrzenia ‚emerytalnego‘ w zakonie krzyżackim w pierwszej połowie XV wieku“ („Zur Frage der Altersversorgung im Deutschen Orden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts“), S. 83-101. Jasiński analysiert in seinem Aufsatz drei ausgewählte Konflikte, die sich zwischen Städtern und dem Orden abspielten, nämlich zwischen der Stadt Kulm und dem Befehlshaber der Ordensbesatzung von Althaus (1243), der Stadt Thorn und dem Komtur Johannes Nottholt (Mitte des 14. Jahrhunderts) sowie der Stadt Danzig und dem Orden in den Jahren 1410 und 1411. Der Autor zieht aus seiner Interpretation dieser drei Konflikte die Schlußfolgerung, daß sich die Beziehungen zwischen den preußischen Städten und dem Orden im Laufe des Jahrhunderts verstärkten. Der erste Konflikt, bei dem sich die Kulmer Städter bemühten, den gegen den Orden kämpfenden Sventopelk zu unterstützen, habe die wenig stabile innere Lage des Ordens enthüllt; im zweiten Fall sei der Komtur, weil er die Interessen der Städter nicht berücksichtigt habe, bestraft worden, was nach Meinung des Autors sowohl auf eine stabile Situation des Ordens als auch auf Disziplin im Innern hinweise; und im dritten Fall habe die Auseinandersetzung geradezu anarchische Elemente innerhalb des Ordens aufgezeigt, denn mit den sich widersetzenden Städtern sei grausam verfahren worden und der Orden habe sich als straffreie Institution erwiesen. Nach Meinung des Autors belegen die drei Konflikte deutlich die Beziehungen zwischen Städtern und dem Orden zu unterschiedlichen Zeiten. Einer solchen Schlußfolgerung kann man zwar zustimmen, aber als neu ist sie wohl kaum zu bezeichnen.

Einen völlig anderen Charakter tragen die übrigen in der Sammlung abgedruckten Beiträge. Zwei Autoren haben sich Fragestellungen gewählt, die bislang in der Literatur fast nicht behandelt wurden und neue

Aspekte der Ordensgeschichte erschließen. Sarnowsky, der verschiedene Zoll- und Steuertarife behandelt, stellt fest, daß das Zollpfund die größte Bedeutung für den Orden besaß, während oft alle anderen Steuern keine große Wirkung entfalteten, da sie wegen des Widerstandes der Städter nicht erhoben werden konnten. Nowak verwendet den größeren Teil seines Beitrags für die Publikation von Quellen, was nach seinem Verständnis bereits die Neuartigkeit der Fragestellung zeigt. Sein Artikel bezieht sich auf das Problem der Altersversorgung, und er zeigt die konkrete Ausgestaltung der Fürsorge für alte Mitglieder des Ordens. Am besten entwickelt war ein eigenständiges System aus Speisungen, mit dem die alten Ordensmitglieder versorgt wurden. Unter bestimmten Umständen wurde die Betreuung der Alten sogar dem Dienstpersonal übertragen. Der Autor erwähnt Fälle, in denen auch Personen, die nicht dem Orden angehörten, dieses Recht erhielten, wenn sie ihren Besitz dem Deutschen Orden vermachten.

Der zweite wichtige Themenkomplex, mit dem sich der Sammelband beschäftigt, ist verschiedenen ‚ideologischen‘ Aspekten gewidmet, unter denen Fragen der Beziehungen des Deutschen Ordens zu verschiedenen kirchlichen Organisationen überwiegen. I. Czarcinski widmet seinen Aufsatz der „Politik des Deutschen Ordens gegenüber religiösen und weltlichen Korporationen“ (S. 111-122). Im Gegensatz zu anderen missionarischen Orden war die Kontrolle des Ordens in bezug auf politisch unbedeutende Glaubensgemeinschaften in den preußischen Städten nicht so augenfällig. Zum einen waren die Aktionen dieser Gruppen nicht gegen die herrschende Macht im Lande gerichtet, zum anderen konnte der Deutsche Orden diese Organisationen kontrollieren, indem er ihre Statuten bekräftigte. Diese These überschneidet sich in gewissem Maße mit dem Beitrag von A. Czarachowski über „Politische Aktivitäten der polnischen Ritterschaft aus dem Kulmer Land im 13.-14. Jahrhundert“ (S. 103-110). Der Autor verdeutlicht, wie sich der Orden in einer nicht ganz einfachen Situation verhielt. Nachdem er das Kulmer Land erobert hatte, fand er dort einen ausgeformten Ritterstand vor. Im Gegensatz zu den übrigen Bewohnern beließ ihnen der Orden ihre wenn auch eingeschränkten Privilegien. Zum Dank dafür hielt die Ritterschaft ihrem Lehnsherrn bis zum Ende des 14. Jahrhunderts die Treue. Eine Opposition gegen den Deutschen Orden in der Kulmer Ritterschaft erblickt der Autor erst in der Gründung des Eidechsenbundes 1397. Die feindliche Politik der Kulmer Ritterschaft wurde am deutlichsten zur Zeit der Schlacht von Tannenberg. Die Flucht dieser Ritter aus der Schlacht hält der Autor für das Ergebnis einer Verschwörung zwischen dem polnischen König und den Kulmer Rittern. Diese These ist hochinteressant, aber sie

mit der Behauptung zu stützen, daß Ritter aus dem Kulmerland als Mitglieder der Delegation des Deutschen Ordens mit Jogaila zusammengetroffen seien, daß deren Informationen über litauische und polnische Pläne am Vorabend der Schlacht von Tannenberg zum Teil verkehrt gewesen seien und daß ein Teil der Kulmer Ritter nach 1410 nach Polen floh, ist weit hergeholt. Obwohl es nicht sehr viele Überläufer nach der Schlacht von Tannenberg gab (auch in ruhigeren Zeiten kam so etwas vor), kehrte ein Litauer namens Survila, der zuvor zum Orden übergelaufen war, nach Litauen zurück. Dennoch spricht niemand davon, er habe eine spezielle Mission zu erfüllen gehabt. Natürlich: theoretisch kann man solche geheimen Kontakte Kulmer Ritter mit Jogaila nicht ausschließen, aber solange die These nicht ausreichend fundiert wird, scheint sie eine Art Mythos zu sein, der aus der Realität des 20. Jahrhunderts entstanden ist.

Die Politik des Ordens im Hinblick auf Glaubenskongregationen behandelt der Beitrag von A. Radzimiński „Zur Geschichte der Ausbildung und des Aufbaus der Deutschordenskapitel. Inkorporationen der preußischen Domkapitel in den Deutschen Orden“ (S. 123-135), in dem der Autor die Inkorporation der Kapitel des Kulmer Landes, Pomesaniens und des Samlandes in den Orden darstellt. Auch wenn diese Frage auf neue Akzente von seiten der Rechtshistoriker wartet, wie sie auf der Toruńer Konferenz „Ordines militares“ im Jahre 1997 vorgetragen wurden, dürfte wohl niemand in Abrede stellen, daß der Orden de facto die erwähnten Domkapitel kontrollierte.

Deutlich zielte der Orden nicht nur auf die weltliche Herrschaft ab, sondern er versuchte auch zu zeigen, daß seine Residenz, die Marienburg, und nicht die Bistümer das Zentrum der geistlichen Macht in Preußen waren. Eine solches Fazit zieht M. Dygas in seinem Aufsatz „Die goldene Pforte der Schloßkapelle Marienburg und die Machtideologie des Deutschen Ordens in Preußen“ (S. 149-163). Die in Analogie zur Lage in anderen Regionen erstellte These verbindet sich mit den oben vorgestellten Artikeln und dem in der Sammlung abgedruckten Beitrag von S. Kwiatkowski über die „Entstehung und Entwicklung der Ordenskonzepktion der religiösen Führerschaft in Preußen“ (S. 137-148).

Ideologische Aussagen in der Architektur zu suchen, macht nicht immer Sinn – so könnte die grundlegende These von M. Arsyński in seinem Aufsatz über „Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und der Gesellschaft im Lichte der Erörterung der Frage des Baues von Pfarrkirchen in Preußen“ (S. 165-184) lauten. Auch wenn der Deutsche Orden seit 1233 das Patronatsrecht für Pfarrkirchen hatte, versuchte er nach Meinung des Autors nicht, Einfluß auf architektonische Entscheidungen zu erlangen. Das einzige bekannte Verbot (die Johanneskirche in

Danzig) wurde nicht wegen des Patronats, sondern wegen des Befestigungsrechtes unterstützt. Architektonische Fragen lagen wie auch in anderen europäischen Städten in der Zuständigkeit der Städter.

Die in den beiden Büchern abgedruckten Aufsätze besitzen unterschiedlichen Wert. Neben überzeugenden Beiträgen finden sich auch solche, in denen Thesen zu wenig abgesichert sind. Doch ist dies nicht nur ein Kennzeichen der in dieser Rezension besprochenen Sammelbände. Mir erscheint es wichtiger, einen anderen Punkt hervorzuheben: Die beiden 1995 in Toruń erschienenen Bücher, die sich mit den regionalen Beziehungen des Deutschen Ordens beschäftigen, sind zweifellos ein weiterer Beweis, daß diese polnische Stadt zu einem der wichtigsten Zentren für die Erforschung des Deutschen Ordens geworden ist.

Alvydas Nikžentaitis, Klaipėda

Elity mieszczańskie i szlacheckie Prus Królewskich i Kujaw w XIV–XVIII wieku (Bürgerliche und adlige Eliten im Königlichen Preußen und in Kujawien im 14.–18. Jahrhundert), hrsg. v. Jacek Staszewski. Toruń: Uniwersytet im. Mikołaja Kopernika 1995, 140 S.

Die vorliegende Sammlung von vier Studien ging aus einem Thorner Forschungsseminar hervor, das unter der Leitung von Janusz Bieniak und Jacek Staszewski stand. Wie der Herausgeber einleitend erläutert, wurde das Projekt von Bieniaks seit Ende der 70er Jahre betriebenen prosopographisch-genealogischen Forschungen zu den polnischen Eliten des Mittelalters angeregt (vgl. z.B. *Genealogia. Rola związków rodzinnych i rodowych w życiu publicznym w Polsce średniowiecznej na tle porównawczym* [Genealogie. Die Rolle der Familien- und Geschlechterverbände im öffentlichen Leben des mittelalterlichen Polen im Vergleich], hrsg. v. Andrzej Radziwiński u. Jan Wroniszewski. Toruń 1996).

Roman Czaja untersucht vergleichend das Patriziat der Thorner und Elbinger Altstadt zwischen 1350 und 1454 (S. 13-50). Einleitend wird zunächst eine terminologische Diskussion des Begriffs geführt, wobei Czaja zu dem Ergebnis kommt, daß in Thorn wie in Elbing aufgrund der politischen Privilegien, der gesellschaftlichen Exklusivität und der zunehmenden Tendenz zur Abschließung von einem Patriziat gesprochen werden kann. Bei der Herausbildung der Führungsschicht aus der breiteren Gruppe der Kaufleute spielte eine spezifische Organisation des religiösen

Lebens durch Memoria und eigene (St. Georgs-) Bruderschaften eine wichtige Rolle. Um 1400 war dieser Prozeß in beiden Städten weit fortgeschritten, wobei in der Thorner Altstadt in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in der Konstruktion der „Altansässigkeit“ zusätzliche Legitimation gesucht wurde. Wirtschaftlich deckte sich jedoch das Patriziat nur teilweise mit der Gruppe der reichsten Bürger (Analyse der Elbinger Kriegsbücher von 1389 und 1409 und der Thorner Veranlagungen von 1400): In Thorn wie in Elbing standen einige reiche Familien außerhalb der politischen Führungsschicht, und auch geringerer Wohlstand hieß nicht automatisch Ausschluß aus dem Patriziat.

Daß das städtische Patriziat in den königlich preußischen Städten keine abgeschlossene, sondern eine höchst dynamische Gruppe darstellte, zeigt Krzysztof Mikulski am Beispiel der Thorner Führungsschicht im 15. Jahrhundert (S. 51-93). Es ist in der Forschung (Marian Biskup) bereits bekannt, daß in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Thorn ein regelrechter Elitenaustausch stattfand. Mikulski gelingt es, diesen Austausch noch genauer auf die Jahre 1470–1530 zu datieren und mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu verknüpfen: Anhand der Analyse der Entwicklung einiger Familien aus dem alten Patriziat (Watzenrode/von Allen, Becker und Rusop) führt er als Gründe für den Abstieg die zu enge Verknüpfung mit dem risikoreichen Fernhandel, der fehlende Zugang zu dem lukrativer werdenden Getreidehandel und die Aufsplitterung des Vermögens auf zahlreiche Nachkommen an. Strategien zur Absicherung in der Krise waren der Rückzug aufs Land (Familie Rusop-Piffenitz/Piwnicki) und geistliche Karrieren (Watzenrode). Die den Platz der alten Familien einnehmenden, neu zuziehenden Familien untersucht Mikulski am Beispiel der Familien Kruger, Fredewald, Koye und Eske. Diese waren zumeist eng mit dem lukrativen Getreide- und Lederhandel (Kürschner) verbunden und besaßen enge Kontakte zur aufstrebenden Metropole Danzig; der Aufstieg gelang über Heiratsverbindungen mit eingessenen Patrizierfamilien.

Die adligen Eliten Kujawiens (Wojewodschaften Brześć und Inowrocław) zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert beschreibt Jarosław Dumanowski anhand der Ämterverteilung innerhalb der führenden Familien (S. 95-117). Aus den regionalen Eliten treten insbesondere die Familien Kościelecki, Kretkowski und Dąbski hervor, denen es gelang, über mehrere Generationen Ämter in der Familie zu kumulieren. Dumanowski hebt die Bedeutung der Starosteien (Kościelecki) und der bischöflichen Patronage (Dąbski) für Aufstieg und Vermögenswahrung der Familien hervor. Insgesamt erscheint die Wahl Kujawiens als Untersuchungsgegenstand problematisch, da die Region politisch und wirtschaft-

lich nicht geschlossen ist und die Beziehungen zu den benachbarten Regionen (Großpolen, Königliches Preußen, Dobriner Land, Masowien) auch in den Familien so eng sind, daß ein größerer Raum in den Blick genommen werden müßte. Offen bleibt das Problem des kujawischen Zuzugs ins königliche Preußen und insbesondere nach Thorn, das eine Untersuchung verdiente.

Die politischen Eliten in den großen königlich preußischen Städten 1733–1772 zeichnet Jerzy Dygdała nach (S. 119–137). Als gemeinsames Phänomen stellt er die starke Position der sog. „Gelehrten“ (mit abgeschlossenem Universitätsstudium) in den Räten von Danzig, Thorn und Elbing dar, die 92% der untersuchten Personen ausmachen. Ihre Karriere verlief häufig über die Stationen als Sekretär des Rates und Gesandter am königlichen Hof in Warschau. Die Erklärung für die starke Position der „Gelehrten“ steht noch aus, nach dem momentanen Stand der Forschung sind sie wohl als stark spezialisierte funktionale Elite aufzufassen, die im Auftrag und mit Rückendeckung der Wirtschaftseliten die städtische Politik leitete.

Alle Artikel enthalten eine Zusammenfassung in deutscher Sprache, so daß auch dem des Polnischen Unkundigen der Zugang erleichtert wird.

Hans-Jürgen Bömelburg, Warszawa

Włodzimierz Zientara, Gottfried Lengnich. Ein Danziger Historiker in der Zeit der Aufklärung. Toruń: Uniwersytet Mikołaja Kopernika. Tl. 1, 1995, 109 S.; Tl. 2, 1996, 115 S.

Zweifellos ist das Understatement im Untertitel dieser Studie durch die Verwendung des unbestimmten Artikels nicht angebracht, handelt es sich bei Gottfried Lengnich doch um den wichtigsten Danziger Historiker des 18. Jahrhunderts, dessen Bedeutung weit über seine Vaterstadt und das Königlich-Polnische Preußen hinausging. Die Beurteilung seiner wissenschaftlichen wie politischen Tätigkeit hat sich erst in den letzten Jahren mit einiger Mühe aus den eingefahrenen Bahnen nationaler Deutungsmuster befreien können; eine Biographie und eine umfassende wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung seines Œuvres stehen – um es vorweg zu sagen – auch nach Zientaras Studie noch aus. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine 1989 in Thorn in deutscher Sprache vorgelegte germanistische Dissertation, die – durch die Umbrüche im

polnischen Wissenschaftssystem bedingt – unverdientermaßen erst mit einigen Jahren Verspätung in zwei schmalen Teilbänden erscheinen konnte.

Die ersten beiden Abschnitte enthalten einen knappen Abriss der Biographie Lengnichts und eine Skizze des kulturellen Lebens in Danzig im 18. Jahrhundert. Zientara arbeitet hier heraus, daß Lengnich sich gleich nach seinem Studium in Halle auf Anregung von Albrecht Rosenberg, der als Syndikus des Danziger Stadtrats Lengnichts Vorgänger war, mit der Geschichte und der Verfassung Danzigs und des Königlichen Preußen sowie Polens zu beschäftigen begann. Das Ergebnis war die bemerkenswerte Zeitschrift „Polnische Bibliothec“, die 1718/19 mit dem fiktiven Druckort „Tannenbergh, wo Vladislaus Jagyello die Creutz-Herren schlug“, erschien. Die Beiträge, die bis auf einen von Rosenberg verfaßten Text alle von Lengnich selbst stammen, sind zum einen charakteristisch für seine historisch-politische Konzeption Königlich-Preussischer Geschichte, zeigen zum anderen aber auch das Bemühen um eine kritische Prüfung der Quellen zu den Anfängen der polnischen Geschichte, wie sie ähnlich später auch in der von der Danziger Naturforschenden Gesellschaft ausgezeichneten Preisschrift August Ludwig Schölzers hervortrat.

Grob gesagt sind es zwei Tendenzen, die Lengnichts Werk bereits ab der frühen Schrift kennzeichnen: die wissenschaftliche Entmythologisierung der polnischen Geschichte und der Nachweis der Eigenständigkeit des Königlichen Preußen innerhalb der Rzeczpospolita. Während seiner Zeit als Lehrer am Akademischen Gymnasium veröffentlichte Lengnich seit 1722 die monumentale neunbändige „Geschichte der preussischen Lande Königlich Polnischen Antheils“, die im Auftrag des Danziger Rats die Chronik von Caspar Schütz vom Ende des 16. Jahrhunderts fortführte. Als weiteres zentrales Werk ist das damals nicht publizierte „Ius publicum Civitatis Gedanensis oder der Stadt Danzig Verfassung und Rechte“ zu nennen, das vor allem für den internen Gebrauch des Danziger Rats bestimmt war. Im Jahr 1750, in einer Phase des Konflikts zwischen August III. und dem Stadtrat, wurde Lengnich zum Syndikus der Stadt – und damit zu dem wichtigsten Beamten der Stadt, der für die außenpolitischen Beziehungen zuständig war – ernannt. Diese Funktion übte er bis zu seinem Tode 1774 aus.

In den weiteren Kapiteln gibt Zientara einen detaillierten Überblick über die gedruckten historischen und juristischen Schriften Lengnichts (einschließlich des erst 1900 von Otto Günther publizierten „Ius publicum Civitatis Gedanensis“). Zientaras philologische Vorgehensweise führt dazu, daß er akribisch die Schriften Lengnichts erfaßt. Die interpretatori-

schen Schlüsse des Verfassers können jedoch nicht immer zur Gänze befriedigen, da sie häufig traditionell textimmanente Deutungen entspringen; so zieht Zientara wiederholt Schlüsse auf persönliche Intentionen Lengnichts, die das historische Umfeld außer acht lassen. Insbesondere wenn es um die Gewichtung von Lengnichts persönlichen Motiven und die Analyse seiner Rolle in der Stadtpolitik zwischen 1750 und 1770 geht, wären Zientaras Hypothesen im Lichte gründlicher Quellenstudien zu überprüfen. Bei der Beantwortung der Frage nach Lengnichts politischem und insbesondere nationalem Bewußtsein setzt sich Zientara zu Recht von den politisierten älteren deutschen und polnischen Ansichten ab; seine intensive Kenntnis der Schriften Lengnichts hätte es eigentlich ermöglichen müssen, über die bisherigen Veröffentlichungen hinaus neue Erkenntnisse zu bringen; statt dessen beschränkt sich der Verfasser aber auf die zweifellos unstrittige Tatsache, daß die von Lengnich historisch wie juristisch untermauerte Autonomiepolitik Danzigs bzw. des Königlichen Preußen nicht als Vorwegnahme der Teilungen Polens zu verstehen ist. Interessant wäre es in diesem Kontext, die politische Einstellung Lengnichts zur Stadt Danzig und zur Rzeczpospolita in ihrem Spannungsverhältnis eingehender zu analysieren. Insgesamt basieren die entsprechenden Passagen bei Zientara auf bereits bekanntem Material und den veröffentlichten historischen Arbeiten vor allem von Stanisław Salmonowicz, Jerzy Dygdała und Edmund Cieślak;¹ deren Studien machen eindringlich deutlich, wie wichtig eine historische Biographie Lengnichts wäre.

Wenn Zientara einerseits darauf verweist, daß Lengnich 1721 durch Rosenbergs Vermittlung den Auftrag zur Fortsetzung der Geschichte Königlich Preußens bekam, und andererseits andeutet, daß die „Polnische Bibliothec“ von 1718/19 ein erster Schritt auf diese Aufgabe zu sein sollte, so hat der Verfasser eine zentrale programmatische Äußerung Lengnichts, mit der er sich für die Dienste der Stadt empfehlen wollte, in diesem Zusammenhang nicht gewürdigt. Daher sei ein kleiner Hinweis angefügt, der im Kern bereits Lengnichts wissenschaftliches Programm bezüglich Danzigs und des Königlichen Preußen enthält:

Dem zweiten Band der „Bibliothec“ stellte Lengnich zwei verschiedene Vorworte voran: Anstelle eines eher allgemein gehaltenen Vorwortes – of-

¹ Inzwischen wäre auch auf die Studie von Karin Friedrich, Gottfried Lengnich (1689–1774) und die Aufklärung in Preußen königlich-polnischen Anteils, in: *Fördern und Bewahren. Studien zur europäischen Kulturgeschichte der frühen Neuzeit*, hrsg. v. Helwig Schmidt-Glintzer. Wiesbaden 1996 (Wolfenbütteler Forschungen. 70.), S. 107–118, hinzuweisen.

fensichtlich für die Leser außerhalb Danzigs – findet sich in der Danziger Bibliothek ein Exemplar mit einer Widmung an den Rat, die das pragmatische, historisch-politische Programm Lengnichts offen darlegt: Er wolle den Ratsherren „Gelegenheit zu geben, gegenwärtigen Bogen zu blättern und dero Erleuchtetem Urtheil zu überlassen, ob ich dem Vaterland zu dienen geschickt sey“. Dann weist er auf die Notwendigkeit hin, die politische Geschichte Königlich Preußens weiterzuführen und Schütz fortzuschreiben; dazu sei allerdings der Zugang zum Archiv des Danziger Rats notwendig, „damit ich mein dessein ausführen könnte. Es wird mir alsdenn leicht fallen, nicht allein die Historie, so viel möglich, in ihrer Vollkommenheit herzustellen, sondern auch ein Jus publicum ohne grosse Mühe zu Papier zu bringen. Ew. Ew. Herrl. Herrl. werden selbst von dieser Arbeit Nutzen spüren, weil man dadurch dorffte überhoben seyn, eine jede Polnische Anforderung mit einer weitläufftigen und mühsamen Deduction jederzeit zu beantworten. Ew. Ew. Herrl. Herrl. können mein unterthäniges Begehren mit als eine Absicht gegenwärtiger Zuschrift ansehen, worin ich desto ehr zu reussiren hoffe, weil das gantze Land und ihre Stadt daran Theil nimmt“.²

Zientaras Studie enthält einen sehr lobenswerten bibliographischen Anhang, der neben einem Bericht über Lengnichiana in der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel auch einen ausführlichen Nachweis der gedruckten Schriften Lengnichts mit ihren Fundorten (einschließlich der Signaturen) in deutschen und polnischen Bibliotheken enthält. Die obigen Einwände sollen keineswegs die Tatsache schmälern, daß Zientaras Studie einen wichtigen Baustein zur weiteren Lengnich-Forschung darstellt.

Jörg Hackmann, Lübeck

² Polnische Bibliothec, welche von Büchern und anderen zur Polnischen und Preußischen Historie dienenden Sachen ausführliche Nachricht giebt. Bd. 2, Tannenbergh, wo Vladislaus Jagyello die Creutz-Herren schlug 1719, Vorrede, S. [10]-[12]; vgl. dazu Jörg Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem. Wiesbaden 1996 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 3.), S. 43 u. 48.

Norbert Kasperek, *Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej lat 1795–1847 (Ostpreußen in der polnischen politischen Meinung der Jahre 1795–1847)*. Olsztyn: Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego 1995, 174 S. (Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego. 144.).

Die vorliegende Studie stellt die gekürzte Version einer Doktorarbeit dar, die unter der Anleitung von Sławomir Kalembka am Institut für Geschichte und Archivwesen in Thorn entstanden ist. Sie besteht aus einer Einleitung, zwölf Kapiteln und einer kurzen Zusammenfassung (letztere auch in deutscher Sprache). Am Ende sind eine Bibliographie und ein Personenregister angefügt. Die ersten sechs Kapitel wurden chronologisch angeordnet und beschreiben das polnische Interesse an Ostpreußen in der Periode 1795–1805, zur Zeit des Warschauer Herzogtums, weiter in den Jahren 1815–1830 (zwei Kapitel), während des Novemberaufstands und schließlich in den Augen der in Preußen internierten Aufständischen. Die folgenden vier Kapitel wurden nach geographischen Kriterien aufgeteilt. Zuerst wird die ostpreußische Problematik 1832–1847 in den Programmen und der Tätigkeit der politischen Vereine im Exil (sog. Große Emigration) besprochen (zwei Kapitel). In Kapitel IX konzentriert sich die Bearbeitung auf das politische und kulturelle Leben in Großpolen (unter der preußischen Herrschaft) und in Kapitel X auf das in den polnischen Gebieten unter russischer und österreichischer Herrschaft. Die beiden letzten Kapitel beschäftigen sich mit dem Platz Ostpreußens in den Plänen der Aufstandsvorbereitung von 1846 sowie in der Belletristik jener Zeit und in der Geschichtsschreibung.

Das Buch stellt eine gründliche Analyse der damaligen polnischen Literatur, von Zeitschriften sowie der in Archiven liegenden Korrespondenz und politischen Programme dar. Der Verfasser hat eine beträchtliche Zahl von Arbeiten, fast ausschließlich in polnischer Sprache, ausgewertet. Dabei stellte sich bei der Untersuchung heraus, daß die polnische politische Meinung sich nur wenig für Ostpreußen interessierte. Mehrere Kapitel schließen mit der Feststellung, daß die ostpreußische Problematik gar nicht oder kaum wahrgenommen wurde. Bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts befaßte sich die polnische Öffentlichkeit mit Ostpreußen grundsätzlich nur in bezug auf die Grenzfrage eines zukünftigen polnischen Staates. Der Verfasser teilt alle in den Jahren 1795 bis 1847 erfaßten Grenzentwürfe in zwei Gruppen: erstens in ein Polen in den Grenzen vor 1772 und zweitens ein Polen „von Meer zu Meer“, i.e. von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Die zweite Gruppe bezieht, nach der Meinung

des Verfassers, Ostpreußen in ein zukünftiges Polen ein. Damit zählt er die Autoren dieser Entwürfe zu den Personen, die sich für Ostpreußen interessierten. Offensichtlich handelt es sich hier um ein Mißverständnis. Beide Gruppen betreffen eigentlich den polnisch-litauischen Staat in den Grenzen vor 1772, der im Bewußtsein der polnischen Gesellschaft „von Meer zu Meer“ reichte (von der Ostsee – tatsächlich nach 1466, bis zum Schwarzen Meer – nur illusorisch und praktisch nie). Der Verfasser nimmt ohne eindeutige Beweise an, die Konzeption „von Meer zu Meer“ betreffe den Staat aus dem 16. Jahrhundert (mit polnischen Einflüssen in der Moldau?). Das Herzogtum Preußen war damals ein Lehen der polnischen Krone, gehörte also zu Polen-Litauen. Wenn jemand im 19. Jahrhundert über ein Polen „von Meer zu Meer“ gesprochen habe, habe er automatisch Ostpreußen an Polen anschließen wollen und sich damit für diese Provinz interessiert. Die ganze Gedankenkonstruktion, die beweisen soll, daß Autoren der Grenzprojekte 1795–1847 Interesse an Ostpreußen hatten, ist damit nicht haltbar. Dieses Problem scheint für das Thema nicht gravierend zu sein, der Verfasser hebt es jedoch mehrmals hervor. Im Endeffekt zeigt es nur noch deutlicher, wie wenig Platz die ostpreußische Problematik in der polnischen Öffentlichkeit bis 1840 einnahm.

Ein interessanter Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der sog. Großen Emigration in Frankreich nach 1831. Dem Leser wird ein umfangreicher Überblick über die politischen Organisationen und ihre Programme geboten. Die beiden stärksten Gruppierungen, die „Polnische Demokratische Gesellschaft“ („Towarzystwo Demokratyczne Polskie“) und das sog. „Hotel Lambert“ unter der Führung von Herzog Adam Czartoryski, interessierten sich wirklich für die Verhältnisse in Ostpreußen, jedoch nicht öffentlich, sondern konspirativ, weil die Provinz eine Ausgangsbasis für Aufstandsvorbereitungen werden sollte. Czartoryski scheint verhältnismäßig gute Kenntnisse von der Bevölkerungszusammensetzung Ostpreußens gehabt zu haben. Nach den Arbeiten von S. Kalembka ist diese Feststellung ein weiterer Schritt zur richtigen Einordnung des Czartoryski-Lagers, das in der polnischen Historiographie der Jahre 1945–1989 ständig schwarz (als eine „reaktionäre“ Gruppierung) gemalt wurde.

Den größten Widerhall fanden die ostpreußischen sozialen und wirtschaftlichen Probleme 1840–1847 im öffentlichen Leben Großpolens. Die Tageszeitung „Gazeta Wielkiego Księstwa Poznańskiego“ („Zeitung für das Großherzogtum Posen“) brachte regelmäßig Informationen zu diesem Gebiet. Nach 1839 publizierte der „Przyjaciół Ludu“ („Volksfreund“) aus Lissa mehrere Artikel des Pastors Gustaw Gizewiusz aus Osterode. Schon damals wurde versucht, die polnische Sprache in Masuren von Großpolen aus aktiv zu unterstützen. Krzysztof Celestyn Mrongowiusz

aus Danzig, der sich für den Gebrauch der polnischen Sprache in masurischen Schulen und Kirchen einsetzte, war in der großpolnischen Öffentlichkeit gut bekannt. In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde Ostpreußen für die dortige polnische Presse zu einem Zentrum des Liberalismus und gleichzeitig eine durch die russische Zollpolitik wirtschaftlich geschwächte Provinz. In den polnischen Gebieten unter russischer und österreichischer Herrschaft war dagegen das Interesse an der Situation in Oberschlesien viel größer als an der Situation in Ostpreußen. Bei den Vorbereitungen für den Aufstand 1846 wurde die ostpreußische Provinz mit einem konspirativen Netz wie andere „echt“ polnische Gebiete überzogen. Im Ermland stand der Priester Michał Trzaskowski an der Spitze der Verschwörung und in Masuren Kazimierz Szulc, ein Schüler des Gymnasiums in Lyck (früher hatte er die Schule in Kulm besucht). Wie der Verfasser schließt, zeigt sich in diesem Tatbestand klar, wie diese Provinz im politischen Leben Polens an Bedeutung gewann.

In der polnischen Geschichtsschreibung war Ostpreußen oft ein Thema. Man beschäftigte sich mit der Frage der alten Prußen, die nach den Arbeiten des zu dieser Zeit ziemlich bekannten Forschers Dominik Szulc slawischer Herkunft gewesen sein sollen. Daneben entstanden in dieser Zeit viele Arbeiten zum Deutschen Orden, und es wurden einige aktuelle Reiseberichte über Ostpreußen publiziert.

Zusammenfassend stellt der Verfasser fest, daß ein wirkliches Interesse der polnischen Öffentlichkeit an Ostpreußen erst seit 1831 festzustellen ist, als dort Tausende von aufständischen Soldaten interniert waren und sich einige Monate aufhielten. In den Zeitungen wurde vor allem über die wirtschaftliche Situation der Provinz (Zollkonflikt mit Rußland), über die liberale Bewegung in Königsberg sowie über die geopolitische Lage dieses Gebietes in bezug auf einen geplanten Aufstand und die Grenzen eines zukünftigen polnischen Staates geschrieben. In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die polnischsprechende evangelische Bevölkerung in Masuren „entdeckt“, und aus diesem Grund wurden die konspirativen Vorbereitungen zum Aufstand von 1846 auch auf die südlichen Gebiete Ostpreußens ausgedehnt. Über das Ermland schrieb man dagegen sehr selten, am häufigsten noch zur Erinnerung an Kopernikus.

Es muß noch betont werden, daß die ostpreußische Thematik in der ganzen untersuchten Periode doch nur ein Randproblem für die polnische Öffentlichkeit, sogar für die im benachbarten Großpolen, geblieben ist.

Historia Pomorza. Tom III (1815–1850), Część 1: Gospodarka, społeczeństwo, ustrój (Geschichte Pommerns. Bd. III [1815–1850], Tl. 1: Wirtschaft, Gesellschaft, Struktur), hrsg. v. Gerard Labuda. Poznań: Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk 1993, 441 S., 33 Abbildungen u. Karten, 42 Tabellen; Historia Pomorza. Tom III (1815–1850), Część 2: Zagadnienia polityczne, narodowościowe i wyznaniowe (Geschichte Pommerns. Bd. III [1815–1850], Tl. 2: Probleme der Politik, Nationalität und Konfession). Poznań: Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk 1996, 370 S., 63 Abbildungen u. Karten.

Nach 1969 und 1976 ist nunmehr der dritte Band der „Historia Pomorza“ erschienen. Alle drei Bände liegen in jeweils zwei Teilbänden vor und reißen sich ein in die durchgängig voluminösen Projekte zur Geschichte historischer Landschaften, die dem Nachkriegspolen zugehörig sind. Diese historischen Darstellungen haben eine Tradition in der polnischen Geschichtswissenschaft und wurden, nach 1918 und 1945 mit einem nationalpolitischen Anspruch gefertigt, zunehmend zu einem integralen Bestandteil solider regionaler Geschichtsforschung, zu der zumeist die profiliertesten Vertreter des Faches herangezogen wurden. So steht auch hier der „Geschichte Pommerns“ mit Gerard Labuda ein Herausgeber vor, der weit über die Landesgrenzen hinaus die polnische Historiographie hoch geschätzt vertritt und gerade in Deutschland mit seinen profunden Arbeiten zur polnischen Westgrenze bekannt ist, die ihn für die vorgelegte Abhandlung empfehlen.

Der dritte Band tritt mit dem Anspruch an, die ethnisch-nationale Duplizität von Deutschen und Polen in den Mittelpunkt der Synthese zu rücken und als grundlegendes Merkmal der historischen Region Pommern zu erfassen. Bereits im Vorwort zum zweiten Band der „Geschichte Pommerns“ wurde darauf hingewiesen, daß nunmehr jener Abschnitt pommerscher Geschichte beendet wird, der sich mit der geteilten Geschichte von Ost- und Westpommern beschäftigte, weil mit dem Zusammenbruch der Polnischen Adelsrepublik und der Einverleibung Pommerns in den preußischen Staat ein gemeinsamer territorialer Rahmen gegeben war, der auch die gemischte Bevölkerung umfaßte. Formal kam Pommern zwar schon 1772 zu Preußen, jedoch hielten sich die alten Strukturen noch, und die Bedingungen der napoleonischen Kriege schufen zusätzlich ungesicherte und ungeordnete Verhältnisse. Labuda spricht deshalb in seiner Einführung zum dritten Band von einer durch die historischen Bedingungen notwendig gewordenen Änderung der Methode der Darstellung im vorliegenden Band und meint damit die Notwendigkeit zur

Unterscheidung und zur Nebeneinanderstellung der polnischen und preußischen Komponente innerhalb der Geschichte der Region. Die preußische Komponente wird dabei explizit mit der deutschen gleichgesetzt, was mit der Rolle Preußens im deutschen Einigungsprozeß begründet wird. Das ist zwar für den preußischen Ostseeraum und seine administrative Gestaltung begründet und für die gesellschaftliche Prägung der dort entstehenden Provinzen nachvollziehbar, verengt aber doch stark den Blick bei der Beurteilung der polnischen Geschichte im preußischen Osten durch andere deutsche Regionen und wird schließlich grundfalsch, wenn man an die Resonanz der polnischen Insurrektionen des Vormärz gerade in Süddeutschland denkt.

Schon in der Einführung geht Labuda mit der Forschung scharf ins Gericht. Ausgehend von der Feststellung, daß diese zwei Linien, die deutsche und die polnische, die Grundlage des Herangehens aller regionalen Autoren bei der Darstellung der Geschichte Pommerns im 19. und 20. Jahrhundert waren, sieht er von M. Wehrmanns „Geschichte von Pommern“ aus dem Anfang des Jahrhunderts bis zu den neueren Auflagen des Territorien-Ploetz eine im wesentlichen auf die administrative Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung reduzierte Synthese des historischen Verlaufs, die auf eine Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse und der sich daraus ergebenden Problemlagen verzichtet, und schreibt ihnen allenthalben informativen Charakter zu. Ansätze, sich dem Nationalitätenproblem als zentraler Frage pommerscher Geschichte zu widmen, sieht der Herausgeber bei polnischen Autoren (Mankowski, Tymieniecki) nach dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit der Erforschung Ostpommerns. Labuda macht bei seiner überwiegend kritischen Wertung der Forschungsarbeit zur pommerschen Geschichte in Gestalt geschlossener Abhandlungen vor 1945, die er auch für die Bewertung des Nachkriegszeitraumes im wesentlichen beibehält, jedoch deutlich, daß differenziertere Darstellungen der Nationalitätenproblematik und der gesellschaftlichen Beziehungen der deutschen und polnischen Bevölkerung offensichtlich weniger über den geschlossenen regionalen Bezug Zugang erfahren haben, sondern mehr über die Bearbeitung einzelner Regionen und Territorien bzw. ethnischer Einheiten wie der Kaschuben oder der Geschichte preußischer Teilgebiete wie den Masuren. Wie bereits in den vorhergehenden Bänden und im ersten Abschnitt des ersten Bandes von Labuda ausführlich erläutert, kommt auch hier der breite begriffliche Ansatz Pommerns zum Tragen, der den gesamten preußisch-polnischen Ostseeraum umfaßt und vielfach Anlaß zu kritischen Debatten war.

Die Bestandsaufnahme Labudas rechtfertigt nicht nur die Notwendigkeit einer Geschichte Pommerns in umfassender und geschlossener Form,

sondern auch die speziellen Fragestellungen und methodischen Ansätze, die der vorliegende dritte Band verfolgt. In der Tat ist dieser verhältnismäßig kurze Zeitraum pommerscher Geschichte außerordentlich ereignisreich und prägend für die strukturelle Gestaltung dieser Region und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Nach dem Wiener Kongreß stehen Pommern wie auch die übrigen preußischen Provinzen in einem ständigen Kampf gegen Berliner Zentralisierungsbestrebungen, und es entwickelt sich vor allem in der Tätigkeit des Provinziallandtages eine ausgeprägte partikularistische Bestrebung. Dafür steht sein im Verhältnis zu den anderen preußischen Provinzen ausgesprochen konservativer Charakter und die die Gesellschaft prägende sogenannte Erweckungsbewegung. Die preußische Reformpolitik greift hier nur sehr langsam, und eine wirkliche politische Erneuerung bringt erst der Landtag von 1840. Wie in den übrigen preußischen Provinzen kommt es in Pommern zu einer starken Kräftepolarisierung in der Zeit des Vormärz, die sich mit einer nationalen Orientierung bei Polen und Deutschen verbindet. Auch in Pommern gibt es im besprochenen Zeitraum mit dem Höhepunkt in den 30er und 40er Jahren starke Unifizierungstendenzen, die eine sprachliche und kulturelle Eigenständigkeit der nichtdeutschen Bevölkerung einschränken und ihrerseits nun wieder eine Radikalisierung der Polen im Prozeß der nationalen Bewußtwerdung hervorrufen. Der polnische Novemberaufstand und der Großpolnische Aufstand finden auch hier ein breites Echo und markieren Wendepunkte in der organisatorischen Fassung der polnischen nationalen Bewegung. Gerade diese Prozesse finden im dritten Band eine besondere Beachtung, und es ist davon auszugehen, daß er, indem er neue Forschungsergebnisse zusammenfaßt, wesentliche Erkenntnisse vermittelt. Das bezieht sich auch auf den im Vorwort formulierten Anspruch der Individualisierung der pommerschen Geschichte dieses Zeitraumes, die jede Bevölkerungsgruppe erfaßt, nicht nur die Deutschen und Polen, sondern auch Minderheiten wie die holländischen Mennoniten, Kaschuben, Juden und Litauer. Ihr Zusammenleben zu erfassen und sie in den Prozeß der gravierenden sozialökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungen zu stellen, sehen die Autoren als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an.

Die feine, strukturgeschichtlich geprägte Gliederung des ersten Teils läßt bereits eine solide Ausführung der Arbeit erwarten – ein Eindruck, der schon bei der Lektüre des ersten Abschnitts, der sich den Quellen und der Forschungsliteratur widmet, bestätigt wird. Der Autor Bogdan Wachowiak führt den Leser ausführlich in die relevanten Quellenbestände ein und gibt die dazu notwendigen Erläuterungen. Nach den Reformen von 1807 konzentrierte sich die pommersche Verwaltung in den

Händen der Zentralbehörden in Berlin und der Provinzialbehörden in Stettin, Danzig (bis 1824/25), Königsberg und Gumbinnen. Daraus leiten sich die Standorte der Hauptquellen ab. Sie geben umfassend Auskunft über die Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Dorf und Stadt in Gestalt der Agrarreform wie auch des Umbaus der Rechtsverhältnisse, der politischen Beziehungen, der nationalen und demographischen Entwicklung sowie der Prozesse in Bildung und Kultur. Den Grundstamm bilden die Akten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, das nach der Auflösung des Archivs in Merseburg nunmehr den preußischen Bestand zentral zugänglich macht. Wachowiak gibt Hinweise auf Bestandsübersichten und die dazu relevante Literatur bis hin zu konkreten Signaturen. Er nimmt eine ausführliche Bewertung der Bestände vor und setzt diese Vorgehensweise bis in kleine Regionalarchive fort. Es fehlen auch nicht die Hinweise auf Sonderarchive von Kirchen, Institutionen und Universitäten. In einem weiteren Unterpunkt werden die gedruckten Quellen mit einer ebensolchen Intensität vorgestellt. Die Skala der hier aufgeführten Schriften reicht von Gesetzsammlungen, Landtagsprotokollen über Amtsblätter und statistische Sammlungen bis zu regionalen Periodika einzelner Landstriche, Ortschaften, Vereine oder anderer Institutionen. Die Aufstellungen sind minutiös beschrieben, erheben einen gewissen Anspruch auf Vollständigkeit und reichen bis zu Biographien, Tagebüchern u.a. persönlichen Quellen.

Der Abschnitt über die Forschungsliteratur ist nach Sachgebieten gegliedert. Hier ergeben sich einige Überschneidungen mit dem Vorwort, und wie dort macht der Autor auffällig deutlich, daß bei der Einheitlichkeit preußischer Politik auch die Prozesse und ebenso die Literatur zu anderen preußischen Ostprovinzen entsprechend der regionalen Sichtweise bei der Behandlung der pommerschen Geschichte Berücksichtigung finden muß, am meisten unterschieden durch die staatlichen Traditionen von Ost- und Westpommern, so daß es dem Leser hie und da schwerfällt, die landesspezifischen Hinweise auszumachen. Der Autor beklagt das Fehlen einer ganzheitlichen Sicht zur Geschichte Pommerns und das Vorherrschen eines Regionalismus in der Forschung, gepaart mit einer stark deutschen Fokussierung auf der einen und einem Polonozentrismus auf der anderen Seite und resümiert einen insgesamt unbefriedigenden Forschungsstand. Das sucht Wachowiak in den einzelnen Unterkapiteln zu belegen, die sich der Literatur zum Rechtssystem, der Demographie, den sozialwirtschaftlichen und politischen Verhältnissen widmen.

Von besonderem Interesse dürften hier die Untersuchungen und Wertungen des Autors zum Problem der quantitativen Erfassung der verschiedenen Nationalitäten bzw. ethnischen Minderheiten sein. Er weist

auf die nur beschränkte Nutzungsmöglichkeit der preußischen Sprachstatistik wegen ihrer Unvollkommenheit und den Erfassungsmodalitäten sowie die oftmals durch den Nationalitätenstreit politisch motivierte Auslegung des statistischen Materials hin – eine Problematik, die für Polen und Deutsche gleichermaßen gilt. Dennoch deckt Wachowiak eine Reihe von Möglichkeiten für die Erhellung der Nationalitätenstatistik auf, die sich insbesondere auf die Kirchenstatistiken beziehen, hält aber insgesamt die Erstellung eines präzisen Bildes für die ganze Provinz mit der gegebenen Quellengrundlage für unmöglich.

Schon der Umfang des Abschnittes über die Literatur zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigt, daß dieser Bereich der pommerschen Geschichte ausgiebig erforscht wurde. Tatsächlich ist die besprochene und vorgestellte Literatur für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts geradezu erschöpfend. Hingewiesen sei nur auf die außerordentlich gut bearbeiteten Agrarverhältnisse des Zeitraums der Bauernbefreiung und des ländlichen Strukturwandels.

Im Abschnitt über die politischen Verhältnisse erfahren besonders die biographischen Arbeiten eine Würdigung, die oftmals mit einem Quellenanhang versehen sind, bzw. Quelleneditionen zu den Schriften und Werken hervorragender Persönlichkeiten der pommerschen Geschichte wie etwa Heinrich Theodor von Schön. Besonders die intensive biographische Tätigkeit der polnischen regionalen Geschichtsforschung fällt ins Auge. Als in hohem Maße unbefriedigend und mit großen Lücken, die auch den Vormärz betreffen, sieht der Autor schließlich die Forschungslage zu den preußischen und pommerschen Landtagen an.

Noch innerhalb des ersten Teils, der die etwas beliebige Überschrift „Allgemeine Bemerkungen“ trägt, wendet sich Stanisław Salmonowicz den grundlegenden strukturellen Fragen wie der territorialen Gliederung und dem politischen Aufbau zu. Der sehr informative Inhalt dieses Abschnittes ist zu betonen; er kann als eine Art Nachschlagewerk zum administrativen Aufbau der Provinz Pommern gelten. Der Autor stellt sich vor allem der Frage, wie tief die Behördenreformen gegriffen haben und wie sie sich auf das gesellschaftliche Leben Pommerns auswirkten, wobei er vielerorts auf die Diskrepanz zwischen Rechtsordnung und Rechtspraxis hinweist. Hier tun sich schon Schwierigkeiten der Bewertung auf, die im nächsten Abschnitt zu den demographischen Verhältnissen noch deutlicher hervortreten. Dieser Bereich, auf dessen Schwierigkeiten schon in den literaturkritischen Einleitungsabschnitten hingewiesen wird, wird in der polnischen Geschichtswissenschaft intensiv diskutiert, und der Abschnitt von Kazimierz Ślaski macht deutlich, daß die Auseinandersetzung mit diesen Fragen in vollem Gange ist. Mit gesicherten Erkenntnissen be-

streitet Bogdan Wachowiak den Abschnitt II, der sich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Stadt und auf dem platten Land widmet. Detailliert und straff gegliedert gewährt der Autor schnellen Zugriff auf seine jahrzehntelange Forschungstätigkeit, mit der er dem Leser die Entwicklung kapitalistischer Beziehungen und das Aufbrechen der Kruste merkantilistischer Wirtschaft des absolutistischen Staates plastisch vor Augen führt und die Besonderheiten der pommerischen Entwicklung im Vergleich deutlich macht.

Der unterschiedliche Aufbau der beiden Teilbände des dritten Bandes der „Geschichte Pommerns“ ist ungewöhnlich, deshalb aber nicht uninteressant oder gar abzulehnen. Ist der erste, der strukturell informative Teil, in methodisch traditionell streng gegliederter Machart, so ist der zweite synthetisch thematisch gestaltet und stellt den historischen Verlauf unter machtpolitischen Gesichtspunkten dar, wobei durchaus neuere Fragestellungen aus sozialgeschichtlicher Perspektive berücksichtigt werden. Damit unterscheidet sich die Gestaltung der Bände von den vorausgegangenen. Offenbar hat hier der Zeitraum von drei Jahren, der zwischen den Teilbänden liegt, ein konzeptionelles Umdenken der Autoren gebracht. Der Leser wird sich des ersten Teilbandes also als Handbuch bedienen und sich bei Interesse für bestimmte Themenstellungen an den zweiten Teilband halten, wo er zu den zentralen Fragen der politischen und nationalen Verhältnisse, die für diesen ostmitteleuropäischen Übergangsraum von zentraler Bedeutung sind und Pommern als historische Landschaft markieren, bestens informiert wird. Beide Bände ergänzen sich ausgezeichnet, sind für sich allein aber ebenso existenzberechtigt: eine Methode, die Schule machen sollte.

Janusz Jasiński ist inhaltlich für den zweiten Teilband verantwortlich und überschreibt diese dritte Abteilung, die den gesamten Teilband ausmacht, mit „Probleme der Politik, Nationalität und Konfession“. Er wendet sich in sechs Unterkapiteln dem gesellschaftlichen Bild Pommerns zu, wobei er ebenfalls den Blick auf den gesamten preußischen Ostseeraum richtet und die Darstellung sehr vergleichend anlegt. Im Vordergrund stehen die Charakterisierung des politischen Milieus, die Germanisierungspolitik, die polnische nationale Bewegung und schließlich die Revolution von 1848. Dabei geht das Bestreben des Autors dahin, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu erfassen bis hin zu Kunst, Kultur und Mäzenatentum. Ganz im Sinne des im Vorwort erhobenen Anspruchs wendet sich Jasiński ausführlich den Prozessen der Annäherung von Teilen der deutschen Gesellschaft an die polnische nationale Bewegung zu, die trotz der distanzierten Haltung des Staates erfolgte und im Völkerfrühling 1846–1848 einen Höhepunkt erreichte.

Dieser Abschnitt kann mit Recht als eine besondere Leistung des Autors gesehen werden, weil er das erste Mal in dieser Breite die sich entwickelnden Formen der Beziehungen und des Zusammenlebens schildert, ohne den bestehenden Antagonismus der deutschen und polnischen Bevölkerung zu beschönigen. Es gelingt ihm, die bisherigen Disproportionen der Darstellung dieser Prozesse für West- und Ostpommern zu beseitigen und ein ausgeglichenes Bild zu zeichnen. Dabei werden auch andere Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, und Zygmunt Szułtka, einziger Mitautor dieses Bandes, spezifiziert in Kapitel IV die allgemeinen Fragestellungen des Bandes für die kaschubische Bevölkerung. Sie formte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre ethnischen Eigenarten aus und wandte sich der deutschen Bevölkerung zu, was zu dem spezifischen Problem der „kaschubischen Frage“ wurde. Szułtka verwendet über die neueste Forschungsliteratur hinaus bisher unbekanntes Quellenmaterial, erweist sich einmal mehr als intimer Kenner der Geschichte der Kaschuben und erweitert den Wissensstand zu diesem Thema wesentlich.

Gerade der zweite Teilband legt Wert darauf, dem Leser nicht nur den Forschungsstand zu präsentieren, sondern wirft auch eine ganze Reihe von Fragen auf, die von der Forschung zu bewältigen sind. Auch geht es den Autoren darum, den Zeitraum von 1815 bis 1850 als einen Wendepunkt in der Geschichte Pommerns zu begreifen, wo Grundlagen für Entwicklungen gelegt wurden, die erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollends zur Entfaltung gelangten, und diese, wie etwa die nationale Mobilisierung von Deutschen und Polen, als einen Wesenszug dieser Region aus einer einseitigen Betrachtung herauszuheben und in multikausale und multipolare Strukturzusammenhänge zu stellen, die charakteristisch waren für die Entwicklungsprozesse des 19. Jahrhunderts.

Der vorliegende Band ist reichlich mit Bildmaterial und teilweise farbigen Karten (Teilband II) ausgestattet. Der erste Teilband bietet entsprechend seinem Charakter zahlreiche Tabellen. Leider besitzt nur der zweite Teilband eine englische Zusammenfassung und eine deutsche Übersetzung des Inhaltsverzeichnisses. Im Interesse der Übersichtlichkeit und eines schnelleren Zugriffs auf Quellen und Literatur im Sinne eines durch den Aufbau des ersten Teilbandes bereits angelegten Handbuches, wäre es sinnvoll gewesen, Quellen und Literatur nach den üblichen Ordnungsprinzipien im Anhang aufzuführen. Eine gewisse Doppelung mit dem literaturkritischen ersten Abschnitt wäre dabei nicht hinderlich gewesen. Was noch schmerzlicher wirkt und den Wert des Buches einschränkt, ist das völlige Fehlen eines Personen- und Ortsverzeichnisses.

Dem dritten Band der „Geschichte Pommerns“ können insgesamt gute Noten ausgestellt werden. Er bietet zusammen mit den bereits erschiene-

nen Bänden einen bestimmenden und soliden Orientierungspunkt in der Erforschung der Geschichte Pommerns und des preußischen Ostseeraumes.

Ralph Schattkowsky, Rostock

Grzegorz Jasiński, Mazurzy w drugiej połowie XIX wieku. Kształtowanie się świadomości narodowej (Die Masuren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung eines nationalen Bewußtseins). Olsztyn: Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego 1994, 221 S. (Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego. 143.).

Bisheriges Hauptbestreben der polnischen Masurenforschung war es, das polnische Antlitz Masurens zu betonen. Polnische Historiker traten mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte „Ermlands und Masurens“ hervor, warfen häufig beide Regionen zusammen und fanden überall Hinweise ethnischer Polonität. Die polnische Abstammung der Masuren galt in der Forschung auch als Indiz für deren „Polentum“ („polskość“) in nationaler Hinsicht. Diese selektive „polonozentrische Sichtweise“ (Jasiński) negierte allerdings wichtige soziale und mentale Prozesse bei der masurenschen Bevölkerung, die im 19. Jahrhundert einsetzten und für deren spätere nationale Position wichtig wurden.

Die deutsche Seite hielt sich nach 1945 auffallend zurück. Masuren wurde im Kontext Ostpreußens gesehen, wodurch der polnische Sprach- und Kulturhintergrund der dortigen Bevölkerung relativiert werden sollte. Die südöstliche Region des ehemaligen Ostpreußen stand jedoch nie selbst im Mittelpunkt deutscher Untersuchungen.

Beide Seiten ließen es an Sensibilität für die ausgeprägten regionalen Besonderheiten Masurens und seiner Bevölkerung fehlen. Dadurch rückten die Masuren als Subjekt der Forschung in den Hintergrund. Um die jeweiligen nationalen Positionen und Besitzstände wissenschaftlich zu „begründen“, wurde das Thema Masuren vielmehr für die nationale Legitimationsforschung instrumentalisiert.

Der Allensteiner Historiker Grzegorz Jasiński legt einen neuen Beitrag zur Geschichte Masurens im 19. Jahrhundert vor. Damit liefert er erstmals eine monographische Studie über den wichtigen Zeitraum, der die Herausbildung eines nationalen Bewußtseins bei den Masuren umfaßt.

Jasiński durchbricht die bisherigen Hauptlinien in der polnischen Historiographie, indem er die Masuren selbst in das Zentrum seiner Untersuchung stellt. Sein Ziel ist es, anhand oftmals nur spärlich vorhandener Quellen die Entwicklung des Nationalbewußtseins in Masuren seit dem Ende der napoleonischen Herrschaft bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs aufzuzeigen. Dabei greift er vorwiegend auf die gedruckten polnischsprachigen Periodika Masurens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Zusätzlich zieht er Aktenbestände des Evangelischen Zentralarchivs, des Geheimen Staatsarchivs sowie kleinere, in Polen befindliche Materialien heran.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts führten die Masuren aufgrund ihrer sprachlich-kulturellen Besonderheit und Lage an der Peripherie Ostpreußens ein weitgehend autarkes Leben in ländlichen Lokalgemeinschaften. Trotz des polnischen Sprach- und Kulturmilieus verfügten sie über kein dezidiert polnisch-masurisches Regionalbewußtsein. Vielmehr definierte sich die masurische Gemeinschaft in erster Linie über den evangelischen Glauben. Die Religion besaß in der masurischen Gesellschaft einen ungleich höheren Stellenwert als die Sprache. Jasiński hebt dabei die ebenfalls starke Verbundenheit der Masuren mit der Hohenzollern-Dynastie hervor, die vor allem auf den Einfluß von Schule und Kirche zurückzuführen war, wo der König als Garant für Fortschritt und Wandel sowie als Schutzpatron gepriesen wurde. Die spezifische masurische „Königstreue“ blieb auch über 1871 hinaus erhalten. Neben dem Protestantismus und der Loyalität zum Königshaus spielten vor allem auch der Militärdienst und die Schulausbildung bei der Herausbildung eines nationalen Bewußtseins der Masuren eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Masuren zählte um 1800 etwa 150 000 Einwohner, die sich selbst als „polnische Preußen“ bezeichneten. Die ländliche Bevölkerung bestand überwiegend aus polnischsprachigen Masuren. Die wenigen Deutschen fanden sich vor allem unter den Beamten, lokalen Handwerkern, Müllern, Kaufleuten, Pastoren und Förstern. Sie lebten in den kleinen Städten Masurens. Dabei nahmen die Pfarrer einen besonderen sozialen Status ein und rekrutierten sich häufig auch aus alten einheimischen Familien.

Trotz ihrer Abgeschiedenheit war die ländliche Gesellschaft Masurens nicht isoliert. Vielmehr verfügte sie neben dem Militärdienst in anderen preußischen Regionen auch über gute Kontakte zum russischen Teilungsgebiet Polens. Neben offiziellen Handelsverbindungen gab es informelle Kontakte (vor allem Schmuggel!), Besuche hüben und drüben sowie verwandtschaftliche Beziehungen. Hier widerlegt Jasiński frühere deutsche Vorstellungen, es habe sich bei der masurisch-polnischen Grenze um einen konfessionell und kulturell undurchlässigen Wall gehandelt. Der

polnische Aufstand 1830/31 stieß in Masuren auf Sympathie. Da der masurische Protestantismus zahlreiche Elemente slawisch-katholischer Religiosität aufwies, kam es auch zu interkonfessionellen Kontakten. Grenzgänger, die die katholischen Kirchen jenseits der Grenze besuchten, gehörten noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Alltag. Ein konfessionelles Problem war daher weitgehend unbekannt, die Grenzen oftmals sogar fließend.

Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts tauchte der Begriff „Masuren“ auf. Zu dieser Zeit hatte er aber noch nicht den Charakter antipolnischer Abgrenzung. Er setzte sich zunächst als geographisch-ethnischer Begriff durch. Masuren war jedoch nie eine klar umrissene Verwaltungseinheit. Die Bewohner selbst wurden bis in das 19. Jahrhundert entweder „Polen“ oder „preußische Polen“ genannt, was nach Jasińskis Untersuchungen auch ihrer Selbsteinschätzung entsprach. Dabei implizierte das Wort „Pole“ keine nationale, sondern allein eine sprachliche Zuordnung.

Bereits in den 40er Jahren unternahmen die Schulbehörden den Versuch, die polnische Sprache aus dem Unterricht zu verbannen. Das unsensible Vorgehen der Behörden stieß jedoch auf den Widerstand der Bevölkerung („Sprachenkrieg“). Denn gerade aufgrund der zentralen Stellung der Religion in der masurischen Gesellschaft, auf die der Verfasser immer wieder zu Recht verweist, besaß die polnische Sprache eine wichtige religiöse Funktion als Ausdrucksform tiefer Volksfrömmigkeit. Durch die Reduzierung des Polnischunterrichts sahen die Masuren insbesondere die religiöse und moralische Erziehung ihrer Kinder gefährdet. In ihrem Verständnis gewährleistete allein die „lingua sacra“ – die polnische Sprache – eine gottgefällige Lebensführung.

Als Konsequenz des Vormärz, der die loyale Haltung der Masuren verstärkte, stieg das Interesse an gedruckten polnischsprachigen Kalendern und religiöser Erbauungsliteratur, so daß die Behörden, insbesondere die Kirche, genötigt waren, diesem Wunsch zu entsprechen. Evangelische Pfarrer versuchten daher, mit Hilfe polnischer religiöser Schriften die Masuren einerseits religiös zu unterweisen, sie andererseits aber auch in ihrem preußisch-loyalen Staatsbewußtsein zu festigen. Seit den 30er Jahren erschienen die ersten, vielfach zweisprachigen Kreisblätter der staatlichen Behörden.

Bis zur Reichsgründung wurde Masuren von einer außergewöhnlichen Dynamik erfaßt. Durch die Landreformen wurden die Eigentumsverhältnisse endgültig zugunsten der Bauern gelöst, Abhängigkeitsverhältnisse beendet und Flurflächen zusammengelegt. Die sozialen und wirtschaftlichen Prozesse sind quellenmäßig schwer zu erfassen, doch spiegelt der Bevölkerungsanstieg auf fast 420 000 Einwohner im Jahr 1861 diese Dynamik wider.

Auch im Bewußtsein der Menschen änderte sich vieles. Eine Fülle neuer Periodika erschien, und religiöse Literatur (Bibeln, Gebetbücher, Katechismen) fand reißenden Absatz. Erstmals wurde Masuren Thema wissenschaftlicher und heimatkundlicher Abhandlungen (vor allem bei Max Toeppen).¹ In Königsberg gründeten masurische Studenten die akademische Vereinigung „Masovia“. In den polnischsprachigen Periodika erschienen in Form von Gedichten und Erzählungen Lobeshymnen auf die Heimat und auf Preußen. Pfarrer und Lehrer als Repräsentanten des Staates standen bis 1870 an der Spitze dieses masurischen Regionalbewußtseins (Masurentum – „mazurskość“). Der polnische Januaraufstand 1863 stieß wiederum auf emotionale Reaktionen in Masuren. Aufgrund der Artikel in den polnischsprachigen Periodika weist Jasiński viele Beispiele von Solidarität für die Aufständischen nach.

Die Reichsgründung brachte erhebliche Veränderungen für Masuren mit sich. Der rasante Bevölkerungsanstieg führte zu einer großen Abwanderungswelle in die westdeutschen Industriegebiete. Masuren selbst bot seinen Landeskindern aufgrund fehlender industrieller Infrastruktur keine Arbeitsmöglichkeiten. Die ersten Eisenbahnlinien banden Masuren enger an das restliche Reich, wodurch der Assimilationsprozeß verstärkt wurde. 1883 zählte Masuren 327760 Einwohner, zehn Jahre später nur noch etwa 280000.

Nach 1870 vollzog sich endgültig ein Wandel von der traditionell toleranten preußischen Idee ethnischer Koexistenz zu einem neuen, reichsdeutsch und völkisch orientierten Nationalismus. In der neuen Nationalstaatsideologie war kein Platz mehr für eine polnischsprachige Grenzbevölkerung. Daher setzte eine massive staatliche Germanisierungspolitik ein, die 1872 erstmals auf den Widerspruch von nationalpolnischer Seite stieß (Wojciech Kętrzyński, „O Mazurach“). Die polnischsprachigen Zeitschriften und Kalender versuchten nun verstärkt, die Masuren im preußisch-deutschen Sinne zu beeinflussen. Ihre Auflagen stiegen. Unter Leitung von Martin Gerss stieg der „Kalendarz Królestwo-Pruski ewangelicki“ auf 11 500 Exemplare an.

In der Schule verschwand die polnische Sprache. Durch die vielfältigen Kontakte mit dem deutschen Sprach- und Kulturkreis nahm die deutsche Sprache stark zu. In dem Assimilationsprozeß spielte wiederum die Kirche eine zentrale Rolle. Sie versuchte die polnische Sprache aus dem religiösen Leben zu verdrängen. Aber gerade in diesem Bereich hatte die Sprache eine besondere Bedeutung für die konservative masurischen

¹ Max Toeppen, Aberglauben aus Masuren. Danzig 1866; ders., Geschichte Masurens. Danzig 1870.

Landbevölkerung. Daher suchten viele Masuren den Kontakt zu den evangelischen Laienbewegungen („Gromadki“).

Der Begriff „polnische Preußen“ wurde zunehmend durch „Masuren“ ersetzt, um den Unterschied zu den Polen jenseits der Grenze zu verstärken. 1896 wurde in Lyck die „Masurische Volkspartei“ gegründet. Zwar ging die Initiative von nationalpolnischer Seite aus, doch formierte sie sich zur Plattform sozialer und wirtschaftlicher Forderungen der Masuren. Auch schrieb sie die Stärkung der lokalen Identität auf ihre Fahnen. In zwei masurischen Wahlkreisen konnte die Partei einen Achtungserfolg erzielen. Mit allen Mitteln versuchten die preußischen Behörden die angebliche „polnische Unterwanderung“ Masurens zu verhindern.

In Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche wurde eine Germanisierungspolitik eingeleitet, die seit der Reichsgründung die dauerhaften Grundlagen für einen unversöhnlichen Antipolonismus in Masuren legte. Jasiński untersucht die polnischsprachigen Periodika, vor allem den „Pruski Przyjaciół Ludu“, der von den evangelischen Pfarrern als Mittel zum Zweck für die weiteren Assimilationsbestrebungen herausgegeben wurde. Die preußischen Einigungskriege und die Reichsgründung taten ein übriges, um die patriotische Euphorie bei den Masuren zu stärken und die Abgrenzung zum südlichen Nachbarn zu forcieren. Eine nationalpolnische Bewegung, wie sie seit 1895/96 entstand, konnte daher aufgrund dieses ausgeprägten preußischen Bewußtseins der Bevölkerungsmehrheit in Masuren nie ihren Lokalvereinscharakter ablegen.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges gab es zwei Hauptströmungen, die sich als „Masuren“ bezeichneten. Neben einer preußisch-deutschen Gruppe, die bereits weitgehend assimiliert oder deutscher Herkunft war, gab es bis 1914 noch ein spezifisch masurisches Preußentum, welches auf den vernationalen Traditionen der Hohenzollernmonarchie basierte. Durch die enge dynastisch-personalistisch geprägte Loyalität zum preußischen Herrscherhaus verfügten die Masuren lange Zeit über kein gesamtdeutsches, sondern auch nach 1871 noch über ein preußisches Nationalgefühl.

Allerdings wurden bereits seit 1870 die Grundlagen für den Untergang masurischer regionaler Identität gelegt. Der frühere multiethnische Konsens, der der preußischen Staatsräson entsprach, fand mit dem wilhelminischen Nationalismus ein Ende. Die Sprachenfrage wurde zugleich ein Kriterium für die Loyalität. Durch diesen staatlich forcierten Assimilationsprozeß wurden bis 1914 die Weichen für den endgültigen Untergang masurischer Sprache und Kultur gestellt. Die kleine masurische Elite protestierte nicht, sondern wurde rasch in den deutschen Kulturkreis integriert. Masurische Interessen und Maßnahmen zum Traditionserhalt wurden der Maxime nationaler und ethnischer Homogenität untergeordnet.

Mit dieser Arbeit legt Jasiński eine gelungene Studie der masurischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts vor und gestattet durch die Herausstellung religiöser und sozialer Spezifika einen Einblick in die ländliche Lebenswelt dieser im allgemeinen Bewußtsein bereits weitgehend vergessenen Grenzbevölkerung. Seine ausführliche Analyse der polnischsprachigen Presse und Periodika der Zeit versteht es, überzeugend die tiefgreifenden Veränderungen zu rekonstruieren, und ermöglicht Einblicke in das Denken und Fühlen der Masuren.

Jasińskis Verdienst ist um so größer, weil er sich von der schwierigen Quellenlage nicht abschrecken ließ. Frei von nationalen Interpretationsmustern rückt er konsequent die Masuren in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen, womit er ihnen die wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil werden läßt, die diese Bevölkerung in der deutsch-polnischen Kontaktzone verdient.

Andreas Kossert, Berlin

Toruń i Pomorze pod władzą pruską. Materiały konferencji z 10-11 grudnia 1993 r. w Toruniu (Thorn und Pommerellen unter preußischer Herrschaft. Materialien einer Konferenz in Toruń vom 10. bis 11. Dezember 1993), hrsg. v. Szczepan Wierzchosławski. Toruń: Towarzystwo Naukowe w Toruniu 1995, 128 S., 1 Karte.

Seit der politischen Wende in Ostmitteleuropa 1989/90 erscheint die gemeinsame Geschichte von Polen und Deutschen in dieser Region vielfach in einem neuen Licht. Herrschte in der polnischen Historiographie bisher nicht selten noch das alte Stereotyp vom jahrhundertelangen Kampf zwischen germanisierenden Deutschen und unterdrückten Polen vor, so wenden sich die Historiker jetzt verstärkt Aspekten des gutnachbarlichen Zusammenlebens und der gegenseitigen kulturellen Durchdringung zu. Diesem Ansatz war auch eine Tagung verpflichtet, die Ende 1993 in Toruń von der Nicolaus-Copernicus-Universität, der Wissenschaftlichen Gesellschaft Toruń (TNT) und dem Institut für Geschichte der Ostseeländer der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde. Mittlerweile sind die Referate dieser Tagung – wenn auch unter einem Titel, der auf den ersten Blick ein wenig an die alten Geschichtsbilder erinnert – von Szczepan Wierzchosławski der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Der einleitende Beitrag von Zofia Libiszowska (Łódź), „Internationale Bedingungen der zweiten Teilung Polens“, läßt allerdings kaum neue Ansätze erkennen, da er methodisch der klassischen Diplomatiegeschichte verhaftet bleibt. Gegen die expansive russische Balkanpolitik initiierte der britische Regierungschef Pitt ein Bündnissystem, in das Polen, ebenso wie Preußen, auf der Konferenz von Reichenbach einbezogen wurde. Polen kehrte damit nach langer Lethargie zwar wieder als Akteur auf die Bühne der internationalen Politik zurück, doch erwies sich die Zusammenarbeit mit Preußen als tragischer Fehler: 1792 entschied sich Rußland, mit preußischer Hilfe gegen den „Jakobinismus an der Weichsel“ vorzugehen, und leitete so das Ende des polnischen Staates ein. Neben der internationalen Lage war für die Aufteilung Polens jedoch auch, wie knapp dargelegt wird, die teilweise von den Nachbarn gesteuerte polnische Opposition verantwortlich, die jegliche Reform blockierte und so zu der verhängnisvollen Entwicklung seit den ersten Regierungsjahren König Stanisław Augusts erheblich beitrug.

„Thorn in der Zeit der preußischen Herrschaft (1793–1806)“ ist das Thema eines Beitrages von Jerzy Wojtowicz (Toruń). Als die Stadt im Januar 1793 von preußischen Truppen besetzt wurde, wurde diesen von der einheimischen Bevölkerung keinerlei Sympathie entgegengebracht. Die Thorner Wirtschaft war zwar durch die lange preußische Blockade ruiniert, doch lebte das Bewußtsein der ehemaligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung bei den häufig auf deutschen Universitäten gebildeten alten protestantischen Eliten weiter. Die alten Eliten wurden jedoch durch die Umstrukturierung der Stadtverwaltung weitgehend entmachtet, als ein „Combinierter Magistrat“, der sich aus preußischen Beamten zusammensetzte, an die Stelle der bisherigen städtischen Selbstverwaltungskörperschaften trat. Elemente der Veränderung waren auch die nun in Thorn stationierte Garnison mit einer durchschnittlichen Stärke von 1000 Mann und die ca. 90-100 zugezogenen preußischen Beamten, deren gesellschaftliches Leben sich vor allem in der 1793 gegründeten Freimaurerloge abspielte.

Von Konflikten zwischen der deutschen und der hauptsächlich in den Vorstädten und an der Peripherie wohnhaften polnischen Bevölkerung konnte in diesem Zeitraum jedoch noch keine Rede sein, vielmehr wurde das alltägliche Leben durch Kirche, Zunft, Familie und nachbarschaftliche Beziehungen bestimmt. Trotz der Tätigkeit einiger junger deutscher Schriftsteller in Thorn während der 1790er Jahre setzte ein kultureller und wissenschaftlicher Niedergang der Stadt ein. Wegen der mangelnden Berücksichtigung lokaler Wirtschaftsinteressen durch die Behörden konnte sich auch die Thorner Wirtschaft nicht erholen, wie u.a. an einem signi-

fikanten Rückgang der Zahl der in Thorn ansässigen Kaufleute deutlich wird. Insgesamt konnte Thorn als periphere preußische Garnisonsstadt nicht mehr an seine alte Rolle der „Königin der Weichsel“ anknüpfen.

Dem „Problem der Provinz Westpreußen (1815–1918)“ widmet sich Stanisław Salmonowicz (Toruń). 1815 wurde zwar wieder eine Provinz Westpreußen geschaffen, doch war bereits die Entscheidung, aus Furcht vor zu starkem Einfluß polnischer Rittergutsbesitzer in Westpreußen keinen eigenen Provinziallandtag einzuführen, ein Vorgriff auf die spätere Liquidation der Provinz. Als Grund für die 1824 erfolgte Vereinigung von West- und Ostpreußen zur Provinz Preußen wurde offiziell die Notwendigkeit finanzieller Einsparungen angegeben, inoffiziell spielte jedoch das Bestreben des Oberpräsidenten Theodor v. Schön, die polnische Bevölkerung Westpreußens besser in den preußischen Staat zu integrieren, eine entscheidende Rolle. Seit 1870 sind verschiedene Initiativen zur Wiederherstellung der Provinz Westpreußen festzustellen, die in erster Linie von dem Danziger Oberbürgermeister v. Winter ausgingen. Nachdem ein erster Vorstoß unter Hinweis auf die Gefährlichkeit der nationalpolnischen Bewegung vom Provinziallandtag abgelehnt worden war, wurden von den Befürwortern einer eigenständigen Provinz Westpreußen die besonderen wirtschaftlichen Interessen des Weichsellandes und Danzigs in den Mittelpunkt ihrer Argumentation gestellt. Schließlich erreichten sie, daß 1878 wieder zwei getrennte Provinzen, Ostpreußen und Westpreußen, errichtet wurden. Der Beitrag von Salmonowicz gibt zwar einen guten Überblick über die Verwaltungsgeschichte Westpreußens, bleibt jedoch im ganzen allzu deskriptiv.

Demgegenüber analysiert Kazimierz Wajda in seinem Beitrag „Westpreußen unter preußischer Herrschaft (1815–1919)“ die Auswirkungen der Zugehörigkeit Westpreußens zur Hohenzollernmonarchie auf Gesellschaft, Wirtschaft, Bevölkerung und Politik der Region am Unterlauf der Weichsel. Entscheidend für die Wirtschaft der agrarisch strukturierten Provinz waren die Agrarreformen in der ersten Jahrhunderthälfte, die die Einführung kapitalistischer Betriebsmethoden ermöglichten. Infolgedessen entstand einerseits eine Schicht größerer Landbesitzer und andererseits durch die Verarmung eines Teils der bäuerlichen Bevölkerung eine starke Landarbeiterklasse. Neue Märkte für landwirtschaftliche Produkte eröffnete die Entwicklung des Eisenbahnnetzes, wovon in der zweiten Jahrhunderthälfte auch die im großen Stil betriebene Zuckerproduktion profitierte. Im Vergleich mit ähnlichen Maßnahmen in Galizien und Russisch-Polen waren die preußischen Agrarreformen am erfolgreichsten.

Da in Westpreußen mit Ausnahme des Kulmer Landes die deutschen Großgrundbesitzer überwogen, konnten soziale Konflikte zwischen Guts-

herren und Landarbeitern schnell den Charakter nationaler Auseinandersetzungen annehmen. Zwar wurden viele gesellschaftliche Konflikte durch die massenhafte Auswanderung entschärft, doch ist auf diese Weise in Westpreußen, wie etwa auch in der Provinz Posen, eine frühe nationale Integration der polnischen Bauern und Landarbeiter festzustellen. Der Nationsbildungsprozeß auf dem Lande, wo 1905 noch 83% der Polen wohnten, war ausschlaggebend für die ganze polnische Bevölkerung in Westpreußen.

Die bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts wachsende Rentabilität der Rittergüter verhinderte Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen, so daß die Industrialisierung in der Provinz nur punktuell, vor allem in Elbing und Danzig, einsetzte. Erst in den 90er Jahren ist in Westpreußen ein beschleunigtes Wachstum der Industrie zu verzeichnen. Der Modernisierungsprozeß in Westpreußen, so Wajdas Fazit, verlief im ganzen schneller und effizienter als im österreichischen oder russischen Teilungsgebiet.

Eine lebhafte Diskussion rief auf der Tagung in Toruń der Beitrag „Die Gesellschaft Westpreußens und die preußische Verwaltung (1815–1914)“ von Szczepan Wierzchosławski (Toruń) hervor. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen seien in Westpreußen während des 19. Jahrhunderts vor allem durch einen rigorosen Nationalitätenkampf bestimmt gewesen, betont Wierzchosławski die Normalität und die positiven Aspekte der beiderseitigen Beziehungen.

Bis 1830 traten z.B. viele Angehörige der polnischen Szlachta in den preußischen Staatsdienst ein, und auf den Provinziallandtagen arbeiteten polnische und deutsche Gutsbesitzer wegen gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zusammen. In der ersten Jahrhunderthälfte unterschied sich das Verhältnis von Deutschen und Polen zu den Behörden kaum. Die Mehrheit der Deutschen war konservativ und Parteien hatten sich noch nicht herausgebildet, das Nationalitätenproblem war für die lokalen Verhältnisse noch ohne Bedeutung. Dies änderte sich erst mit dem Kulturkampf, der als Angriff der protestantischen Behörden auf die geistigen und kulturellen Existenzgrundlagen der polnischen Bevölkerung angesehen wurde. Dennoch war es der polnischen Bevölkerung auch weiterhin möglich, das Bekenntnis zur polnischen Nation mit der Loyalität gegenüber dem preußischen Staat zu vereinbaren, wie Wierzchosławski u.a. am Beispiel des Kulmer Gymnasialdirektors Łożyński verdeutlicht. Weniger die Nationalität als die Konfession war vor 1914 eine schroffe Trennungslinie. Bei Wahlen stimmten Polen für das Zentrum, und noch 1903 votierten sogar preußische Beamte für polnische Kandidaten; offizielle Feiern,

wie etwa die alljährlichen Königsgeburtstage, wurden von Deutschen und Polen gemeinsam begangen. Entgegen dem Schlagwort „*swój do swego po swoje*“ bestimmte eine enge wirtschaftliche Verflechtung die alltäglichen Beziehungen der beiden Nationalitäten. Daher war für das Verhältnis der Bevölkerung zur Verwaltung auch die Behandlung wirtschaftlicher Probleme ausschlaggebend, während politische, konfessionelle und nationale Fragen eine nachgeordnete Rolle spielten. Wierzchosławski betont zwar, bei seinen Ausführungen handele es sich nur um eine Skizze, doch eröffnet gerade sein Aufsatz neue Perspektiven für die Forschung.

Wesentlich stärker in der Tradition der bisherigen polnischen Forschung steht dagegen der Beitrag von Janusz Jasiński (Olsztyn) zum Thema „Aufstandsversuche in Westpreußen 1848“. Treibende Kraft bei den Aufstandsvorbereitungen war Ludwik Mierosławski, der für eine Wiederholung des in der Emigration ausgearbeiteten Plans von 1846 eintrat. Zentren der Vorbereitung waren der polnische Adel im Kulmer Land sowie das Berliner und das Posener Revolutionskomitee. Durch die Betonung der Zusammenarbeit von Polen und Deutschen gegen den gemeinsamen Feind Rußland gelang es zunächst, die Sympathien eines Teils der deutschen Bevölkerung zu gewinnen. Dies änderte sich jedoch schnell, als bekannt wurde, daß auch Westpreußen für einen künftigen polnischen Staat beansprucht wurde. Nachdem Sulerzyski und andere führende Köpfe der polnischen Bewegung in Kulm verhaftet worden waren, brachen die Aufstandsvorbereitungen weitgehend zusammen. Versuche, die polnischsprachige Bevölkerung unter Hinweis auf soziale und konfessionelle Konflikte zu mobilisieren, dauerten jedoch an, wie Jasiński detailliert nachweisen kann. Zuzustimmen ist ihm allerdings nicht, wenn er die These formuliert, die antipolnische Haltung der deutschen Bevölkerung sei in erster Linie durch die Tätigkeit der preußischen Behörden herbeigeführt worden. Hier ist vielmehr auf die Eigendynamik der deutschen öffentlichen Meinung sowie der politischen Clubs zu verweisen.

Magdalena Niedzielska (Toruń) erörtert unter dem Titel „Adelsliberalismus in der Provinz Preußen während des Vormärz“ die auch in der deutschen Forschung viel diskutierte Frage, ob der ostpreußische Adelsliberalismus nur eine regionale Variante der liberalen Bewegung war oder das Ergebnis der besonderen historischen Tradition und der gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Lage der Provinz. Wichtige Voraussetzungen für die Entstehung des Adels- oder Gutsbesitzerliberalismus waren die Ende des 18. Jahrhunderts einsetzende Kapitalisierung der Landwirtschaft sowie die Vermittlung von der Aufklärung ausgehender neuer philosophischer und wirtschaftlicher Strömungen durch die Universität Königsberg. Eine spezifisch ostpreußische Identität unter Betonung ständischer Tradi-

tionen entwickelte sich bei den liberalen Adligen aufgrund der Erfahrungen der Reformzeit und der Befreiungskriege, die von Königsberg ihren Ausgang nahmen.

Der Adelsliberalismus war jedoch keine Antwort auf die preußischen Reformen, sondern auf deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen: Erst in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelten sich als Folge der Agrarkrise bei ostpreußischen Adligen liberale Vorstellungen. Die oppositionellen Tendenzen basierten auf gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, wie die Diskussion um eine neue Landgemeindeordnung oder die Patrimonialgerichtsbarkeit verdeutlicht. Gegenüber der polnischen Bewegung verhielt sich die Gruppe um Brünneck, Below und Saucken-Tarputschen distanziert bis offen ablehnend. Mit der bürgerlichen liberalen Bewegung, deren Zentren Königsberg und Elbing waren, kooperierten die liberalen Adligen vor allem auf dem Landtag von 1840. Bereits 1845 zeigten sich aber deutliche Differenzen zwischen dem adligen und dem bürgerlichen Flügel des ostpreußischen Liberalismus, da das politische Ziel des Adelsliberalismus nicht die Demokratisierung der Gesellschaft war, sondern eine Parlamentarisierung der Regierung unter wachsender Beteiligung des 2. und 3. Standes.

Der abschließende Beitrag von Andrzej Piątkowski (Toruń) behandelt die „Entstehung und Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Westpreußen (1842–1914)“. In einer ersten Entwicklungsphase entstanden zwischen 1852 und 1879 die Hauptlinien, vor allem die Ostbahn Berlin-Königsberg. Da private Investoren an der Strecke nicht interessiert waren, kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Finanzierung der Ostbahn auf dem Vereinigten Landtag 1847, die von Piątkowski allerdings zu knapp dargestellt werden. 1852 wurde Danzig an das Schienennetz angeschlossen, wenig später auch eine Verbindung nach Russisch-Polen hergestellt. Mit der Eröffnung der Weichselstädtebahn Marienburg-Graudenz-Thorn 1880 war der Bau der Hauptstrecken in Westpreußen abgeschlossen. Nach 1880 wurden in einer zweiten Entwicklungsphase Verbindungen zwischen den Hauptstrecken erbaut. Zwischen 1892 und 1914 entstanden schließlich drittrangige Linien – häufig Kleinbahnen mit schlechterer technischer Ausrüstung, die aber z.B. für die Zuckerindustrie von großer Bedeutung waren.

Auch wenn nicht alle Beiträge den hochgesteckten Erwartungen entsprechen können, so dokumentiert der Sammelband doch, wie sich vor allem die jüngere Generation der polnischen Historiker neuen Forschungsfeldern zuwendet. Auf weitere Bemühungen in dieser Richtung darf man gespannt sein.

Christian Pletzing, Berlin

„Halte fern dem ganzen Lande jedes Verderben ...“. Geschichte und Kultur der Juden in Pommern. Ein Sammelband, hrsg. v. Margret Heitmann u. Julius H. Schoeps unter Mitwirkung v. Bernhard Vogt. Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms Verlag 1995, 571 S. (Haskala. 15.); Gminy Wyznaniowe Żydowskie w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920–1939) (Die jüdischen Gemeinden in der Woiwodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit [1920–1939]), hrsg. v. Jan Sziling. Toruń: Wydawnictwo Uniwersytetu Mikołaja Kopernika 1995, 261 S. (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 4.).

Das Interesse an jüdischer Geschichte und Kultur begann sich in der DDR wie in der Volksrepublik Polen erst Ende der 1980er Jahre zu regen. In der Bundesrepublik erleben wir zwar seit 20 Jahren eine wahre Flut von Publikationen zu jüdischen Themen, aber die früheren preußischen Ostprovinzen blieben dabei fast immer ausgespart. Die hier anzuzeigenden Sammelbände stellen Teilergebnisse von Projekten dar, die sich die Schließung dieser großen Lücke zum Ziel gesetzt haben. Das Buch über die Juden in Pommern ist der erste Band, der aus dem Forschungsprojekt „Geschichte der Juden in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen“ hervorging, das vom Bundesministerium des Innern gefördert wird. Betreut wird das Projekt vom Salomon Ludwig Steinheim-Institut und vom Moses Mendelssohn-Zentrum in Potsdam. Innerhalb der kleinen Serie zu den Nationalitäten und Konfessionen in Pommerellen, die an der Universität in Thorn bearbeitet und herausgegeben wird, wurde den jüdischen Einwohnern dieser Region nun zum zweiten Mal ein Band gewidmet.¹

Die Autorinnen und Autoren der Artikel beider Bände standen vor ähnlichen Problemen. Das Quellenmaterial für Pommern wie für Pommerellen ist nur lückenhaft erhalten und über mehrere Länder verstreut. Die wichtigsten Materialien liegen in Polen, Deutschland, Israel und den USA. Ausgewertet werden konnten für den Pommernband vor allem deutsche und polnische Archive, für den Pommerellenband kamen lediglich die polnischen Archive in Frage. Zudem fällt die mangelnde Vertrautheit mit jüdischer Geschichte und Kultur jener Autorinnen und Autoren auf, die aus der Regionalgeschichte heraus die jüdische Bevölkerung be-

¹ Der erste Band trägt den Titel: Emancypacja – Asymilacja – Antysemityzm. Żydzi na Pomorzu w XIX i XX wieku (Emanzipation, Assimilation, Antisemitismus. Die Juden in Pommerellen im 19. und 20. Jahrhundert), hrsg. v. Zenon Hubert Nowak. Toruń 1992 (Stosunki narodowościowe i wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX wieku. 2.).

trachten. Auf die Beteiligung von Fachleuten aus der Region kann und soll nicht verzichtet werden, sind sie es doch meistens, die sich als erste mit der jüdischen Bevölkerung ihrer Umgebung befassen und sich in den Archiven vor Ort am besten auskennen. Aber es bleibt bei der Lektüre eine gewisse Leere zurück – jüdisches Leben läßt sich eben nicht durch die Aneinanderreihung von gesetzlichen Regelungen, Zahlen und Namen einfangen.

Erschwert wurden die Forschungen der Verfasser dadurch, daß Überblicksdarstellungen fehlen, auf die hätte aufgebaut werden können. Es gibt bisher keine umfassende Geschichte der Juden in Preußen. Dieser Mangel schlägt sich in widersprüchlichen bzw. falschen Angaben zur rechtlichen Entwicklung in Preußen (Pommern: Beitrag von Wilhelmus, S. 110; Pommerellen: Beitrag von Waszkiewicz, S. 9) und in dem Verzicht auf jeglichen Vergleich mit anderen Regionen nieder.

Die vier Abschnitte des umfangreichen Pommernbandes – Regionalgeschichte, Stadtgeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Antisemitismus und Holocaust – versuchen, die wichtigsten Bereiche jüdischer Geschichte und Kultur abzudecken. Das gelingt in unterschiedlichem Maße. Zum ersten Teil muß das Vorwort hinzugezählt werden, denn dort finden sich ein knapper Überblick über die Geschichte Pommerns und der dort ansässigen Juden sowie Angaben statistischer Art, die in den weiteren Kapiteln fehlen, was zur Übersichtlichkeit nicht unbedingt beiträgt. Unter „Regionalgeschichte“ wird im wesentlichen „Judenpolitik“ verstanden, die dann jeweils sehr detailliert für die einzelnen Landesteile dargestellt wird (Beiträge von Herzfeld, Bäcker, Wilhelmus). Die Judenpolitik bildet sicherlich die rechtliche Grundlage für die Existenz jüdischer Gemeinden, aber sie sagt vor allem etwas über die Haltung der Mehrheit gegenüber der jüdischen Minderheit aus, wenig dagegen über die jüdische Minderheit selbst. Eine Einordnung in die kurbrandenburgische, schwedische und preußische Judenpolitik, in deren Rahmen ja die pommersche jeweils gehörte, fehlt weitgehend. Deutlich wird dagegen – auch in dem lexikonartigen Beitrag von Salinger –, wie schwierig es für Juden war, überhaupt in dieser Region ansässig zu werden und funktionstüchtige Gemeinden aufzubauen.

Die Artikel zur Stadtgeschichte sind den Orten Stralsund (Genz), Greifswald und Umgebung (Wilhelmus), Stolp (Salinger), Pasewalk (Krüger/Wilhelmus), dem Kreis Demmin (Vensky) sowie Grimmen (Strübing) gewidmet. Sie bleiben im lokalen Rahmen, sind für diesen mit Zahlen, Fakten und Namen sicher interessant, darüber hinaus allerdings kaum. Anders dagegen der Aufsatz von Margret Heitmann, der die Probleme der jüdischen Gemeinde in Stettin beschreibt, als diese mit der Bitte der

freien christlichen Gemeinde konfrontiert wird, in der Synagoge gottesdienstliche Zusammenkünfte abhalten zu dürfen. Hier wird zum ersten Mal das Innenleben einer jüdischen Gemeinde sichtbar. Das ist jüdische Geschichte – endlich, denn wir sind bereits auf Seite 225 angekommen.

Erfreulicherweise gilt dieser Befund auch für einige Beiträge im Abschnitt Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Die Bedeutung der jüdischen Kaufleute und Händler für Handel und Gewerbe in der Grenzregion Hinterpommern mit ihren vielfachen Verbindungen nach Polen beschreibt Erika Herzfeld fast ausschließlich auf der Grundlage des für das 18. Jahrhundert offensichtlich reichlich vorhandenen Aktenmaterials. Über Pommern weit hinaus bekanntgeworden ist das Projekt der pommerschen Kriegs- und Domänenkammer von 1753, für die in Pommern verstreut lebenden Juden an der Leba eine eigene Stadt anzulegen, von der aus sie den Handel mit Polen abwickeln sollten (Beitrag von Lordick). Der Plan wurde einige Zeit ernsthaft verfolgt, scheiterte dann aber am Widerstand Friedrichs II. Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Günther Frieß zur Lebenswelt jüdischer Räuberbanden, der die Literatur zum jüdischen wie nichtjüdischen Gaunertum in Deutschland heranzieht, mit dem pommerschen Aktenmaterial konfrontiert und es in vorbildlicher Weise kritisch auswertet. Dabei entsteht vor den Augen der Leserin und des Lesers eine differenzierte Innenansicht einer jüdischen Lebensform. Auch Jörg Fehrs weiß in bewährter Weise die Situation jüdischer Lehrer und Schüler im Pommern des 19. Jahrhunderts anschaulich darzustellen. Einen Einblick in das Wirken zweier karitativer jüdischer Einrichtungen geben Ruprecht und Vinkmann.

Zu den wenig ergiebigen Beiträgen zählen die Aufsätze von Dorothea Elisabeth Deeters über jüdische Gutsbesitzer in Pommern sowie von Helmut Neubach über jüdische Politiker. Deeters reiht chronologisch, ohne erkennbare innere Struktur alles aneinander, was sie über jüdische Gutsbesitzer aus den Quellen und der Literatur in Erfahrung bringen konnte. Hier hätte man sich energisches Eingreifen der Redaktion gewünscht. Fragwürdig ist die Aufzählung von „jüdischen Politikern“, deren einzige Beziehung zu Pommern darin besteht, daß sie dort geboren wurden, ihre Jugend aber bereits andernorts verlebten und nicht nach Pommern zurückkehrten, wie Leopold Jacoby und Rudolf Katz. Julius Lippmann und der genannte Katz werden als „jüdisch“ geführt, obwohl sie konvertiert waren.

Im Abschnitt „Antisemitismus und Holocaust“ stellt Bernhard Vogt detailliert die antisemitischen Ausschreitungen des Jahres 1881 dar, die mit dem Synagogenbrand in Neustettin begannen und sich dann auf andere Orte in Pommern, Westpreußen und Posen ausbreiteten. Vogt kommt

zu dem Schluß, daß es sich dabei um pogromartige Unruhen bzw. Pogrome gehandelt habe und das Kaiserreich entgegen bisheriger Auffassung keineswegs frei von „Pogrom-Antisemitismus“ gewesen sei. Leider definiert Vogt nicht, was er unter einem Pogrom versteht, und er berücksichtigt auch nicht den Artikel von Christhard Hoffmann zum gleichen Thema,² der die Ausschreitungen in einen größeren politischen Zusammenhang einordnet und sie in der Geschichte des deutschen Antisemitismus als Episode mit allerdings weitreichenden Folgen bewertet.

Mit dem 1921 in Stargard gegründeten Konzentrationslager für ostjüdische Emigranten greift Ludger Heid ein wenig bekanntes Thema auf. Ausführlich geht er auf die Parlamentsdebatten ein, die diese „Kulturshande“ auslöste. Der Bezug zu Pommern geht dabei allerdings verlor, es wird weder thematisiert, warum das Lager in Stargard eingerichtet wurde, noch wie die nichtjüdische Bevölkerung dazu stand. Ohne daß der Autor dies in einer Anmerkung erwähnt hätte, übernimmt er ganze Passagen aus seiner Habilitationsschrift,³ die zwar im gleichen Jahr wie der Pommernband als Buch erschien, im Autorenverzeichnis aber bereits als veröffentlicht angegeben ist.

In den weiteren Artikeln befassen sich die Autorinnen und Autoren mit den Auswirkungen des Antisemitismus und des Holocaust in Pommern (Oberndorfer, Auch, Frankiewicz, Wilhelmus, Brandt). Es sind dies Beiträge, wie sie für viele Regionen und Städte geschrieben worden sind: auf den regionalen Raum bezogen, ohne Einordnung in einen größeren Forschungszusammenhang, häufig von Menschen zu Papier gebracht, die heute dort leben und sich der totgeschwiegenen Vergangenheit an ihrem Ort stellen wollen. Eine andere Herangehensweise an diese Themen hätte den Rahmen des chronologisch wie thematisch umfangreichen Sammelbandes vermutlich gesprengt. Auffällig ist aber, daß durchgängig die Opfer beim Namen genannt werden, die Täter nicht.

Nach 1945 wurden weder im polnischen noch im deutschen Teil Pommerns jüdische Gemeinden neu begründet; von den Synagogen und Friedhöfen ist nur wenig erhalten geblieben. Zu den Überresten sind aber auch die Akten der jüdischen Gemeinden zu zählen, die zum Teil im Gesamtarchiv der deutschen Juden (gegründet 1905) aufbewahrt wurden. Die Geschichte dieses Archivs und seine Aufgaben stellt Elisabeth Brachmann-Teubner im Anhang vor. Eine Tabelle informiert darüber, von wel-

² Christhard Hoffmann, Politische Kultur und Gewalt gegen Minderheiten. Die antisemitischen Ausschreitungen in Pommern und Westpreußen 1881, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994), S. 93-120.

³ Ludger Heid, *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*. Hildesheim (u.a.) 1995.

chen jüdischen Gemeinden Pommerns Akten erhalten sind. Die Angaben zum Standort sind allerdings, soweit es den in Deutschland verbliebenen Teil der Akten angeht, inzwischen überholt. Diese befinden sich jetzt im Archiv der Stiftung „Neue Synagoge Berlin“ – Centrum Judaicum. Eine nach Themen zusammengestellte Auswahlbibliographie, in der auch Zeitungsartikel aufgeführt werden, sowie Orts- und Personenregister runden den Anhang ab.

Was die Form angeht, so sind relativ viele Druckfehler und fehlende Titel bei den Tabellen anzumerken. Im Abschnitt zur Regionalgeschichte wären Karten mit den jeweiligen Landesgrenzen hilfreich gewesen. Schwerer wiegt jedoch der inhaltliche Einwand, daß die jüdische Kultur, immerhin Bestandteil des Titels, im Buch fast gar nicht vorkommt. Die sehr kleinen Gemeinden Pommerns haben sicherlich nicht viel an Überresten kulturellen Lebens hinterlassen. Aber ein Beitrag über die Synagogenbauten, mit einigen Abbildungen versehen, hätte zumindest einen Bereich jüdischer Kultur sichtbar machen können. Gerade kulturelle Aspekte sind ebenso wie sozialgeschichtliche geeignet, Juden nicht nur als Objekte der Geschichte, sondern als Handelnde zu sehen. Diese Perspektive bleibt in zu vielen Beiträgen ausgeblendet. Deshalb erfahren wir wenig über die sozialen Unterschiede innerhalb der jüdischen Bevölkerung, über den Alltag der Juden in dieser Region, über die religiöse Entwicklung in den Gemeinden, die Konflikte, die im Laufe des 19. Jahrhunderts durch Emanzipation und Akkulturation ausgelöst wurden, das Verhältnis zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung.

Das Herausgaberteam war sich darüber im klaren, daß der vorliegende Band noch keine Gesamtgeschichte darstellt. Der Wert dieser Publikation liegt darin, die jüdische Bevölkerung Pommerns überhaupt als Forschungsgegenstand etabliert und für ein breites Spektrum von Themen eine Fülle von Material bereitgestellt und ausgewertet zu haben.

Bei der Besprechung des Pommerellenbandes können wir uns kürzer fassen, denn bei den Beiträgen handelt es sich vorwiegend um Gemeindegeschichten, die von einem Beitrag zur rechtlichen Entwicklung (Waszkiewicz) und einem zu den jüdischen Friedhöfen der Region in der Zwischenkriegszeit (Wolos) eingerahmt werden. Dazwischen werden – die gesamte Woiwodschaft abdeckend – neunmal Gemeindegeschichten abgehandelt: Karthaus (Rezmer), Thorn (Nowak), Graudenz (Alabrudzińska), Strasburg (Chamot), Gollub (Waszkiewicz), Preußisch Stargard (Wojciechowski), Konitz (Karpus), Schwetz (Golon) und Zempelburg (Sziling). Die Artikel basieren fast ausschließlich auf Akten der polnischen Behörden, die sich bei jeder Gemeinde für die gleichen Themen interessierten. Und so stellen die Autorinnen und Autoren denn auch in

fast immer gleicher Themenfolge vorwiegend Materialien aus diesen Akten zur Verfügung, einschließlich der Mitgliederlisten.

Dem Herausgeber, der in der Einleitung konstatiert, daß dies die erste Gesamtdarstellung der Geschichte der Juden in der Woiwodschaft Pommerellen in der Zwischenkriegszeit sei, müssen wir widersprechen. Für eine Gesamtgeschichte ist die Materialgrundlage zu einseitig. Dies ist auch kein Buch im eigentlichen Sinne, denn man kann es nicht lesen. Es ist eher ein Nachschlagewerk, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Denn trotz des Vorbehaltes, daß hier nur die Sicht von außen zum Tragen kommt, sind in den Akten Sachverhalte festgehalten, die den tiefen Einschnitt erkennen lassen, den die Wiedererrichtung des polnischen Staates für die jüdischen Gemeinden in Pommerellen bedeutete. Viele der eingewanderten deutschakkulturierten Juden wanderten nach Deutschland ab. Aus den östlichen Woiwodschaften zogen Juden zu, die aus einer anderen Tradition stammten. Das führte innerhalb der Gemeinden zu Konflikten, die in den Akten gut belegt sind. Die staatlichen Behörden richteten ihr Augenmerk aber auch auf die Haltung der deutschakkulturierten Juden zum jungen polnischen Staat und holten regelmäßig Berichte über die Loyalität dieser Bevölkerungsgruppe ein. Außerdem finden sich Informationen über jüdische karitative Einrichtungen, die wenigen jüdischen Presseorgane, die hier erschienen, die verschiedenen politischen Organisationen der Juden und schließlich über antisemitische Tendenzen und Verhaltensweisen.

Der Informationsgehalt dieser Gemeindegeschichten ist größer als der der pommerschen, weil sich der polnische Staat stärker und unter unterschiedlicheren Gesichtspunkten für das Innenleben der Gemeinden interessierte als der deutsche.

Die beiden Sammelbände stellen wichtige Etappen auf dem Weg zur Gesamtgeschichte der Juden in Pommern und Pommerellen, in Preußen und Polen dar. Aber die Arbeit muß weitergehen, in Deutschland wie in Polen.

Sophia Kemlein, Warszawa

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern (1920–1939), hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive v. Rudolf Jaworski u. Mieczysław Wojciechowski, bearb. v. Mathias Niendorf u. Przemysław Hauser. 2 Halbbde. (Polacy i Niemcy między wojnami. Status mniejszości i walka graniczna. Reporty władz polskich i niemieckich z lat 1920–1939. Wydano na zlecenie Institut für Zeitgeschichte i Naczelnej Dyrekcji Archiwów Państwowych. Wydawcy: Rudolf Jaworski i Mieczysław Wojciechowski, opracowali: Mathias Niendorf i Przemysław Hauser. 2 części). München (u.a.): K. G. Saur 1997, XXIII, 1156 S. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. 9.).

Anerkannt als Minderheit: Dieser Titel einer 1994 erschienenen Publikation über die Deutschen in Polen illustriert den fundamentalen Wandel in Polen seit dem Umbruch von 1989 in der Einstellung gegenüber der deutschen Bevölkerung; ähnliches ließe sich – wenn auch mit Einschränkungen – für die Situation der Polen in Deutschland feststellen, denn auf der Grundlage der Gegenseitigkeit hat sich die Bundesregierung im Nachbarschaftsvertrag von 1991 verpflichtet, ihre kulturellen und sprachlichen Belange als nationale „Gruppe“ zu respektieren. Da das Problem dieser nationalen Minderheiten bis Ende der 80er Jahre in Polen tabuisiert und in der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis genommen wurde, konnten so Einstellungen überdauern, die sich im deutsch-polnischen Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatten: Die Deutschen in Polen wurden wie die Polen in Deutschland zwischen den Weltkriegen verdächtigt, illoyal zum jeweiligen Staatswesen eingestellt zu sein und als „fünfte Kolonnen“ für Forderungen nach Grenzverschiebungen zu fungieren.

Bereits 1959 war im Gespräch zwischen Martin Broszat, dem langjährigen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, und dem späteren Direktor der Polnischen Staatsarchive, Marian Wojciechowski, die Idee aufkommen, die Einstellungen der Behörden zu den Grenzminoritäten, wie sie durch die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags entstanden waren, vergleichend gegenüberzustellen, um die „National-Egozentrik beider Seiten (...) zu relativieren“ (Broszat). Es hat freilich noch über ein Vierteljahrhundert gedauert, bis dieses Vorhaben von Marian Wojciechowski und Rudolf Jaworski in die Tat umgesetzt werden konnte. Nach weiteren zehn Jahren liegt nun das Ergebnis in knapp 400 Dokumenten auf über 1000 Seiten vor, die von Mathias Niendorf und Przemysław Hauser bearbeitet wurden.

Die Dokumentation umfaßt auf einer ersten Ebene deutscherseits die preußischen Provinzen Ostpreußen, Posen-Westpreußen und (Ober-)Schlesien sowie polnischerseits die Wojewodschaften Pomorze, Posen und Schlesien. Zudem wurden auf einer zweiten Ebene einzelne deutsche und polnische Grenzkreise aus diesen Regionen ausgewählt, die teilweise direkt aneinandergrenzten; es handelt sich um die Kreise Stuhm/Sztum (bzw. den Regierungsbezirk Westpreußen) und Grudziądz/Graudenz, Flatow/Złotów und Sępólno Krajeńskie/Zempelburg,¹ Meseritz/Międzyrzecz und Nowy Tomyśl/Neutomischel sowie Oppeln und das schlesische Industrievier beiderseits der Grenze. Nicht aufgenommen wurden Dokumente der Regierungen in Berlin und Warschau, da das Hauptaugenmerk auf der wechselseitigen Wahrnehmung durch die Behörden in den Grenzregionen selbst liegen sollte. Auch Dokumente der Minderheiten selbst wurden nicht aufgenommen, da die Beurteilungen und Einstellungen amtlicher Stellen aus den genannten Gebieten Gegenstand der Fragestellung sind. Der Dokumentation vorangestellt sind Einführungen der beiden Herausgeber, dazu kommen kurze instruktive Überblicksdarstellungen der beiden Bearbeiter über die Minderheit in der jeweiligen Provinz bzw. Wojewodschaft (nur für die Wojewodschaft Posen fehlt bedauerlicherweise ein solcher Überblick).

Bei der Durchsicht der Quellen muß dem heutigen Betrachter auffallen, daß die staatlichen Organe vor Ort mit den Minderheiten vielfach in unverhohlener Parteilichkeit verfahren sind, die mit dem aus den Quellen vielfach zu erkennenden Grenzrevisionismus korrespondiert, den die Minderheiten in den Augen der Behörden anstrebten. Was davon nun tatsächlich der Wirklichkeit entsprach, läßt sich also nicht direkt aus der Gegenüberstellung von Quellen erkennen, wohl aber läßt sich ein Bild von dem beiderseitigen Mißtrauen und den Feindbildern gewinnen, wenn die geschilderten Ereignisse mit den behördlichen Beurteilungen verglichen werden. Aus der Lektüre der Quellen ergibt sich, daß angesichts der meist harmlosen Vorfälle im „Volkstumskampf“ bzw. „Grenzkampf“ auf beiden Seiten ein erheblicher Aufwand für die Beobachtung der Minderheit betrieben wurde. So unterrichtet der Oppelner Oberpräsident etwa mehrfach das preußische Innenministerium über eine Veranstaltung für polnische Mütter in Oppeln, auf der für polnische Schulen in Oberschlesien geworben wurde. Polnischerseits wurde etwa 1937 in der Wojewodschaft Posen verzeichnet, wo evangelische Gottesdienste zum zweiten Todestag von Józef Piłsudski stattgefunden hatten und ob in den Gottes-

¹ Diese beiden Grenzkreise hat Mathias Niendorf in seiner Studie: *Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900–1939*. Wiesbaden 1997 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 6.), eingehend untersucht.

diensten zum Nationalfeiertag die Hymne „*Boże, coś Polskę*“ gesungen wurde. Argwöhnisch wurden beiderseits Kontakte von Funktionsträgern zu den jeweiligen Minderheiten beobachtet, etwa bei polnischen Polizisten in Schlesien, deren Frauen dem Deutschen Volksbund angehörten, oder die Heirat des stellvertretenden NSDAP-Kreisleiters in Oppeln mit einer Polin. Neben der Parallelität nationaler Egozentrismen fallen jedoch auch deutliche Unterschiede in den amtlichen Berichterstattungen auf. Polnischerseits dominieren allgemeine, offensichtlich monatlich verfaßte Lageberichte, die von den Wojewoden nach Warschau geschickt wurden. Deutscherseits ist eine solche regelmäßige Berichterstattung überwiegend erst ab 1934, aber immer noch in wesentlich geringerem Umfang als in Polen anzutreffen; statt dessen überwogen vielmehr Ereignismeldungen. Daraus läßt sich bereits erkennen, daß der Minderheitenfrage – ungeachtet des tatsächlichen Zahlenverhältnisses der beiden Minderheiten in den Grenzregionen – von den polnischen Behörden eine größere Bedeutung zugemessen wurde als auf deutscher Seite, wo sich die Behandlung der polnischen Minderheit vor allem an der Lage der Deutschen in Polen orientierte. Erkennen läßt sich in den Quellen auch, daß der Nichtangriffspakt von 1934 die mißtrauische Beobachtung der Minderheiten keineswegs aufhob. Darüber hinaus zeigen sich hier allgemeine Probleme nationaler Minderheiten, die auch heute noch relevant sind, etwa die Frage nach Minderheitenschulen und der staatlichen Loyalität.

Die vorliegende Dokumentation bietet eine Fülle von Material zu den Strukturen und Problemen der Minderheiten und Grenzregionen sowie zu dem Verhältnis von Deutschen und Polen beiderseits der Grenze; sie stellt jedoch hohe Anforderungen an den Nutzer, da die Dokumente jeweils nur in der Originalsprache wiedergegeben wurden, Deutsch- und Polnischkenntnisse also erforderlich sind. Angesichts dieser „Hürde“ wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Kopfreigesten etwas ausführlicher und informativer gestaltet worden wären; auch ein Dokumentenverzeichnis mit Seitenangaben und schließlich eine deutsch-polnische Konkordanz der wichtigsten Ortsnamen hätten hilfreiche Ergänzungen sein können. Schließlich wäre der Verlag bei der graphischen Gestaltung etwa der Überschriften und der Gliederung des Textes gefordert gewesen; solche Vorstellungen scheinen aber im Zeitalter des PC offensichtlich veraltet zu sein. All das von den Bearbeitern zu verlangen, ist jedoch angesichts des präsentierten Materials nicht angemessen, vielmehr ist ihnen für diese fast unglaubliche Arbeit zu danken und zu wünschen, daß die Quellensammlung ihre Leser in Deutschland und Polen finden wird.

Jörg Hackmann, Lübeck

Etsuo Yoshino, *Polscy chłopi w XX wieku, podejście mikro-deskryptywne (Polnische Bauern im 20. Jahrhundert, ein mikrodeskriptiver Ansatz)*. Warszawa: Semper 1997, 337 S.

Die moderne Gemeindestudie als ein Schlüssel zur allgemeinen Geschichte ist vor etwa 25 Jahren in Italien populär geworden. Von dort hat sie sich zügig über den angelsächsischen Raum bis zuletzt auch nach Deutschland ausgebreitet. Es schien eine Frage der Zeit, wann dieses methodische Vorbild seine Anwendung auch auf Polen findet.¹ Um so bemerkenswerter ist nun, daß die jetzt vorliegende erste moderne Gemeindestudie für Polen nicht den scheinbar naheliegenden direkten geographischen Weg genommen hat, sondern ihre methodische Genealogie aus italienischen über amerikanische und japanische Diskussionen ableitet. Der Ökonomieprofessor Etsuo Yoshino von der Hokkaido-Universität in Sapporo untersucht in seiner jüngst auf polnisch erschienenen Studie familiäre Reproduktion in einem westpolnischen Dorf, „Toczonek“,² über das gesamte 20. Jahrhundert.³

Für japanische Wissenschaftler ist die Beschäftigung mit Polen keineswegs so weit hergeholt, wie es aus eurozentristischer Sicht erscheinen mag. Schließlich handelt es sich bei dem Dorf „Toczonek“ zu Beginn der Untersuchungsperiode schlicht um einen westlichen Grenzort des japanischen Nachbarstaates, des Russischen Reiches. So weist der Sachindex ein Stichwort *russisch-japanischer Krieg* (S. 337) auf, an dem auch Mitglieder der vom Autor untersuchten Familien teilnahmen. Aus japanischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, belebten sie noch in hohem Alter das Dorfgeschehen mit japanischem Liedgut, wie eine Dorfbewohnerin dem Autor versichern konnte (S. 72). Doch nutzen wir den Index, um von der zugegebenermaßen blumigen Randnotiz zur Substanz des Buches zu gelangen. Hier (S. 336f.) findet sich von *deutscher Besatzung* über *Zwangsarbeit*, *Ortsvorsteher*, *łapówka* (*Schmiergeld*), *Landreform*, *Zuteilungs-*

¹ „(V)ollkommen innovativ und kaum bekannt in Polen“ (S. XI) nennt der Autor deshalb auch seinen methodischen Ansatz. Diesem Befund geht allerdings zeitlich eine polnischsprachige Publikation voraus, die das Deutsche Historische Institut in Warszawa initiiert hat: *Historia społeczna, historia codzienności, mikrohistoria* (Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie), hrsg. v. Winfried Schulze. Warszawa 1996 (Klio w Niemczech. 1.).

² Der Name ist fiktiv gewählt, um Anonymität zu gewährleisten. Zur Problematik dieses Vorgehens vgl. weiter unten.

³ Das Buch kam am 7. Januar 1998 in die Verlagsauslieferung des Herausgebers „Semper“, die Einleitung des Verfassers trägt das Datum Sapporo, 30. November 1996, zur japanischsprachigen Edition vgl. Anm. 10. Die Übersetzung ins amerikanische (!) Englisch wurde im Februar 1998 abgeschlossen.

scheine auf einen Traktor, Mähbinder, Arbeiter-Bauernhof, Emigration, Ehe in der Verwandtschaft zweiten Grades bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr ein – so scheint es – erschöpfender Prospekt aller struktur- und alltagsgeschichtlichen Kategorien, die sich mit dem ländlichen Raum Westpolens in Verbindung bringen lassen.⁴ Dem Autor ist es in der Tat gelungen, diese Themenvielfalt in einem engen sozialen und geographischen Kontinuum zu verorten und damit Einzelaspekte, die von der Forschung zum ländlichen Polen bereits z.T. ausführlich bearbeitet wurden, neu und kompakt zu kontextualisieren.

Auf den ersten Blick wird deutlich, daß nicht die japanisch-polnischen Kontakte inhaltliches Leitmotiv der Darstellung sein sollen, sondern eine andere Grenzlage: Der Ort wurde bewußt nur wenige Kilometer östlich der russisch-deutschen Grenze am Beginn des Untersuchungszeitraums gewählt. Die vom Autor suggerierte Erklärung für die Ortswahl, damit einen repräsentativen polnischen Ort gefunden zu haben, weil „Toczonek“ unweit aller drei Teilungsgebiete liege,⁵ kann nicht überzeugen: Was makrogeschichtlichen Monographien nur mit größter Mühe und Not gelingt, die Subsumtion von vier strukturell bis heute divergierenden Teilungsgebieten und Kongreßpolen unter einen gemeinsamen nationalen Nenner, ist für eine Gemeindestudie ihrer Natur gemäß nicht leistbar. Durch die Wahl des Objektes kristallisiert sich auch die inhaltliche Argumentationsrichtung der Monographie heraus, denn eine weitere Vorgabe neben der (ehemaligen) Grenznähe war, ein Dorf zu finden, das nicht im Umfeld einer größeren Stadt lag (S. 18). Außengeleitete Beziehungen sind für den Autor kein bestimmendes Motiv der Darstellung. Die Marktbeziehung polnischer Privatbetriebe unter 10 ha z.B. hält Yoshino bis 1989 für marginal und nicht reproduktionswirksam.⁶

Das Straßendorf „Toczonek“ mit 23 Höfen erweitert der Autor um 8 Höfe, die bis zu 10 km entfernt, ja im Bereich anderer Samtgemeinden liegen. Leitmotiv dieser willkürlichen Erweiterung war die Rekonstruktion von Familienzusammenhängen über die administrativen Zusammenhänge und Siedlungseinheiten hinaus. Die Familien und ihre Wirtschaften, eine analytische Kategorie, die sich im Deutschen wohl einzig durch den von Otto Brunner geprägten Begriff des „ganzen Hauses“ übersetzen läßt,

⁴ Der Begriff Westpolen wird hier im Sinne der zeitgenössischen strukturellen Unterscheidung zwischen Polska A (Westen) und Polska B (Osten) gebraucht; veraltungsgeschichtlich ist „Toczonek“ (vgl. oben) sicherlich ein Grenzfall.

⁵ Yoshino unterscheidet grundsätzlich nicht zwischen Kongreßpolen und dem russischen Teilungsgebiet.

⁶ Deutlich sagt er, selbst Čajanov überschätze noch die Bedeutung der Marktbeziehungen in osteuropäischen Klein- und Mittelbetrieben.

konstituieren im Verlauf der Untersuchung zunehmend und nach z.T. schweren Auseinandersetzungen⁷ im japanischen Teil der Arbeitsgruppe das erkenntnisleitende Interesse. Im Prozeß der Darstellung wird dieser Aspekt schließlich zur argumentativen ultima ratio im Beziehungsgeflecht ländlicher Produktion, Reproduktion und Konsumtion. Im ersten Kapitel heißt es (ebenso ostentativ wie im Schlußkapitel, S. 309): „der Autor betont, daß die ‚Familie‘ der wichtigste Faktor ist, sie bewirkt Aufstieg oder Fall eines Betriebes. Produktionsmittel oder Effizienz im Produktionsprozeß sind demgegenüber zweitrangig“ (S. 45). Eine solchermaßen fokussierende Agrargeschichte baut der Sache gemäß wesentlich auf Anleihen beim sowjet-russischen Agrarökonom Čajanov auf. Explizit findet der Vordenker der osteuropäischen Agrarwirtschaft, dessen frühe japanische Rezeption in den 20er Jahren bis heute den dortigen Diskurs prägt, im vorliegenden Buch jedoch keine Erwähnung. Erklärtermaßen war die Anbindung der Arbeit an die vorhandene Literatur nicht Ziel des Autors. Gleiches gilt erstaunlicherweise auch für schriftliche Quellen im allgemeinen. Aus Anlaß einer offenen Frage zur Alltagsgeschichte der 30er Jahre räumt Yoshino ein: „Natürlich sind wissenschaftliche Untersuchungen und Quellenmaterial in polnischer Sprache reichlich vorhanden und sollen zur Kenntnis genommen werden, aber meine Untersuchungsmethode stützt sich darauf, Erinnerungen von heute noch lebenden Bauern aus den 30er Jahren festzuhalten“ (S. 74). Ein Verzeichnis der benutzten gedruckten und ungedruckten Quellen fehlt im Buch insgesamt. So prüft der Autor, trotz des lebensgeschichtlichen Schwerpunkts seiner Befragungen, seine mündlichen Befunde weder anhand von Kirchen- noch Zivilverwaltungsakten.⁸

Vor dem Hintergrund einer solch spartanischen Propädeutik ist nicht auszuschließen, daß einige Leserinnen und Leser das Buch als interkontinentale Hobbyhistoriographie verbuchen werden, sozusagen direkt aus eben jener „Besenkammer der Geschichte“, in die Hans-Ulrich Wehler die moderne Mikrogeschichte ehemals verbannen wollte. Auch eine solche Lesart muß jedoch anerkennen, was Yoshino mit seinem gewählten einzigen Analyseinstrument, dem familienbiographischen Tiefeninterview, zutage fördern kann. Der Autor nutzt in dieser Beziehung seine Erfahrung und Sprachkenntnis aus mehr als 20 Jahren japanisch-polnischen Austausches. Jede der 13 im Hauptteil des Buches exemplarisch rekonsti-

⁷ Auf diese Konflikte wird weiter unten noch genauer eingegangen.

⁸ Lediglich Akten der Genossenschaftsbank finden in der Einleitung kurz Erwähnung, bleiben aber ohne weitere Referenzen im Hauptteil der Untersuchung.

tuierten Familien wird durch die Dichte der Beschreibung als ein „normaler Ausnahmefall“ greifbar, jene spezifische Erweiterung des makrohistoriographisch nur allzu schnell postulierten „Normalfalls“. Ein Vierteljahrhundert moderner Mikrogeschichte hat dokumentiert, daß jener „Normalfall“ sich als eine empirisch kaum greifbare Kategorie erweist. Yoshino hat nun begonnen, die Dokumentation lokal konzentrierter Evidenz auf das polnische Terrain auszuweiten.

So entsteht durch zweifellos dichte Beschreibung das Bild einer, wie der japanische Autor vermerkt, im Vergleich zu seiner Heimat erstaunlich statischen agrarischen Gesellschaft. Yoshino schreibt resümierend am Ende seines Buches: „Zusammenfassend läßt sich aufgrund der vorstehenden Analyse sagen, daß die Heiratsbeziehungen mit der sozialen Stellung der involvierten Personen in T. eng verbunden sind“ (S. 312), und zum Erstaunen von Leserinnen und Lesern mit auch nur oberflächlichen Kenntnissen über das ländliche Japan fährt er mit einem allgemeineren Gültigkeitsanspruch fort, „daß dörfliche Ehen in Polen, die vor allem auf Zuneigung gegründet werden, stärker der gesellschaftlichen Stellung unterliegen, als dies bei dörflichen Ehen in Japan der Fall ist, die in der Regel von einer dritten Person arrangiert werden“ (S. 313). Yoshino dokumentiert über das gesamte Jahrhundert, wie in vier bis fünf Generationen im Dorf eine strenge soziale Differenz reproduziert wurde. Zu diesem Zweck bekommen wir 13 Familienstammbäume an die Hand, die jeweils eine ganze Doppelseite einnehmen. Die einzige Liebesbeziehung, die diese Grenzen eklatant ignoriert, so der Autor, endet bezeichnenderweise in einem Mordfall; wohl gemerkt 1963.

Während also die offizielle Politik „Polens (Sonder-)Weg zum Sozialismus auf dem Lande“ preist, ist die ländliche Ständegesellschaft eminent bis in die intimsten Regungen der Dorfjugend. Zwar wurde durch die Landreform ab 1944, wie Yoshino minutiös dokumentiert, Landnutzung und Hofstellenbesitz neu allodifiziert, die Gutsbesitzerklasse tarnte sich in der Folge als Mittelbauern, Teilpächter und Heuerlinge bekamen eigene Hofstellen bzw. institutionelle Karriereoptionen durch die Volksrepublik. Kein Eigentumswechsel von Flurstücken, keine Nutzungsänderung, keine berufsbiographische Nuance scheint dem Autor hier zu entgehen. Aber im Kern – und das ist für Yoshino „die familiäre Reproduktion“ – „blieb das Bauerntum sich treu“, könnte man mit Otto Brunners schillernden Worten die inhaltliche Botschaft der Monographie provozierend subsumieren.

Für ein solches Theorem zum 20. Jahrhundert braucht man ohne Frage das argumentative Instrumentarium der „moral economy“. An diesem Punkt aber entzweite sich die japanische Arbeitsgruppe, die immerhin

1993 ihre Ergebnisse aus „Toczonek“⁹ noch gemeinsam publizierte.¹⁰ Die Co-Autoren arbeiteten im polnischen Dorf vor dem Hintergrund eines marxistischen Theoriehintergrundes. Sie interessierten sich für Arbeit als Schlüsselkategorie sowie die dörflichen Bewegungen in den Produktionsverhältnissen und Produktionsmitteln. Mit seinen Kollegen teilte Yoshino jedoch die Kritik am neoliberalen Menschen- und Geschichtsbild. Die Falsifizierung der neoliberalen Erklärungsansätze in seinen Arbeiten der 80er Jahre brachte den Autor überhaupt erst zur Mikrogeschichte, wie er bereits auf der ersten Seite des vorliegenden Buches ausführt.

Aber noch ein weiterer Konfliktpunkt entzweite den Alleinautor der polnischen Ausgabe mit seinen japanischen Kollegen aus der Arbeitsgruppe. Etsuo Yoshino hält es für möglich, objektiv zu beschreiben: „(C)harakteristisches Merkmal der nachstehenden Arbeit ist die Objektivität beim Zusammentragen von Informationen“ (S. 14), schreibt der Autor ohne Umschweife in seinem Vorwort, gesteht aber ein: „(D)as Kontroverse an diesem Merkmal (der Objektivität; M. K.) entfachte scharfe Diskussionen unter den japanischen Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Alle außer dem Autor hielten Objektivität bei der Sammlung von Material für ausgeschlossen. Ich nehme an, daß 99% der amerikanischen Soziologen und Ökonomen dies ebenfalls in Frage stellen würden“ (S. 14). Yoshino geht so weit, seine Recherche mit dem Funktionieren einer Filmkamera gleichzusetzen, die Soziologen zu Forschungszwecken in japanischen Familien installierten. Daß aus der Summierung von Projektionen noch lange kein Film wird, erst recht keine Monographie zu „polnischen Bauern im 20. Jahrhundert“, scheint dem Autor unausgesprochen wohl doch bewußt zu sein. Mehr als neun Zehntel seiner Beschreibung ist in der Tat sein eigener Text: Er berichtet über Aussagen, gewichtet, kommentiert, referiert allgemeine Geschichte in lehrbuchartigem Charakter. In einigen wenigen Passagen kommen Dorfbewohner selber zu Wort – so scheint es jedenfalls. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, daß es sich hierbei um vom Autor konstruierte direkte Rede handelt. Nicht nur, daß jede idiomatische Wendung zugunsten der Schriftsprache unterdrückt wird, auch Zwischenfragen des Autors werden offensichtlich den Befragten in den Mund gelegt. Dies hätte zumindest kenntlich gemacht werden sollen. Nuancen

⁹ Für die japanische Leserschaft erfand man als Ortsnamen für das Forschungsobjekt „Gusztowa“.

¹⁰ Porando no nougyou to noumin – Gusztoef mura no kenkyu (Polnische Landwirte und Landwirtschaft – eine Untersuchung des Dorfes Gusztowa), hrsg. v. Etsuo Yoshino. Tokyo 1993, 548 S. Co-Autoren dieser Ausgabe waren Keiji Ushiyama (Faculty of Economics), Akihiko Sakashita (Faculty of Agriculture) und Rihito Yamamura (Slavic Research Center), alle Hokkaido-University, sowie Noriaki Matsui von der Asahikawa University (Faculty of Economics).

in der sozialen Produktion und Reproduktion von Bewußtsein, wie sie z.B. James C. Scott in seiner Arbeit „Hidden Transcripts“¹¹ in virtuoser Weise augenfällig macht, gehen bei einer solch groben Behandlung des Materials der Oral History unweigerlich verloren.

Es gehört vielleicht zu den Höhepunkten von Yoshinos Beschreibung, wenn er sogar das Abbild der hl. Maria im Obstgarten einer Familie registriert. Auch die Information, daß 1986 ein halbes Jahreseinkommen von den Eltern aufgewendet wurde, um eine Tochter auf die Pilgerfahrt nach Rom zu schicken, ist selbstredend ein aufschlußreicher Hinweis. In der Folge teilt uns der Autor aber mit: „(J)edoch ist die Familie glücklich, innerlich reich, und ich habe keinen Zweifel, daß das, was diesem Gefühlsleben Reichtum verleiht, der tiefe Glauben ist“ (S. 84). Priester der Gemeinde als soziale Akteure treten im Kontext derartiger Spekulationen nicht auf. Worin nun katholische Glaubens- und Lebenspraxis konkret besteht, welche Interessenkonstellationen sie hervorrief, wie diese im Verlauf des Jahrhunderts Modifizierungen unterlag, wird so leider kaum transparent. Das ist bedauerlich, schließlich handelt es sich beim Katholizismus um die geistlich institutionalisierte Form dessen, was uns der Autor als Daseinsprinzip, d.h. Familienprinzip, des ländlichen Polen, als „grundlegendes ‚mind-set‘ des polnischen Bauern“ auseinandersetzen will. In diesem Punkt fällt Yoshino weit hinter das Niveau der Reflexion zurück, mit der z.B. Józef Ryszard Szaflik am Lehrstuhl zur Erforschung der Bauernbewegung in der polnischen Hauptstadt in den 70er Jahren den Katholizismus als weltlichen Machtfaktor im Kampf um Köpfe, Einfluß und Hegemonie im polnischen Dorf zu Beginn dieses Jahrhunderts exemplarisch darstellen konnte.¹²

Erkennbar ist das Bemühen um objektivierende Maßstäbe durchaus, wenn z.B. mitgeteilt wird, der Landpreis in diesem Jahrhundert oszilliere um das Vierfache des Jahresertrags einer Fläche, daß 95 Wochenlöhne eines Landarbeiters in der Neuen Welt im Jahr 1929 erlaubten, in „Toczonek“ 17 ha zu kaufen (S. 44f.) oder daß auf den Gütern der Zeit zwischen den Weltkriegen ein Pferd auf 5 ha entfiel sowie ein erwachsener Landarbeiter auf 15 ha. Was jedoch gänzlich fehlt, sind quantifizierende Aussagen zu den Leitkategorien der Dorfstudie. Yoshinos Angaben zu Demographie, Klientel und Wirtschaftsführung werden nicht einmal versuchsweise quantitativ erfaßt, Zahlen betreffen stets Einzelfälle, Landesdurchschnitt,

¹¹ James C. Scott, *Domination and the Arts of Resistance, Hidden Transcripts*. New Haven/London 1990.

¹² Józef Ryszard Szaflik, *O rząd chłopskich dusz (Zur Herrschaft über die Bauernseele)*. Warszawa 1976.

Hörensagen oder die sehr bescheidenen Erträge einer Umfrage zur Zeit der Hyperinflation 1990, deren Präsentation ausgerechnet die letzten Seiten des Buches vereinnahmt. Dabei hat sich eine Aggregation quantitativer Befunde der gesamten Untersuchungseinheit in Raum und Zeit durch computergestützte Verfahren¹³ als ein wesentlicher Trumpf mikrohistorischer Arbeiten erwiesen.¹⁴

An dieser Stelle ist die Frage berechtigt, warum der Titel der Studie „Polnische Bauern im 20. Jahrhundert“ eine derart hochgesteckte Syntheseebene vorgibt, die der Autor (soll man sagen, zum Glück?) in der Folge mit seiner westpolnisch geprägten Lokalstudie gar nicht ernsthaft einzulösen versucht. Für ein solches Unterfangen fehlen in der Darstellung die Juden der Dörfer und ländlichen Kleinstädte¹⁵ und, für Westpolen erst durch die Migration nach dem Zweiten Weltkrieg relevant, die Landbewohner orthodoxen Glaubens; jedenfalls hat Yoshino sie nicht aufgespürt.

Für die polnische Buchausgabe hat der Autor neben dem – bereits in Japan veröffentlichten – „Kameramaterial für das 21. Jahrhundert“ (also nicht für uns?) noch einen Abspann für „Forscher des 20. Jahrhunderts“ angehängt. Dieser sogenannte „Zweite Teil“ macht weniger als ein Zehntel des Buches aus und erscheint wie eine Pflichtübung, um den Titel des Buches zu rechtfertigen. Hier wird nun plötzlich auf weniger als 30 Seiten ein Ritt durch alle möglichen Syntheseebenen und Quellengattungen vorgeführt. Die vom Autor konsequent betriebene Anonymisierung des Ortes wirkt bei einem solchen Unterfangen einem Verständnis der Materie durch den Leser entgegen. So erfahren wir, daß die Samtgemeinde des untersuchten Ortes 2000–6000 Einwohner zähle. Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Gemeinde wird nicht einmal annähernd preisgegeben, sondern (es bleibt unklar, ob zur Wahrung der Anonymität oder schlicht aufgrund ungenauer Recherche) mit einer Stadt namens „Opole“ verrechnet. „Opole“ ist im regionalen Profil der Makroregion nicht unwichtig; es besteht jedoch Anlaß zu der Vermutung, daß auch „Opole“ in diesem Fall nur ein fiktiver Name ist. Auf jeden Fall gibt Yoshino preis, die Samtgemeinde, zu der „Toczzonek“ gehört, und „Opole“ besäßen gemein-

¹³ Selbst das für die Bedürfnisse mikrogeschichtlicher Forschung am Göttinger Max-Planck-Institut erstellte Computerprogramm Kleio ist schon seit mehreren Jahren mit einer polnischen Benutzeroberfläche ausgestattet.

¹⁴ Vgl. z.B. Hans Medick, *Weben und Überleben in Laichingen: 1650–1900*, Lokalgeschichte als allgemeine Geschichte. Göttingen 1996; 2. Aufl. 1997.

¹⁵ Juden hatten bis zum Zweiten Weltkrieg nicht nur, wie oft stereotyp wiederholt wird, wichtige Funktionen in vor- und nachgelagerten Bereichen der Landwirtschaft inne, sondern spielten auch als Landwirte oft eine Pionierrolle, z.B. bei Genossenschaftsgründungen.

sam „zwischen 7 und 13 000 ha Land“. Nicht nur bei der Entstellung statistischer Profile wirkt sich die Anonymisierung fatal auf den Aussagewert des Buches aus: Fotos wurden mit der Schere traktiert, Gründungsdaten und Organisationsstrukturen in Nebel gehüllt, Karten verfälscht wiedergegeben und Namen erfunden oder entstellt, wir wissen es nicht; dabei haben doch auch Namen ihre (Mikro-)Geschichte. Letztendlich aber war es dem Rezensenten ein leichtes, den reellen Ort zu lokalisieren, trotz aller Einschnitte und Entstellungen in der Beschreibung. Hier erwies sich bezeichnenderweise das authentische Potential einer mikrohistorischen Gemeindestudie als untilgbar.

Die Frage scheint berechtigt, warum die Studie denn überhaupt anonymisiert wurde. Dies aber führt uns zum zentralen Element der Arbeit, dem evidenten roten Faden. Das japanische Verständnis von Privatheit, Familie, eben das, was Etsuo Yoshino erfolgreich darzustellen sich bemüht, verlangt unbedingte Diskretion. Und nicht nur anhand dieses Aspektes – auf Schritt und Tritt werden wir in der Monographie daran erinnert, daß wir letztlich Zeugen einer interkulturellen Lernerfahrung sind. So ist der Ausgang der Beschreibung der örtliche und durch Ausweitung aufgefundene Großgrundbesitz. Offen gesteht Yoshino seine Faszination ein gegenüber Landbesitz von über 1 000 ha, der in Japan nur bei sehr wenigen (vom Autor) hoch geachteten Familien möglich ist.¹⁶ Der japanische Gast in Polen äußert seine Verwunderung darüber, daß der Sohn eines Hauses dem Vater nicht bis ins hohe Alter hörig ist (S. 58). Er registriert, daß es in Polen sogar zwei Taufpaten gebe und diese mehr als nur symbolische Aufgaben hätten. Ja, in diesem Land dürften auf dem eigenen Hof Tiere geschlachtet werden (S. 167). Fast dramatische Dichte erhält der Kulturvergleich gegen Ende des Buches: „(W)enn der Autor die Sirene hörte, setzte er sich manchmal mit dem Privatauto auf die Fährte eines Feuerwehrwagens und beobachtete die Löschaktion. (...) Die Feuerwehr erfüllt im Dorf keinerlei gesellschaftliche Funktion, sie beschäftigt sich ausschließlich mit Löscharbeiten. In Japan (dagegen) gibt es nach Beendigung der Übung gewöhnlich ein Bankett, zu dem Abgeordnete und Ratsmitglieder den Feuerwehrleuten Alkohol zum Geschenk machen“ (S. 314). So angemessen die Aufmerksamkeit des Forschers für die örtliche Feuerwehr ist, am Ende führt die stete Vergleichsperspektive doch zu eklatanten Fehlurteilen über das öffentliche Leben im polnischen Dorf. Nicht nur die Feuerwehr sei frei von jeglicher gesellschaftlichen

¹⁶ Leider fällt hier unter den Tisch, daß 1 000 ha fruchtbares Reisland in Japan etwas anderes sind als die gleiche Fläche in der „Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches“.

Funktion, behauptet Yoshino, auch die Tätigkeit von Lehrern und sogar die des Arztes sei gesellschaftlich neutral (S. 315).

Wer will es dem Autor verdenken, daß er letztlich Japan besser kennt als Polen? Warum aber, fragt man sich, wird stets nur Polnisches mit der japanischen Folie verglichen? Ähnlich der deutschen Aggression und der rassistisch motivierten Siedlungspolitik der deutschen Faschisten in „Toczzonek“ führte Japan ab 1938 einen seit den 20er Jahren ideologisch vorbereiteten Angriffskrieg um rassistischen „Lebensraum“, z.B. im heute chinesischen Mandschuko. Unter der Vorgabe einer vergleichenden Betrachtung könnten Unterschiede und Nuancen, vielleicht auch Gemeinsamkeiten der Terror-systeme Deutschlands und Japans in Okkupationsgebieten des Zweiten Weltkriegs herausgearbeitet werden. Der Grund, daß eine solche Perspektive im Buch nicht einmal ansatzweise wahrgenommen wird, ist so naheliegend wie nachvollziehbar. Wer den Terror deutscher Besatzung im polnischen Dorf von Augenzeugen erzählt bekommen hat, wer gesehen hat, wie der Schrecken und das Unverständnis angesichts der systematischen und persönlich intendierten Grausamkeiten bis heute in den Opfern lebendig ist, der mag dies mit nichts und niemandem vergleichen oder in relativierende Beziehung setzen. In dieser Hinsicht spricht die Monographie zu „Toczzonek“ eine deutliche Sprache.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Etsuo Yoshino eine umfangreiche und pointierte Materialsammlung zu einer ländlichen westpolnischen Siedlung vorgelegt hat. Die Familienrekonstitution sowie die Visualisierung von Heiratsmustern und Flurverhältnissen in diesem Jahrhundert erreichen allein durch die ausschließliche, aber professionelle Auswertung von Oral History eine Dichte, die von grundlegenden Studien der modernen Mikrogeschichte schon aufgrund der größeren zeitlichen Distanz des Untersuchungszeitraums zum Untersuchungsprozeß nicht erreicht werden konnte. Ansätze für eine Kontextualisierung und Diskussion der Befunde im Hinblick auf den derzeitigen Forschungsstand dagegen sind hier noch kaum entwickelt worden.

Für die moderne Gemeindestudie, so wird dem Leser deutlich, hat die Erkundung des polnischen Dorfes erst begonnen. Das Feld ist abgesteckt – nun will es beackert werden.

Martin Krämer, Warszawa

Christian Jansen, Arno Weckbecker, Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40. München: R. Oldenbourg 1992, 243 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 64.).

Der vorliegende Band gehört zu einer Reihe von Publikationen seit der Mitte der 1980er Jahre, die anhand von Personengruppen, welche zu einer bestimmten Zeit während des Zweiten Weltkrieges an einem bestimmten Ort oder in einer Region an Gewalttaten gegen Zivilisten beteiligt waren, die Wirkungsweisen gruppenspezifischer Prozesse untersuchen, die eine Ausführung der von diesen Personenverbänden begangenen Taten ermöglichen, begünstigten und beförderten. Bei Jansen und Weckbecker geht es dabei, anders als in Wegners Buch zur Waffen-SS¹ oder Krausnicks und Wilhelms Studie zu den Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD² um „ganz normale Männer“.³

In diesem speziellen Falle handelt es sich um Angehörige der deutschen Minderheit in Polen, die nach dem 1. September 1939 in Einheiten gesammelt wurden und an der Verfolgung und Ermordung von Polen und Juden beteiligt waren. Dies geschah jedoch mitnichten in einer spontanen „Selbstschutz“-Bewegung oder einer Bürgerwehr, wie der Name der Einheiten suggerieren wollte, sondern geplant und seitens der deutschen Besatzung präzise vorbereitet und gezielt eingesetzt: „eine Miliz, die einerseits die Volksdeutschen paramilitärisch organisieren und ihnen eine militärisch-ideologische Grundausbildung verschaffen und andererseits Polizeifunktionen übernehmen sollte. Vor allem aber sollte sie der SS und dem SD bei sogenannten Sonderaufträgen behilflich sein“ (S. 43).

Das Charakteristikum der Truppe war, anders als bei dem von Browning untersuchten Polizeibataillon 101, daß der Einsatz nicht auf fremdem Territorium, weitab von der Heimatregion stattfand, sondern vielmehr direkt in der eigenen Umgebung, zumindest jedoch auf dem von Deutschland besetzten polnischen Staatsgebiet. Die Männer des „Selbstschutzes“ wurden also praktisch gegen ihre eigenen Nachbarn, zumindest gegen die Angehörigen des Staates eingesetzt, dessen Staatsbürgerschaft sie selbst nach dem Ersten Weltkrieg bis 1939 besessen hatten.

¹ Bernd Wegner, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Leitbild, Strukturen und Funktionen einer nationalsozialistischen Elite. 4. Aufl., Paderborn 1990 (Sammlung Schoeningh zur Geschichte und Gegenwart.).

² Helmut Krausnick, Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskriegs. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Stuttgart 1981 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 22.).

³ Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizei-Bataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen. Reinbek 1993.

Die Autoren ordnen den „Selbstschutz“ in einem ersten Kapitel (S. 12-41) in das Umfeld der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit mit einem Schwerpunkt auf der nationalsozialistischen Polenpolitik bis 1940 ein. Die Minderheitenfrage nimmt dabei einen verhältnismäßig geringen Raum ein. Die Terminologie wäre an manchen Stellen diskussionswürdig (S. 8: „deutschstämmige Polen“), ebenso verschiedene sehr verallgemeinernde Wertungen, die der Komplexität des deutsch-polnischen Verhältnisses gerade in der Minderheitenfrage und bezüglich der Revision der deutschen Ostgrenze kaum gerecht werden.⁴

Hingegen sind die Folgekapitel, die den „Selbstschutz“ als solchen zum Thema haben, ausgezeichnet gelungen. Lücken sind infolge der komplizierten Quellensituation (zumeist fehlen schriftliche Unterlagen) unvermeidlich (s. dazu u.a. S. 82 und 84). Die Auswertung v.a. staatsanwaltlicher Ermittlungsunterlagen aus Ludwigsburg sind in ihrer Gründlichkeit über allen Zweifel erhaben, die Probleme der Technik der oral history als grundlegendem Quellenmaterial werden mehrfach angesprochen. An keiner Stelle ihres eigentlichen Themas erliegen die Autoren der Versuchung, Wertungen auf die gesamte deutsche Minderheit in Polen oder darüber hinaus zu übertragen – ein wohlthuendes Beispiel wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, das man z.B. Daniel Goldhagen gern angeraten hätte.

Lediglich die Hintergründe der Rekrutierung von „Selbstschutz“-Mitgliedern auf der Basis nationalsozialistischer Volkstumspolitik hätte man sich klarer gewünscht. Die Definition der Volkszugehörigkeit wurde bei der In-Eins-Setzung von Rasse und Volkstum, Deutschtum und Nationalsozialismus nun einmal – und gerade bei den Angehörigen der deutschen Minderheiten in den besetzten Ländern – neben rassistisch-biologistischen „Maßstäben“ an ihrer politischen Zugehörigkeit zu NS-nahen Organisationen und Parteien vor der Besetzung Polens gemessen. Die Verquikung politisch-weltanschaulicher und rassistischer Kriterien im Sinne des Nationalsozialismus bildete eine Grundkomponente bei der Bewertung der „heim ins Reich“ geholten oder „befreiten“ deutschen Bevölkerungsteile Ostmittel- und Osteuropas. Die angestrebte „Volksgemeinschaft“

⁴ So meinen die Autoren (S. 15), „die von Regierungsvertretern und Diplomaten Deutschlands und Polens seit 1926 erreichten Annäherungen [seien] immer wieder von der deutschen Öffentlichkeit und dem Reichstag durchkreuzt“ worden, und an anderer Stelle (S. 24) bzgl. der Spannungen zwischen Deutschen und Polen in den ehemaligen Reichsgebieten „in Ostoberschlesien [sei es] wegen des besonderen Schutzes der dortigen Minderheit und wegen des großen Bevölkerungsteils, der sich einer ‚Zuordnung von Sprache und nationalem Bekenntnis‘ entzog[en habe], relativ ruhig“ geblieben.

war deutsch *und* nationalsozialistisch – ein entscheidender Grund auch für die Ausschaltung oppositioneller deutscher Minderheitenführer nach den Besetzungen der Länder Ostmitteleuropas und zum Teil schon seit 1933.

Es werden minutiös Gründungssituation, Zielsetzung, Aufgaben und Aktivitäten des „Volksdeutschen Selbstschutzes“ mit seiner zersplitterten und damit den regionalen Gegebenheiten entsprechenden Gliederung aufgezeigt. Von besonderem Interesse sind sowohl diese regionalen Ansätze („Der Aufbau vor Ort“, S. 55-79) als auch eine kurze Abhandlung zur Sozialstruktur des „Selbstschutzes“ (S. 79ff.) mit einem Schwergewicht auf Westpreußen. Hierbei wird deutlich, daß – anders als u.a. im Polizeibataillon 101⁵ – im „Selbstschutz“ ein durchaus mittleres Bildungsniveau der einfachen Mitglieder, d.h. der ehemaligen Minderheitenangehörigen, kennzeichnend ist. Das im Vergleich dazu schwächere Bildungs- und v.a. Berufsniveau der reichsdeutschen Führung des „Selbstschutzes“ wäre eine vergleichende Studie mit den anderen paramilitärischen Organisationen des NS-Staates wert.

Das abschließende Kapitel ordnet den „Selbstschutz“ als „Herrschaftsinstrument der SS“ (S. 45) in das „System der Besatzungsherrschaft“ (S. 163-197) ein, fragt nach Widerstandsbewegungen und zeigt klar den Einfluß des „Selbstschutzes“ über den Vernichtungseinsatz hinaus auf das ganze Leben der Mitglieder im Sinne einer nationalsozialistischen Massenorganisation (s. dazu auch S. 58). Auch hier wäre bei darauf aufbauenden Studien ein Untersuchungsansatz wünschenswert, der den Selbstschutz als Teil der gescheiterten Lösung des Minderheitenproblems zwischen Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit begreift. Denn erst diese Problematik konnte eine Einbindung der deutschen Minderheitenangehörigen in Polen in den aktiven Vernichtungsapparat des Besatzungssystems entstehen lassen. Dies könnte auch über die Tatsache hinaus, daß die höchste Führungsspitze des „Selbstschutzes“ (reichsdeutsche) SS-Angehörige waren (S. 93 u.a.), einen Hinweis darauf geben, warum und mit welchen Folgen für die Besetzung Polens, für die Vernichtung und Verfolgung der nichtdeutschen Einwohner sowie die Beziehungen zwischen reichsdeutschen Besatzungsstellen und „volksdeutschen“ Einwohnern die Führung des „Selbstschutzes“ wie die überwiegende Zahl der übrigen Funktionsträger aus dem Reich geholt und nicht aus den ehemaligen Minderheitenangehörigen rekrutiert wurde.

Wir befinden uns hier in dem bis heute für die Deutschen in Polen nicht zufriedenstellend geklärten Wechselspiel zwischen staatsbürger-

⁵ S. Browning, *Männer* (wie Anm. 3), S. 68ff.

licher Loyalität gegenüber Polen auf der einen Seite und aktivem Mitwirken mit der konnationalen Besatzungsmacht nach 1939 auf der anderen Seite. Die hohe Anzahl der Mitglieder, die die Autoren mit mehr als 100 000 angeben (S. 8), davon allein 40 000 in Westpreußen (Stand November 1939), und die verwirrende Gründungssituation, die gekennzeichnet ist von einer Überlappung eines – unsicher datierten – Befehls Hitlers mit tatsächlich spontanen Heimwehrgründungen (S. 48 u. 50 ff.), läßt eine Untersuchung um so dringlicher erscheinen.⁶ Die verschwommene Wahrnehmung der „Selbstschutz“-Angehörigen von der Funktion der eigenen Gruppierung – hier: als Teil der SS oder nicht⁷ – kennen wir ebenfalls bereits als Phänomen aus der Minderheitenpolitik und -situation der Zwischenkriegszeit (Tarnung der Subventionspolitik des Reiches, Steuerung der politischen Vertretung der Minderheit etc.). Sie wirft nur einmal mehr die Frage nach der schuldhaften Verstrickung der ehemaligen Minderheitenangehörigen in Polen in die Zerstörung des eigenen Staates und die Vernichtung seiner nicht-deutschen Bevölkerung auf.

Der Band schließt mit einem Verzeichnis der verwendeten Quellen und Literatur, einem Orts- und Personenregister sowie umfänglichen Übersichten über die Formalgliederung des „Selbstschutzes“ und die wichtigsten Führungsmitglieder (S. 204-211) sowie die Verbrechen, die von „Selbstschutz“-Einheiten in Polen verübt wurden (S. 211-229).⁸ Insbesondere die Anhänge werden grundlegendes Material für alle weiteren Arbeiten sein. Vergleichbare Untersuchungen zu ähnlichen Organisationen bei anderen deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa wären wünschenswert. Die vorliegende Studie von Jansen und Weckbecker mag als Vorbild dienen.

Sabine Bamberger-Stemmann, Lüneburg

⁶ Es fehlt allerdings ein Hinweis auf das Zahlenverhältnis zwischen Minderheitenangehörigen und reichsdeutscher Führungsschicht in der Organisation.

⁷ S. 49, insbes. die wohl zu pauschale These in Anm. 34, die Volksdeutschen im „Selbstschutz“ hätten per se von der SS-Steuerung Kenntnis gehabt.

⁸ Letztere werden auch an anderer Stelle mit ausführlichen Zeugenzitaten, deren Grauen nur schwer erträglich ist, dokumentiert (v.a. S. 111-158).

Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie (Die verlorene Heimat. Zwangsausiedlungen, Deportationen und Umsiedlungen als gemeinsame Erfahrung), hrsg. v. Hubert Orłowski u. Andrzej Sakson. Poznań: Instytut Zachodni 1996, 236 S. (Studia Europejskie. 3.).*

Das von Orłowski und Sakson herausgegebene Buch ist auf der Grundlage der Ergebnisse einer internationalen Konferenz entstanden, die im Jahre 1993, also schon vor über vier Jahren in Poznań stattfand. Für die Diskussion über die Vertreibungen, insbesondere nach dem Jahre 1945, ist dies ein Umstand von besonderer Bedeutung. Damals nämlich spielte dieses Problem in der wissenschaftlichen Diskussion und erst recht in der breiten öffentlichen Meinung nur eine sehr geringe Rolle. Es ist wohl nicht übertrieben zu behaupten, daß die Konferenz in Poznań und ihr breites Echo sowohl in wissenschaftlichen Kreisen als auch durch Presse und Konferenzen in der polnischen Gesellschaft eine außerordentlich lebhaft diskutierte Diskussion in Gang setzten. Es ist an dieser Stelle unmöglich, alle Initiativen zu benennen; sie bilden jedoch einen wichtigen Hintergrund bei der Beurteilung der in diesem Band vorgestellten Texte.¹

Aus den bisherigen Publikationen wird eine dominierende Richtung in der öffentlichen Diskussion deutlich: der Versuch, die Aussiedlungen in ihrer ganzen Dramatik im Kontext mit den Ursachen und den sich aus den Folgen des Zweiten Weltkrieges im weitesten Sinne ergebenden Bedingungen aufzuzeigen. Im Mittelpunkt steht die für das polnische historische Bewußtsein wichtige Frage nach der individuellen Verantwortung der Polen für das Schicksal der oft brutal aus ihren Heimatgebieten vertriebenen Deutschen. Sie wirft Kontroversen und Polemik auf. Dabei wird sie zu einem natürlichen Element der Diskussion und zwingt zu Reflexionen, zu der Notwendigkeit, sich selbst nicht nur durch das Prisma des „ewigen Opfers“, sondern auch des Richters und Staatsanwalts in einer Person zu sehen, der verurteilt und das Urteil ohne das Recht auf Verteidigung vollstreckt. Ich meine, daß diese Frage in den gesellschaftlichen Kategorien langsam zum festen Element unseres historischen Be-

* Aus dem Polnischen übersetzt von Barbara Glow, Lübeck.

¹ Eine erste Zusammenfassung dieser Diskussion stellt die neueste Publikation dar: *Przeprosić za wypędzenie? Wypowiedzi oficjalne oraz debata prasowa o wysiedleniach Niemców po drugiej wojnie światowej (Entschuldigung für die Vertreibung? Offizielle Äußerungen sowie die Pressedebatte über die Aussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg)*, hrsg. v. K. Bachmann u. J. Kranz. Kraków 1997; Deutsche Ausgabe: *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*. Bonn 1998.

wußtseins und die Antwort auf sie zu einer Bewährung unserer Zivilisation und zum Spiegel historischer Tradition wird.

Am Anfang des Bandes stehen die Abhandlungen zweier anerkannter Historiker: Krystyna Kersten aus Warszawa („Przymusowe przemieszczenia ludności – próba typologii“ [„Die Zwangsverschiebungen der Bevölkerung – Versuch einer Typologie“], S. 13-29) und Hans Lemberg aus Marburg („Das Problem der Vertreibungen in der europäischen Politik des 20. Jahrhunderts“, S. 31-44), die klar und deutlich die ganze Verworfenheit dieser Problematik aufzeigen. Dabei gehen beide Autoren über den routinehaften Kanon der Verteidigung und Erklärung der Vertreibungserscheinungen durch das enge Prisma nationaler Historiographie hinaus. Dadurch werden sowohl die spezifischen Bedingungen der Flucht und der Aussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als auch die weite zeitliche und räumliche Perspektive des Zwangstransfers der Bevölkerung in der Geschichte des modernen Europa skizziert.

Unstimmigkeiten kommen bei der Ausfüllung dieses so umfangreich dargestellten Forschungsgebietes mit der Analyse der konkreten historischen Wirklichkeit zum Vorschein. Zu selten noch werden zu der Erscheinung eines Bevölkerungstransfers Quellenforschungen aufgrund der Analyse konkreter lokaler oder regionaler Situationen durchgeführt. Ähnliche Forschungen werden langsam in vielen wissenschaftlichen Zentren in Polen begonnen (Bydgoszcz, Gdańsk, Olsztyn, Poznań oder Wrocław). Das ist jedoch immer noch zu wenig, um voreilige Schlüsse zu ziehen, Minisynthesen zu bilden und vereinfachte Analogien in der „Schicksalsgemeinschaft“ von Deutschen und Polen festzustellen. Eine Gefahr steckt allerdings nicht nur in der mangelnden Ausreifung der Forschungen, sondern auch in der traditionellen Methode, die eine tiefere psychologische und soziologische Analyse durch die Bilanzierung von Archivdaten ersetzt.

In diese „Falle der Buchhalterei von Verbrechen und Leiden“ tappte u.a. Jan Misztal („Wysiedlenia i repatriacja obywateli polskich z ZSRR a wysiedlenia i przesiedlenia Niemców z Polski – próba bilansu“ [„Ausiedlungen und Repatriierung polnischer Staatsbürger aus der UdSSR und Aus- und Umsiedlungen Deutscher aus Polen – Versuch einer Bilanz“], S. 45-74). Der Autor sieht – trotz seiner wohlgemeinten Intention – nicht den Unterschied zwischen dem Verursachermechanismus der Ausiedlungen, deren offizieller und realer Verwirklichungsform und den individuellen Erlebnissen der Opfer sowie den psychologischen und menschlichen Aspekten des Verlustes von Heimat. Einerseits erkennen wir eine lapidare und eindeutige Verurteilung des Terrors ukrainischer nationalistischer Organisationen, der panische Angst und die Flucht der

Polen hervorrief, um einige Seiten weiter von den sog. freiwilligen Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung zu lesen und in der Konklusion schließlich zu erfahren, daß „das Leiden und der Schmerz der evakuierten deutschen Bevölkerung oder ihre persönlichen Tragödien sicherlich den Erlebnissen der Polen aus den östlichen Grenzgebieten ähnelten“, nur daß sich die Deutschen dies selbst zuzuschreiben hatten. Auf diese Weise geraten wir auf den gefährlichen Pfad der Wertung von Leiden, statt Verständnis für die Tragödien sowohl der Polen als auch der Deutschen zu entwickeln. Das Drama und das Phänomen Europas im 20. Jahrhundert beschränkt sich auf die Zitation von Zahlen und Verordnungen der Vertreter zweier Nationen. Es genügt jedoch, sich mit dem interessanten Text von Wolodymyr Wasylenka aus Char'kov („Deukrainizacja 1933–1953. Refleksje historyczne – refleksje poetyckie“ [„Deukrainisierung 1933–1953. Historische Reflexionen – poetische Reflexionen“], S. 93-118) bekanntzumachen, um andererseits den ukrainischen Teil der Tragödie von der verlorenen Heimat kennenzulernen.

Wichtig, aber in der deutschen Öffentlichkeit trotz der Bemühungen vieler deutscher Historiker, insbesondere der jüngeren Generation, noch immer weitgehend unbekannt ist das Schicksal der polnischen Bevölkerung während des Krieges und vor allem der Bevölkerungsteile, die von Vertreibungen betroffen waren. Diese in der polnischen Historiographie bekannte Problematik stellen Dariusz Matelski („Polityka germanizacyjna Kraju Warty“ [„Die Germanisierungspolitik im Wartheland“], S. 129-142) und Stanisław Nawrocki („Wysiedlenia Polaków z Kraju Warty w latach 1939–1944“ [„Die Aussiedlungen der Polen aus dem Wartheland in den Jahren 1939–1944“], S. 119-127) am Beispiel des Warthelands dar. Eine ganz neue Dokumentation „Deportationen aus den polnischen Ostgrenzgebieten im Zeitraum 1940–1941“ („Transporty deportacyjne z polskich kresów wschodnich w okresie 1940–1941“), S. 75-92, stellt Aleksander Gurianow aus Moskau vor. In diesem kurzen Zeitraum wurden einige tausend polnischer Staatsbürger in das Innere Rußlands verbracht. Eine wichtige Ergänzung der Vertreibungsproblematik stellen zwei Texte von Andrzej Sakson („Socjologiczne problemy wysiedleń“ [„Soziologische Probleme der Aussiedlungen“], S. 143-169) und von Marion Frantziach („Socjologiczne aspekty problemu wypędzenia Niemców“ [„Soziologische Aspekte des Problems der Vertreibung der Deutschen“]), S. 171-187) dar. Bedauerlich ist nur, daß sie in der Methodologie überhaupt nicht miteinander korrespondieren, so daß im Hinblick auf die Möglichkeiten einer besseren Nutzung soziologischer Forschungen beim Kennenlernen der Aussiedlungsprozesse ein Gefühl der Unzufriedenheit aufkommt. Sakson gibt einen interessanten Überblick über die bisherigen Forschun-

gen hinsichtlich der West- und Nordgebiete Polens; Frantzioch dagegen schildert (bedauerlicherweise in einem Text aus dem Jahre 1987) die praktischen Möglichkeiten der Erfahrung von Integrationserscheinungen anhand einer „Testtriade“: Kommerzium, Kommensalität, Konnubium.

Während in den Ausführungen der Historiker und Soziologen der Versuch der Erklärung allgemeiner politischer Mechanismen vorherrscht, führen Literaten und Literaturwissenschaftler die Besonderheit, Individualität und Subjektivität bei der Wahrnehmung des eigenen Schicksals als Grundelement ihrer Betrachtungen ein. Hubert Orłowski („O asymetrii deprivacji. Ucieczka, deportacja i wysiedlenie w niemieckiej i polskiej literaturze po 1939 roku“ [„Von der Asymmetrie der Deprivation. Flucht, Deportation und Aussiedlung in der deutschen und polnischen Literatur nach dem Jahre 1939“], S. 189-207) bezeichnet diese Erscheinung mit dem Begriff „Asymmetrie der Deprivation“, also als Relativität des Gefühls vom Verlust des eigenen Heimatlandes. In Weiterführung dieses Gedankens könnte man sagen, daß jeder im Kreise seines eigenen existentiellen „Ichs“ lebt. Seine Grenze, die oft eine unüberwindbare Mauer darstellt, wird von der Dimension der persönlichen, ausschließlich „eigenen“ Tragödie geschaffen. Ein markantes Beispiel dafür sind die Tagebücher von Hans Graf Lehdorff. Sie bieten eine Fülle von Details aus dem alltäglichen Leben im ermländisch-masurischen Grenzgebiet und der Grausamkeiten der im Januar 1945 einmarschierenden Roten Armee. Nicht mit einem einzigen Wort erwähnt der Autor jedoch das Massaker an den 120 aus einem Lager in Działdowo getriebenen Gefangenen, obwohl sich dieses Ereignis nur 2-3 km von seinem Wohnsitz entfernt abspielte. Das ist keine absichtlich falsche Darstellung. Das Verbrechen im Wald bei Zawady Małe ereignete sich ganz einfach in einer anderen Dimension. Dagegen war jede in der Umgebung vergewaltigte Frau, wie H. Orłowski schreibt, eine individuelle, unverwechselbare Tragödie. Dieses kurze Beispiel beleuchtet den Kern des Dilemmas bei der Erforschung der Aussiedlungen und des Verlustes des Heimatlandes: Inwieweit kann die historische, soziologische oder literarische Narration in der individuellen Dimension repräsentativ sein? Der Autor neigt zu der These „von der Ungleichzeitigkeit der Aneignung des historischen Bewußtseins“, der seinerseits „eine Schicksalsgemeinschaft“ ausschließt. Er polemisiert gleichzeitig gegen die Theorie von der „Gemeinschaft aller Opfer“ des amerikanischen Forschers der Vertriebenenliteratur, Louis F. Helbig, der eben mit diesem Begriff die gemeinsame Erinnerung der Aussiedler definiert. Diese Theorie führt zu der eindeutigen These, daß die Opfer von Aussiedlungen mit ihren Erinnerungen nur an das Jahr 1945 anknüpfen und sich nicht schon vorher als „Opfer“ gefühlt haben.

Dadurch verstärkt sich die Asymmetrie der Deprivation zwischen Deutschen und Polen noch mehr.

Noch deutlicher wird die Konzeption von „Linse und Auge“ bei der Erforschung der Aussiedlungerscheinungen von dem deutschen Wissenschaftler Theo Elm der Kritik unterworfen („Über die Mängel der Geschichte und den Nutzen der Literatur. Flucht und Vertreibung als Darstellungsproblem“, S. 209-224). Bei einer Analyse der Synthesen herausragender deutscher Historiker (K.D. Erdmann, A. Hillgruber) konstatiert der Autor, daß sich alles, was sich außerhalb der Ebene archivierter, objektiv bestätigter und mit Anmerkungen versehener Daten ereignet hat, der Aufmerksamkeit des Historikers entzieht. Diese konzentriert sich nämlich nicht nur auf die objektiven Tatsachen, sondern auch auf deren kausale Zusammenhänge. In dieser Verflechtung objektiven Wissens mit einer vernunftbetonten Begründung findet sich kein Raum für subjektive und zufällige Leiden namenloser Frauen, Kinder und Greise, die im wissenschaftlichen Werk nur als sogenannte „Verlustquote“ und „Migrationsbewegung“ überdauert haben und folglich in einem immanent historischen Sinn in der Realität nicht auszudrücken sind.

In der Kritik des von Weber entwickelten Grundsatzes der rein rationalen Betrachtung sowie des wissenschaftlichen Positivismus stellt Elm der Historie die schriftstellerische Narration als Beispiel gegenüber, um die subjektive Erinnerung mit den Interessen und Anforderungen der Wissenschaft verbinden zu können. An einer derartigen methodologischen Debatte, die von den Deutschen mit unterschiedlicher Anstrengung seit den 70er Jahren geführt wird, fehlt es in Polen leider noch immer. Um die existentiellen und moralischen Schichten der politischen Historie aufzudecken und die Geschichte als wirkliche *histoire humaine* darzustellen, sollte nicht nur zu der traditionellen Magie der Tatsachen gegriffen werden, sondern auch eine Hinwendung zur Anthropologie, der gesellschaftlichen Psychologie oder der Soziologie stattfinden. Deshalb findet der Autor das Wesentliche der Aussiedlungsproblematik auch nicht in der Historiographie, sondern in der Literatur bei Schriftstellern wie Christa Wolf, Siegfried Lenz oder Günter Grass.

In die Aufzählung dieser schon klassischen Schriftsteller und ihrer Werke könnte man zweifellos auch Stefan Chwin und seinen Roman „Hanemann“ aufnehmen, der kürzlich unter diesem naiv und ohne inhaltlichen Bezug zu Thomas Manns Roman gewählten Titel in deutscher Sprache erschien. Dagegen entstand weder in Polen noch in Deutschland große Literatur zum Thema „Ankunft“. In den Jahren 1945–1980 machte die Thematik der polnischen West- und Nordgebiete nur deshalb Karriere, weil sie eine der wichtigsten Elemente der Politik der damaligen Re-

gierung der Volksrepublik Polen darstellte. Deshalb vielleicht auch gibt es, wie Bogusław Bukala („Z kresów na kresy. Migracje społeczeństwa polskiego w literaturze krajowej po 1945 r.“ [„Aus den Grenzgebieten in die Grenzgebiete. Die Migrationen der polnischen Gesellschaft in der inländischen Literatur nach dem Jahre 1945“], S. 225-237) behauptet, keine so bedeutenden Werke wie die von Czesław Miłosz, Tadeusz Konwicki, Józef Mackiewicz und Włodzimierz Odojewski und nicht einmal eine solide Epik, die die riesigen Veränderungen in ihrem tatsächlichen und mythologisierten Ausmaß darstellen würde. Übrigens entsteht eine Mythologie der westlichen und nördlichen Gebiete, der verlorenen und der wiedergefundenen Heimat, tatsächlich erst jetzt.

Robert Traba, Warszawa